

ANWALTS [5 | 2022] REVUE DE L'AVOCAT

KILIAN SCHÄRLI / JONAS SCHÜTTE / MANUEL DIOUF / ANDREA TROST

Kryptowährungen im Gesellschaftsrecht
und in M&A-Transaktionen SEITE / PAGE 199

ROCCO RIGOZZI / KILIAN MÜLLER

Die Mehrwertabgabe in Immobilien-
transaktionen – Chancen und Risiken
für Käufer- und Verkäuferschaft SEITE / PAGE 209



Stämpfli Verlag

SAV  FSA



Une pause dans sa carrière. Ce qui compte vraiment.

Même les plus grands rêves doivent se réaliser un jour. Une planification financière complète vous permet de créer les meilleures conditions pour atteindre vos objectifs.

credit-suisse.com/privatebanking

Financer
une pause

CREDIT SUISSE 

INHALTSVERZEICHNIS

TABLE DES MATIÈRES

IM FOKUS DES VORSTANDS SAV	195
LE POINT DE MIRE DU CONSEIL FSA	197
THEMA / QUESTION DU JOUR	
Kryptowährungen im Gesellschaftsrecht und in M&A-Transaktionen	
Kilian Schärli / Jonas Schütte Kryptowährungen als Sacheinlage bei Gründungen und Kapitalerhöhungen	199
Manuel Diouf Kaufpreiszahlungen in Kryptowährungen im M&A-Bereich	203
Andrea Trost Kaufpreiszahlungen in Kryptowährungen im M&A-Bereich / AML- und GwG-Themen	206
Rocco Rigozzi / Kilian Müller Die Mehrwertabgabe in Immobilientransaktionen – Chancen und Risiken für Käufer- und Verkäuferschaft	209
SAV – KANTONALE VERBÄNDE / FSA – ORDRES CANTONAUX	
Jahresbericht 2021/2022 / Rapport annuel 2021/2022	217
Der SAV teilt mit / La FSA vous informe	238

IMPRESSUM

Anwaltsrevue / Revue de l'avocat
25. Jahrgang 2022 / 25^e année 2022
ISSN 1422-5778 (Print)
e-ISSN 2504-1436 (Online)

Erscheinungsweise / Parution
10-mal jährlich / 10 fois l'an

Zitiervorschlag / Suggestion de citation
Anwaltsrevue 5/2013, S. 201 ff.
Revue de l'avocat 5/2013, p. 201 ss

Herausgeber / Edité par
Stämpfli Verlag AG
Schweizerischer Anwaltsverband /
Fédération Suisse des Avocats

Co-Chefredaktion / Co-rédacteurs en chef
Peter von Ins, Rechtsanwalt (vl)
Kochergasse 6, CH-3001 Bern
Tel. 031 328 35 35, Fax 031 328 35 40
peter.vonins@bern.law

RA Dr. iur. Patrick Sutter
Summelenweg 93, CH-8808 Pfäffikon SZ
Tel. 055 410 73 73
ps@sutter.legal

**Kontakt Verlag /
Contact maison d'édition**
Martin Imhof
Stämpfli Verlag AG
Wölflistrasse 1, Postfach, CH-3001 Bern
Tel. 031 300 63 99, Fax 031 300 66 88
www.staempfliverlag.com
anwaltsrevue@staempfli.com
revueavocat@staempfli.com

Mitarbeiter / Collaborateur
Thomas Büchli, Rechtsanwalt (Bü)
Livia Kunz, MLaw (LKu)

Sekretariat SAV / Secrétariat FSA
Marktgasse 4, Postfach 8321,
CH-3001 Bern
Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16
info@sav-fsa.ch, www.sav-fsa.ch

Inserate / Annonces
Stämpfli AG
Postfach, CH-3001 Bern
Tel. 031 300 63 82
mediavermarktung@staempfli.com

Auflage / Tirage
10 286 Exemplare / exemplaires
(notariell beglaubigt / authentifié par
un notaire)

Vertrieb / Distribution
Stämpfli Verlag AG
Periodika
Wölflistrasse 1, Postfach 5662
CH-3001 Bern
Tel. 031 300 63 25, Fax 031 300 66 88
zeitschriften@staempfli.com

Mitglieder des SAV melden sich für
Adressänderungen bitte direkt beim SAV.
Les membres de la FSA s'adressent
directement à la FSA pour leurs **change-
ments d'adresse**.

Preise / Prix
Jährlich / Annuel:
CHF 255.-, EUR 291.- (Print und Online);
CHF 195.-, EUR 195.- (Online)
Studenten / Etudiants: CHF 135.-
Preise inkl. 2,5% MwSt. und Versandkosten.
Einzelheft / Numéro séparé:
CHF 32.-, EUR 32.-
Mitglieder des SAV gratis /
Membres FSA gratuit
Alle Preise inkl. 2,5% MwSt. /
Tous les prix incluent la TVA de 2,5%
Die Preisangaben in € gelten nur
für Europa.

Les prix indiqués en € ne sont valables
que pour l'Europe.
Schriftliche Kündigung bis 3 Monate
vor Ende der Laufzeit möglich. /
Résiliation de l'abonnement possible
par écrit jusqu'à 3 mois avant la fin de
l'abonnement.

Copyright
©Titel <<Anwaltsrevue / Revue de
l'Avocat>> by Schweizerischer Anwalts-
verband, Bern
© Inhalt by Schweizerischer Anwaltsver-
band, Bern und Stämpfli Verlag AG, Bern
© Gestaltung und Layout by Schweizeri-
scher Anwaltsverband, Bern.
Gestalter: grafikraum, Bern

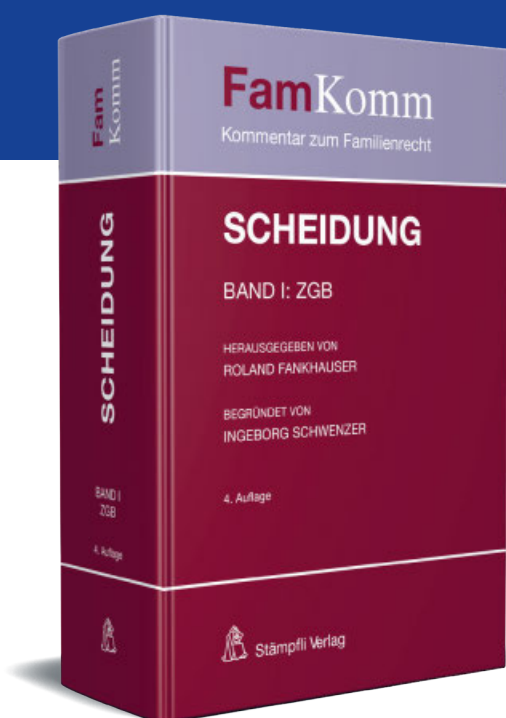
Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitschrift
und ihre Teile sind urheberrechtlich ge-
schützt. Veröffentlicht werden nur bisher
noch nicht im Druck erschienene Original-
beiträge. Die Aufnahme von Beiträgen
erfolgt unter der Bedingung, dass das aus-
schliessliche Recht zur Vervielfältigung
und Verbreitung an den Stämpfli Ver-
lag AG und den Schweizerischen Anwalts-
verband übergeht. Jede Verwertung und
Vervielfältigung bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages. /
Tous droits réservés. La revue est protégée
par la législation sur le droit d'auteur.
Ne sont publiées que des contributions
originales qui n'ont pas encore été diffu-
sées sous forme imprimée. Les contribu-
tions ne sont acceptées qu'à la condition
que le droit exclusif de reproduction et de
diffusion soit accordé à Stämpfli Editions
SA et à la Fédération Suisse des Avocats.
Toute exploitation et reproduction néces-
site l'accord écrit de l'éditeur.

Die in dieser Zeitschrift von Autorinnen
und Autoren geäußerte Meinungen und
Ansichten müssen sich nicht mit denjeni-
gen der Redaktion oder des SAV decken. /
Les opinions exprimées dans cette revue
par les auteurs sont personnelles et n'en-
gagent ni la rédaction ni la FSA.

Roland Fankhauser (Hrsg.)

FamKomm Scheidung

Band I: ZGB und Band II: Anhänge



-
- › Praxisrelevante Kommentierung der revidierten Gesetze und der Rechtsprechung
 - › Kindesunterhaltsrecht bzw. Betreuungsunterhalt und nachehelicher Unterhalt
-

Die aktuelle Auflage des Scheidungskommentars zeichnet die Entwicklungen der Gesetzgebung und der Praxis detailliert und gewohnt praxisorientiert nach. Insbesondere die jüngere höchstrichterliche Rechtsprechung zum neuen Kindesunterhaltsrecht bzw. zum Betreuungsunterhalt wurde eingearbeitet, aber auch die jüngste Entwicklung des nachehelichen Unterhaltsrechts erfährt eine kritische und fundierte Würdigung.

FamKomm, 4. Auflage, 2 Bände, 2700 Seiten, gebunden, Mai 2022, CHF 498.–
978-3-7272-1481-3



Bestellen Sie direkt online: www.staempflishop.com

Stämpfli Verlag AG

Wölflistrasse 1 | Postfach | 3001 Bern | Tel. +41 31 300 66 77 | Fax +41 31 300 66 88 | order@staempfli.com
Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten | 1810-65/22

Stämpfli
Verlag

IM FOKUS DES VORSTANDS SAV

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Anlässlich der letzten Retraite hat sich jedes Vorstandsmitglied für das laufende Jahr ein Thema gesetzt, das weiterverfolgt und gefördert werden soll. Mein «Slogan» lautet «Spezialisierung ermöglichen und fördern (Fachanwalt/Mediation)». Als Fachanwältin SAV Familienrecht und als Mediatorin SAV liegen mir beide Weiterbildungen sehr am Herzen, habe ich doch durch diese nicht nur meine juristischen Kenntnisse vertiefen und erweitern können, sondern ich habe in der Mediationsausbildung vor allem in Bezug auf die Kommunikation viel gelernt. Letztere ist sowohl für die anwaltliche wie auch die mediative Tätigkeit von unschätzbarem Wert, geht es doch im Umgang mit Klientinnen oder Medianden immer darum, diese zu verstehen und deren Bedürfnisse und Interessen zu erkennen. Die Kommunikation steht bei unserer Tätigkeit immer im Zentrum. Sie ist Teil jeder Verhandlungsführung und jedes Austauschs. Umso erschreckender ist die Tatsache, dass die Grundlagen der Kommunikation in der Ausbildung zur Anwältin resp. zum Anwalt nicht vermittelt werden. Ein Klient oder eine Mediandin sucht uns in der Regel auf, um eine konkrete Konfliktsituation, sei es in Familie, in oder zwischen Unternehmen oder unter Privaten zu regeln. Ausgangspunkt dieses Regelungsbedarfs ist oft eine divergente Wahrnehmung und eine missglückte Kommunikation: Die Botschaft kam bei der Empfängerin nicht so an, wie sie der Sender mitteilte. Eine Nachricht enthält immer mehrere Botschaften. Prof. Dr. Friedemann Schulz von Thun beschreibt illustrativ vier Seiten einer Nachricht.¹ Je nachdem, wie der Empfänger die Botschaft aufnimmt, kann ein Konflikt entstehen. Vertiefte Kenntnisse über Kommunikation, Konflikte, Mediation und ADR (Alternative Dispute Resolution) können für uns persönlich, aber auch für unsere Klientinnen und Klienten einen echten Mehrwert schaffen. Wir werden kommunikativ geschult und verfügen über mehr «Tools», um auf die Bedürfnisse unserer Mandantschaft eingehen zu können. Das Angebot von Mediation in der Kanzlei erhöht zudem die Vertrauenswürdigkeit der Anwältin und der Kanzlei. Sie ist dem Image somit zuträglich.

Gemäss unseren Standesregeln fördern Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte die gütliche Erledigung von Streitigkeiten und nehmen Rücksicht auf eine laufende oder eine von den Parteien gewünschte Mediation.² Die europäischen Regeln gehen sogar einen Schritt weiter, indem sie vom Anwalt oder von der Anwältin verlangen, dass diese den Klienten dahingehend beraten, ob zu gegebener Zeit eine Streitbeilegung oder ein alternatives Streitbeilegungsverfahren zu versuchen ist.³ Es genügt somit in heutiger Zeit nicht mehr, nur Kenntnisse der klas-

sischen anwaltlichen Tätigkeit, namentlich der Prozessführung, zu haben. Ich würde sogar behaupten, wer grösste Sorgfalt als Anwältin oder Anwalt an den Tag legen will, muss zumindest über Grundkenntnisse der verschiedenen möglichen aussergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren verfügen. Ansonsten dürfte die Beratung der Klientin in Bezug auf alternative Streitbeilegungsverfahren kaum möglich sein.

Der SAV führte mehrere Workshops durch, damit Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Belange der Kommunikation und aussergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren sensibilisiert werden. Der SAV bietet mit seinem eigenen Ausbildungsgang zum Mediator SAV ein umfassendes Ausbildungskonzept in Mediation und ADR an. Die erlernten mediativen Techniken sollen auch unmittelbar für die juristische Tätigkeit anwendbar sein. Es werden Kommunikations- und Konflikttheorien vermittelt und verschiedene ADR-Verfahren beleuchtet.

Der Vorstand hat kürzlich neue Richtlinien für die Mediation verabschiedet. Die Führung des Titels Mediator SAV soll ein Qualifikationsmerkmal sein, entsprechend wird in Zukunft diesen Titel nur noch führen können, wer den Ausbildungsgang des SAV absolviert hat und sich stetig angemessen fortbildet. Die Richtlinien enthalten zudem klare Vorgaben in Bezug auf Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Informationspflichten, Vertraulichkeitsbestimmungen, Kosten und Schlussvereinbarung. Alles in allem wird damit gewährleistet, dass unsere Klientinnen und Klienten in den Genuss einer qualitativ hochstehenden Dienstleistung kommen. Wir grenzen uns damit von anderen Playern auf dem Markt ab.

Ich wünsche mir, dass viele Kolleginnen und Kollegen diese Chance ergreifen und sich für den Ausbildungsgang entscheiden, ungeachtet dessen, ob sie dann schwergewichtig Mediationen anbieten werden. Eine persönliche Bereicherung ist die Ausbildung alleweil!

Andrea Lanz Müller
Vorstandsmitglied des SAV

¹ FRIEDEMANN SCHULZ VON THUN, *Miteinander reden: 1, Störungen und Klärungen*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 25 ff.

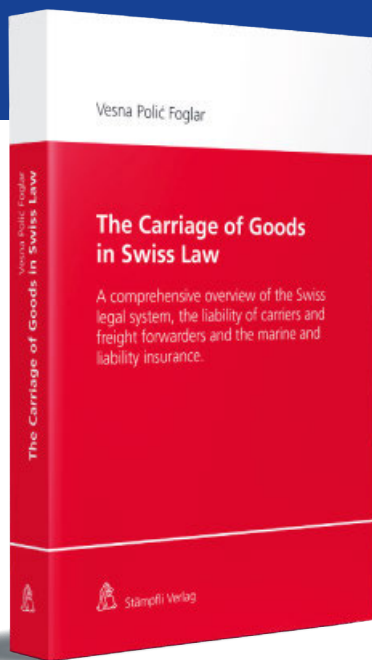
² Vgl. SSR Art. 9

³ Vgl. CCBE: Code of Conduct for European Lawyers, Ziff. 3.7.1.

Vesna Polić Foglar

The Carriage of Goods in Swiss Law

A comprehensive overview of the Swiss legal system, the liability of carriers and freight forwarders and the marine and liability insurance



-
- › **Contains valuable knowledge to handle transport, claims and insurance**
 - › **Accounts for the peculiarities of different modes of transportation**
-

Swiss law on the carriage of goods is a complex field, both for non-Swiss and for Swiss professionals. This book gives a comprehensive overview of the contract of carriage and the carriers' and freight forwarders' liability, the insurance of goods and of liability, the jurisdiction of Swiss courts and the possibilities of recourse actions. Written for practitioners and lawyers in the country and abroad, the book can serve to all those whose claims may be decided before a Swiss court.

352 pages, paperback, june 2022, CHF 150.–
978-3-7272-5740-7



Order online: www.staempflieditions.com

Stämpfli Publishers Ltd.

Wölflistrasse 1 | P.O. Box | 3001 Bern | Phone + 41 31 300 66 77 | Fax + 41 31 300 66 88 | order@staempfli.com
Changes in price and errors excepted | 1810-65/22

Stämpfli
Publishers

LE POINT DE MIRE DU CONSEIL FSA

Chères Consœurs, Chers Confrères,

Lors de notre dernière séance de planification stratégique, chacun des membres du Conseil s'est fixé un objectif concret à poursuivre et promouvoir tout au long de l'année. En ce qui me concerne, j'ai émis le souhait d'encourager et de contribuer à la spécialisation des avocat-es¹, qu'il s'agisse des avocat-es spécialistes FSA ou des médiateurs-trices FSA. Ces spécialisations me sont bien connues, puisque j'ai eu le plaisir de les accomplir les deux. Elles me tiennent à cœur, car elles m'ont permis non seulement d'approfondir et d'élargir mes connaissances juridiques, mais également d'acquérir des compétences poussées en matière de communication, en particulier lors du cursus de médiation. Pour notre profession, la communication n'est pas un vain mot. Elle constitue un outil de travail fondamental, aussi bien pour l'avocat-e que pour le ou la médiateur-trice. Dans les relations que nous tissons avec nos clients, nous devons avant tout les comprendre en décryptant leurs besoins et leurs intérêts. La communication devrait donc toujours être au centre de nos activités, comme clé de voûte à tout échange ou toute négociation. Il est dès lors d'autant plus surprenant que les principes de base qui régissent la communication ne soient pas enseignés dans la formation initiale d'un-e avocat-e. Le ou la client-e nous consulte généralement pour régler une situation conflictuelle bien précise, que ce soit avec les membres de sa famille, avec des particuliers ou des entreprises, y compris au sein de ces dernières. Force est de constater que ces litiges découlent la plupart du temps d'une communication maladroite et de malentendus. En d'autres termes, le message n'est pas parvenu à son destinataire comme l'aurait souhaité son émetteur. En raison de sa nature subjective, un propos contient forcément toujours plusieurs messages possibles. À ce titre, on se référera p.ex. au Prof. Friedemann Schulz von Thun, qui illustre les quatre aspects d'un communiqué². En substance, c'est la manière dont l'interlocuteur-trice reçoit la déclaration qui déclenche le conflit. Des connaissances approfondies sur la communication, la nature protéiforme du différend, la médiation et l'ADR (*alternative dispute resolution*) représentent dès lors un atout majeur, tant pour les avocat-es que pour leurs client-es. Riches d'une formation axée sur la communication, nous disposons de plus d'outils pour répondre aux attentes de nos client-es. Si l'étude d'avocat-es propose également des services de médiation, la crédibilité de l'avocat-e s'en trouve renforcée, et son étude bénéficie d'une meilleure image.

Conformément à notre CSD³, *l'avocat s'efforce de régler à l'amiable les litiges et tient compte d'une médiation en cours ou du souhait de l'une des parties d'en instaurer une*. Les directives européennes⁴ vont même plus loin, en

exigeant de l'avocat-e *qu'il donne des conseils quant à l'opportunité de rechercher un accord ou de recourir à des modes alternatifs de règlement des litiges*. De nos jours, il ne suffit donc plus de maîtriser l'activité habituelle d'un-e avocat-e qui pratique le barreau, à savoir la conduite de procès. Pour exercer sa profession avec soin et diligence, l'avocat-e devrait à tout le moins disposer de connaissances de base dans les différentes procédures extrajudiciaires de règlement des litiges. À défaut de telles notions, il est peu probable que l'avocat-e puisse conseiller congrûment son client sur lesdites procédures.

Eu égard à ce qui précède, la FSA a organisé plusieurs ateliers afin de sensibiliser ses membres aux avantages de la communication et de ces procédures extrajudiciaires. Avec son propre cursus pour médiateurs-trices, la FSA propose désormais un concept de formation de bout en bout en matière de médiation et d'ADR. Les techniques apprises lors de ce cours pour médiateurs-trices doivent également pouvoir être appliquées à l'ensemble des activités juridiques de l'avocat-e. Les théories de la communication et des conflits sont examinées en profondeur et plusieurs modèles de procédures ADR sont mis en exergue.

Le Conseil de la FSA a récemment adopté de nouvelles directives pour la médiation. Le droit de porter le titre de médiateur ou médiatrice FSA doit répondre à des critères de qualification bien précis. En conséquence, seules les personnes qui ont accompli le cursus de formation de la FSA et qui suivent en permanence des formations continues accréditées pourront porter ce titre protégé. Les nouvelles prescriptions intègrent en outre des règles claires en matière d'indépendance, d'impartialité, d'obligation d'information, de confidentialité, de coûts et d'établissement d'une convention. En conjuguant ces différents critères, ces directives garantissent que nos client-es bénéficient des services du meilleur aloi. Nous nous démarquons ainsi des autres acteurs du marché.

J'encourage donc mes consœurs et confrères à suivre cette formation, y compris s'ils ne concentrent pas toutes leurs activités dans le domaine de la médiation. Dans tous les cas, celle-ci apporte un enrichissement personnel incontestable.

M^e Andrea Lanz Müller
membre du Conseil de la FSA

1 Sémantiquement neutre (ni masculin ni féminin).

2 FRIEDEMANN SCHULZ VON THUN, *Miteinander reden: 1, Störungen und Klärungen*, éditions de poche Rowohlt, p. 25 ss.

3 Cf. art. 9 CSD.

4 Cf. CCBE: ch. 3.7.1 du Code de déontologie des avocats européens.

Peter Hänni

Planungs-, Bau- und besonderes Umweltschutzrecht



- › **Umfassend überarbeitete Neuauflage mit bewährter Struktur**
- › **Arbeits- und Lehrmittel für PraktikerInnen und Studierende**

Dieses Lehrbuch vermittelt eine Gesamtschau über die wesentlichen Themengebiete des öffentlichen Planungs-, Bau- und Umweltschutzrechts. Die Neuauflage berücksichtigt zunächst die am 1.1.2021 in Kraft getretene weitreichende Revision des Enteignungsgesetzes (mit zahlreichen Auswirkungen auf die Spezialgesetzgebung). Zudem galt es, eine Reihe kleinerer Gesetzes- und Verordnungsanpassungen in den Bereichen Raumplanung, Natur- und Heimatschutz sowie Energierecht zu integrieren. Darüber hinaus wurde die neueste, von zahlreichen bedeutenden Leitentscheiden gekennzeichnete Rechtsprechung des Bundesgerichtes systematisch gesichtet und eingearbeitet, wo es für das Verständnis des positiven Rechts sinnvoll erschien.

Stämpfli juristische Lehrbücher, 7. Auflage, 800 Seiten, gebunden, Mai 2022, CHF 160.–
978-3-7272-2255-9



Bestellen Sie direkt online: www.staempflishop.com/

Stämpfli Verlag AG

Wölflistrasse 1 | Postfach | 3001 Bern | Tel. +41 31 300 66 77 | Fax +41 31 300 66 88 | order@staempfli.com
Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten | 1810-65/22

Stämpfli
Verlag

KRYPTOWÄHRUNGEN ALS SACHEINLAGE BEI GRÜNDUNGEN UND KAPITALERHÖHUNGEN

KILIAN SCHÄRLI

Dr. LL. M. Rechtsanwalt, Partner bei MLL Meyerlustenberger Lachenal Froriep AG, Baar

JONAS SCHÜTTE

Dipl.-Jur., MLL Meyerlustenberger Lachenal Froriep AG, Baar

Stichworte: Gesellschaftsrecht, Kryptowährungen, Aktienrechtsrevision, Kapitaleinzahlungskonto, Sacheinlage

I. Einführung

Bei jeder Gründung und Kapitalerhöhung von Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung¹ trifft den Zeichner eine Liberierungsschuld. Die Zeichnung zukünftiger Aktien, also die bedingungslose Verpflichtung, eine dem Ausgabebetrag entsprechende Einlage zu leisten, lässt diese Schuld entstehen; der Zeichner erfüllt sie, indem er die versprochene Einlage zur freien Verfügung der Gesellschaft stellt.

Die Liberierungsschuld kann der zukünftige Aktionär – klassisch – im Wege der Barliberierung – also durch Geld – erfüllen, indem er die versprochene Geldsumme in CHF oder einer Fremdwährung² auf ein Kapitaleinzahlungskonto bei einer schweizerischen Bank i.S.d. Art. 3 ff. Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (BankG) einbezahlt, die den hinterlegten Betrag bis zur Eintragung des Gründungs- oder Kapitalerhöhungsvorgangs in das Handelsregister sperrt und ihn anschliessend auf ein operatives Geschäftskonto der Gesellschaft ausbezahlt. Ab diesem Zeitpunkt liegt die (zivil- und strafrechtliche) Verantwortung für die Verwendung des Aktienkapitals ausschliesslich zu Gesellschaftszwecken beim Verwaltungsrat der Gesellschaft.

Der Zeichner kann daneben seiner Liberierungspflicht aber auch durch Sacheinlage nachkommen. In diesem Fall wird die Gründung bzw. Kapitalerhöhung als qualifiziert bezeichnet. Er wird dies insbesondere dann tun, wenn für die Liberierung entweder nicht Barmittel verwendet werden sollen, oder (wie im Zusammenhang mit Gesellschaften, die im Krypto- und Blockchainbereich tätig sind) sich *in praxi* ein Bedürfnis nach Alternativen zur Barliberierung ergibt (s. hierzu sogleich).

II. Praktisches Bedürfnis nach Alternativen zur Barliberierung bei Krypto- und Blockchaingesellschaften

1. Kapitaleinzahlungskonto bei einem dem BankG unterstellten Institut

Das Obligationenrecht setzt für die Bargründung die Einzahlung auf die Liberierungsschuld auf ein Kapitaleinzah-

lungskonto bei dem BankG unterstellten Institut voraus (Art. 633 Abs. 1 OR). Die Einzahlung auf ein Kapitaleinzahlungskonto bei einer Bank im Ausland ist damit ausgeschlossen. Der zukünftige Aktionär ist in der Folge bei der Liberierung von dem positiven Entscheid der schweizerischen Niederlassung einer Bank abhängig.

Seit Beginn der Blockchainwelle in der Schweiz ist der regulatorische Druck auf die schweizerischen Banken stetig gewachsen, da das Geldwäschereirisiko bei in diesem Bereich tätigen Gesellschaften international als besonders hoch eingeschätzt wird. Der Gesetz- und Verordnungsgeber hat erwartungsgemäss die Prüfungspflichten der schweizerischen Geldinstitute hoch angelegt und noch verschärft. Resultat ist eine teils von branchenintern kodifizierten Sorgfaltsregeln geprägte³ immer schärfere AML-/KYC-Praxis der schweizerischen Banken⁴, einhergehend mit einer zunehmenden Vereinheitlichung des Kontoöffnungsvorgangs bei zentralen Abteilungen der Unternehmen – dies in der Regel über ein Online-Onboarding mit Verifizierung der

¹ Für Zwecke der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden nur noch von Aktiengesellschaften gesprochen. Die besprochenen Themen sind aber ebenso auf die Gesellschaft mit beschränkter Haftung übertragbar.

² Das EHRA lässt seit 2004 die Liberierung in frei konvertierbaren Fremdwährungen zu, vgl. HANDSCHIN/CRAMER, Gründung und Kapital bei AG und GmbH – ausgewählte Fragen, Gesellschaftsrecht und Notar – Beiträge der Weiterbildungsseminare der Stiftung Schweizerisches Notariat vom 1. 9. 2015 in Zürich und vom 8. 9. 2015 in Lausanne, S. 39 ff. (S. 60 f.) m. w. N. Die schweizerischen Banken eröffnen dementsprechend Kapitaleinzahlungskonten auch in Fremdwährungen, wobei zu beachten ist, dass der Betrag in Fremdwährung unter Berücksichtigung von Schwankungen der Devisenkurse am Tag der Beurkundung, der Eintragung in das Tagesregister und der Genehmigung durch das EHRA das – weiterhin in CHF lautende Aktienkapital – decken muss (vgl. HANDSCHIN/CRAMER, ebd.).

³ Vgl. etwa Art. 10 der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 20). Den VSB 20 kommt gemäss Art. 35 GwV-FINMA Verordnungsrang zu.

⁴ Der Bundesrat erkennt die Problematik und äussert sich, dass «in der Praxis [...] die Eröffnung von Bankkonten sowohl für diese Startups als auch für die Banken eine Herausforderung dar[stellt].», vgl. Bericht des Bundesrates vom 14. 12. 2018 zu den rechtlichen Grundlagen für Distributed Ledger Technologie, S. 16.

Personalien des Kontoeröffners über externe Dienstleister. Regelmässig führt dies zu weitgehenden Auskunftsverlangen seitens der Banken, in vielen Fällen auch zur Ablehnung der Eröffnung des für die Gründung oder Kapitalerhöhung gesetzlich erforderlichen Kapitaleinzahlungskontos, sobald der Gesellschaftszweck auch nur in einem entfernten Zusammenhang mit der Blockchaintechnologie steht.

Noch weitergehend sind die Anforderungen der Banken bei Eröffnung eines operativen Bankkontos, ohne dass eine Gesellschaft faktisch handlungsunfähig ist. In der Beratungspraxis hat sich hier als Variante die Eröffnung operativer Konten im Ausland, etwa bei Geldinstituten in Grossbritannien und den baltischen Staaten, bewährt, die teilweise die Kontoführung auch in CHF anbieten. Die Führung eines operativen Kontos im Ausland ist gesetzlich zulässig. Der Transfer des auf dem Kapitaleinzahlungskonto eingezahlten Aktienkapitals auf ein ausländisches Konto, und zwar auch ein in Fremdwährung geführtes, wird von den schweizerischen Banken regelmässig akzeptiert, sofern das operative Konto exakt auf den Namen der schweizerischen Gesellschaft lautet.

2. Rechtsanspruch auf Eröffnung eines Bankkontos?

Die Europäische Union hat mit RL 2014/92/EU ihren Mitgliedsstaaten aufgetragen, sicherzustellen, dass Verbrauchern Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen von allen oder einer ausreichend grossen Zahl von Kreditinstituten angeboten werden, damit alle Verbraucher einen garantierten Zugang zu einem solchen Konto haben und Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden (Art. 16 Abs. 1 RL 2014/92/EU). Die Richtlinie wurde etwa in der Bundesrepublik Deutschland durch das sogenannte Zahlungskontengesetz umgesetzt, das Verbrauchern mit rechtmässigem Aufenthalt in der Europäischen Union einen Rechtsanspruch auf Abschluss eines sogenannten Basiskontovertrags gewährt. Ein entsprechender Rechtsanspruch von *Unternehmern* (unabhängig von der Rechtsform) besteht – trotz geäusselter Kritik⁵ – nicht.⁶

In der Schweiz besteht kein expliziter gesetzlicher Anspruch auf Abschluss eines vergleichbaren Basiskontovertrags.⁷ Das Bundesgericht hat aber in der Vergangenheit einen Kontrahierungszwang der schweizerischen Post bejaht, da diese als öffentlich-rechtliche Anstalt verpflichtet sei, eine flächendeckende Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen sicherzustellen.⁸ Auf kantonaler Ebene gab es im Kanton Zug einen Vorstoss im Rahmen einer Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank, bei der ein expliziter Kontrahierungszwang der Zuger Kantonalbank für Verträge mit Schweizerinnen und Schweizern sowie Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Kanton Zug zur Debatte stand.⁹ Nicht zuletzt wegen aufsichtsrechtlicher Vorbehalte der FINMA wurde eine solche Bestimmung letztlich jedoch nicht umgesetzt.

3. Liberierung von Kryptowährungen im Wege der Bareinlage?

Als Schlussstein der umfangreichen Revision des Aktienrechts hat der Bundesrat am 2.2.2022 Änderungen im OR

und in der HRegV in Kraft gesetzt. Die revidierten, ab 1.1.2023 geltenden Bestimmungen sehen unter anderem vor, dass Aktienkapital neu auch in anderen Währungen als CHF geführt werden kann (vgl. insbes. Art. 45a revHRegV). Die insoweit zulässigen Währungen bestimmen sich nach einem Katalog (Anhang 3 revHRegV), welcher derzeit vier Währungen umfasst. Nach dem Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung der Handelsregisterverordnung vom 10.12.2021 befürworteten sieben Teilnehmer des entsprechenden Verfahrens die Aufnahme von Kryptowährungen in den Katalog – darunter der Kanton Neuenburg –, wohingegen nur ein Teilnehmer sich explizit gegen diese Erweiterung aussprach.¹⁰ Abweichend von dieser Tendenz innerhalb der angehörten Kreise hat der Verordnungsgeber jedoch im Ergebnis keine Krypto- (oder weiteren Landes-)Währungen zugelassen.¹¹ In der Folge scheidet eine Liberierung in Kryptowährungen im Wege der Bareinlage *de lege lata* aus.¹² Aus Verfassersicht sollte der Bundesrat jedoch im Rahmen zukünftiger Verordnungsgebung diese Entscheidung überdenken. Dies gilt insbesondere, sofern wie zu erwarten eine weitergehende internationale Regulierung von Blockchain-/Distributed-Ledger-Technologien und ihren Schnittstellen zum bestehenden Währungssystem stattfindet¹³ und dementsprechend AML-/KYC-Belangen auch im Zusammenhang mit Kryptowährungen umfangreicher Rechnung getragen werden kann.

5 Vgl. exemplarisch die Kritik auf der Website des Verbands der Gründer und Selbständigen in Deutschland e. V., A. LUTZ, Rechtsanspruch auf Bankkonto – Selbstständige ausgenommen, abgerufen am 16. 5. 2022, von <https://www.vgsd.de/rechtsanspruch-auf-bankkonto-selbststaendige-ausgenommen/>.

6 HERRESTHAL, Der Anspruch auf ein Basiskonto nach dem Zahlungskontengesetz (ZKG) – Die Privatautonomie auf dem Rückzug im Bankenvertragsrecht, BKR 2016, S. 133 ff. (S. 135).

7 Vgl. ESSEBIER, Besteht in der Schweiz ein Rechtsanspruch auf ein Bankkonto?, abgerufen am 16. 5. 2022, von <https://www.vischer.com/know-how/blog/besteht-in-der-schweiz-ein-rechtsanspruch-auf-ein-bankkonto-38482/>.

8 BG, Urt. 4A_417/2009 v. 26. 3. 2010, E. 3.4. Beschwerdegegnerinnen waren in diesem Fall mehrere Gesellschaften. Vgl. aber Art. 45 Abs. 1 Postverordnung (VPG).

9 Vgl. Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission vom 19. 6. 2018 über eine Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz), S. 7.

10 Vgl. Ergebnisbericht Vernehmlassung: Änderung der Handelsregisterverordnung, Ziff. 4.2.3 und dort Fn. 11 f.

11 Siehe auch Medienmitteilung des Bundesrates vom 2. 2. 2022, abgerufen am 16. 5. 2022, von <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87016.html>.

12 Auf Basis des geltenden und auch zukünftigen Rechts – Art. 43 Abs. 1 lit. f HRegV/revHRegV – stellt sich ferner die Frage nach der Realisierbarkeit von «Kryptowährungskapitaleinzahlungskonti», vgl. bereits MÜLLER/STOLTZ/KALLENBACH, Liberierung des Aktienkapitals mittels Kryptowährung, AJP/PJA 11/2017 S. 1318 ff. (S. 1322).

13 Für eine Bestandsaufnahme siehe *Global Blockchain Business Council*, Interactive Map of Blockchain and Digital Asset Regulation, abgerufen am 16. 5. 2022 von <https://gbbccouncil.org/gsmi/>. Einen Überblick über die erfolgende internationale Koordination der Regulierung sowie einen Ausblick auf allfällige «Central Bank Digital Currencies» verschafft die Internetpräsenz des *Digital Currency Governance Consortium* des World Economic Forum, abgerufen am 16. 5. 2022 von <https://www.weforum.org/communities/digital-currency-governance-consortium>.

4. *Liberierung in Kryptowährungen im Wege der Sacheinlage*

Einstweilen bietet es sich als Alternative an, eine Liberierung in Kryptowährungen im Wege der Sacheinlage durchzuführen. Damit Beträge in Kryptowährung als Sacheinlage dienen können, müssen sie entsprechend der allgemeinen Anforderungen an Sacheinlagen insbesondere aktivierbar, frei übertragbar, frei verfügbar und verwertbar sein.¹⁴ Als Indiz für die Erfüllung der vorstehenden Kriterien erachtet es das Handelsregisteramt des Kantons Zug (HRA Zug), wenn eine bestimmte Kryptowährung über ein vergleichsweise grosses Handelsvolumen und eine relativ hohe Marktkapitalisierung verfügt.¹⁵ Vom HRA Zug akzeptiert werden dementsprechend ohne Weiteres Bitcoin (BTC) und Ether (ETH) als Sacheinlage.¹⁶ Es hat am 25.9.2017 als eines der ersten kantonalen Handelsregisterämter eine Sacheinlagegründung mit der Kryptowährung Bitcoin (BTC) in das Handelsregister eingetragen.¹⁷ In der Folge sind ihm weitere Handelsregisterämter gefolgt.¹⁸ Das Handelsregisteramt Zug rät bei anderen Kryptowährungen dazu, vorab eine Abklärung mit dem Register vorzunehmen.¹⁹ Zukünftigen Aktionären von im Krypto- oder Blockchainbereich tätigen Aktiengesellschaften gibt dies eine Alternative zur Hand, wenn ihnen das für die Gründung oder Kapitalerhöhung benötigte Kapitaleinzahlungskonto verwehrt wird. Umso naheliegender ist dies, da zukünftige Aktionäre von in diesen Bereichen tätigen Gesellschaften in der Regel bereits über Kryptowerte verfügen werden.²⁰

III. Gestaltung des Gründungs- und Kapitalerhöhungsvorgangs

Im Folgenden werden einzelne (praktische) Aspekte des Gründungs- bzw. Kapitalerhöhungsvorgangs näher beleuchtet.

1. *Gründung*

Die (qualifizierte) Sacheinlagegründung einer Aktiengesellschaft ist, wie die Bargründung, beurkundungspflichtig. Dem Handelsregister sind erstens die für die Bargründung gemäss Art. 43 Abs. 1 HRegV²¹ generell erforderlichen Dokumente einzureichen, d.h. die öffentliche Urkunde über den Errichtungsakt, die (beglaubigten)²² Statuten, eine Wahlannahmeerklärung des oder der Mitglieder des Verwaltungsrates²³, die Wahlannahmeerklärung des Revisors (sofern kein Opting-out erfolgte), das Protokoll des Verwaltungsrates über seine Konstituierung und die Regelung der Zeichnungsberechtigung seiner Mitglieder²⁴ sowie allenfalls die Domizilannahmeerklärung (sofern die Gesellschaft nicht über eigene Büros verfügt).

Bei einer Sacheinlagegründung mit Kryptowährungen müssen dem Handelsregister überdies die in Art. 43 Abs. 3 HRegV²⁵ bezeichneten Dokumente eingereicht werden. Hierzu zählen der Sacheinlagevertrag, der von allen Gründern unterzeichnete Gründungsbericht sowie die vorbehaltlose Prüfungsbestätigung eines Revisors.

2. *Kapitalerhöhung*

Die dem Handelsregister einzureichenden Belege bei einer ordentlichen Kapitalerhöhung mittels Sacheinlage von Kryptowährungen ergeben sich aus Art. 46 HRegV. Neben den für die Barkapitalerhöhung erforderlichen Belegen gem. Art. 46 Abs. 1 HRegV (öffentlichen Urkunde über die Beschlüsse der Generalversammlung, öffentliche Urkunde über die Feststellungen des Verwaltungsrates und über die Statutenänderung, angepasste Statuten und Kapitalerhöhungsbericht) sind des Weiteren die in Art. 46 Abs. 3 erwähnten Belege einzureichen, d.h. (auch hier) der Sacheinlagevertrag sowie die vorbehaltlose Prüfungsbestätigung eines Revisors.

3. *Der Sacheinlagevertrag insbesondere*

Gemäss Art. 635 OR gelten Sacheinlagen nur dann als Deckung, wenn sie gestützt auf einen schriftlichen oder (bei Einbringung von Grundstücken²⁶) öffentlich beurkundeten Sacheinlagevertrag geleistet wurden. In diesem soll

14 MÜLLER/STOLTZ/KALLENBACH, Liberierung des Aktienkapitals mittels Kryptowährung, AJP/PJA 11/2017 S. 1318 ff. (S. 1323) m. w. N.

15 Merkblatt über die Liberierung mit einer Kryptowährung des Handelsregisteramts Zug v. 6. 4. 2018, Ziff. 2.

16 Merkblatt über die Liberierung mit einer Kryptowährung des Handelsregisteramts Zug v. 6. 4. 2018, Ziff. 2.

17 Vgl. Merkblatt über die Liberierung mit einer Kryptowährung des Handelsregisteramts Zug v. 6. 4. 2018, Einleitung.

18 So sind dem SHAB seit August 2018 89 Neugründungen unter BTC-Sacheinlage zu entnehmen, davon 75 in ZG, 3 in ZH, je 2 in OW und in SZ sowie je 1 in BE, GR, LU, NW, SG, SH und UR; weiterhin in demselben Zeitraum 49 Neugründungen unter ETH-Sacheinlage, davon 41 in ZG, 4 in ZH sowie je 1 in SG, SH, SO und SZ. Für USDT («Tether») lauten die entsprechenden Daten: ZG 28, SZ 5, ZH 2 und LU 1; für USDC («USD Coin»): ZG 30, ZH 1. Vereinzelt erfolgten Neugründungen mit BNB (ZG, BE), DOT («Polkadot») (SH, ZG) und UST («TerraUSD») (LU, ZG), sowie mit BUSD («Binance USD»), XRP und SOL («Solana») (je ZG). Gründungen unter Einbringung von ADA («Cardano») oder DOGE («Dogecoin») konnten nicht nachgewiesen werden.

19 Merkblatt über die Liberierung mit einer Kryptowährung des Handelsregisteramts Zug v. 6. 4. 2018, Ziff. 2.

20 MÜLLER/ZYSSET/KALAITZIDAKIS, Die Einlage von Kryptowährungen zur Gründung einer Gesellschaft, Jusletter 20. 5. 2019, S. 4.

21 Die am 1. 1. 2023 in Kraft tretende neue Fassung des Art. 43 HRegV (Art. 43 revOR) berücksichtigt in Abs. 1 die nun gegebene Möglichkeit der Liberierung in Fremdwährungen und bleibt im Wesentlichen unverändert.

22 Gemäss Praxis verschiedener Handelsregisterämter kann auf ein entsprechendes Beglaubigungsverbal verzichtet.

23 Ein separates Protokoll kann entfallen, wenn sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates im Sinne eines Zirkularbeschlusses die Handelsregisteranmeldung unterzeichnen.

24 Die Wahlannahmeerklärung des Verwaltungsrates wird in der Praxis regelmässig mit dem einzureichenden beglaubigten Zeichnungsmuster verbunden. Auf die Einreichung einer separaten Wahlannahmeerklärung mit Zeichnungsmuster kann verzichtet werden, wenn das entsprechende Mitglied des Verwaltungsrates die Handelsregisteranmeldung unterzeichnet und – sofern das Mitglied eine Zeichnungsberechtigung erhalten soll – diese Unterschrift notariell beglaubigt wird.

25 Abs. 3 des Art. 43 revOR enthält gegenüber der Vorgängerfassung nur Änderungen, insoweit Sachübernahmen betroffen sind.

26 A. VOGEL, OFK-HRegV (2020), Art. 43 N. 39.

insbesondere die Quantität und Qualität der Einlageobligation festgelegt und der Anrechnungswert bestimmt werden.²⁷ Der Sacheinlagevertrag hat die einzubringenden Vermögenswerte genügend detailliert aufzulisten bzw. zu umschreiben und zu bewerten.²⁸ In der Praxis wird man die genaue Menge der einzubringenden Kryptowerte (z. B. 50 Ethereum [ETH]) vorsehen und mit dem entsprechenden Wert gemäss gängiger Onlineportale zur Kursberechnung (z. B. <https://www.finanzen.ch>) belegen. Praktisch wichtig ist mit Blick auf die hohe Volatilität von Kryptowährungen insbesondere, dass das Aktienkapital in CHF sowohl zum Zeitpunkt der öffentlichen Beurkundung als auch zum Zeitpunkt der Eintragung in das Handelsregister vollständig gedeckt sein muss.²⁹ Es empfiehlt sich deshalb, eine grössere Menge an Kryptowerten in die Gesellschaft einzubringen, als für die Liberierung zunächst erforderlich scheint.³⁰ Dies wird auch für die Einbringung von sog. Stablecoins gelten, mithin von Beträgen in solchen Kryptowährungen, die aufgrund der angenommenen Einlöseverpflichtung einer Drittpartei einen fixen Wechselkurs zu einer bestimmten Landeswährung aufweisen sollen.³¹

Gemäss Art. 634 Ziff. 2 OR muss weiterhin die Gesellschaft *nach* ihrer Eintragung in das Handelsregister sofort als Eigentümerin über die Sacheinlage verfügen können. Für den Zeitpunkt der freien Verfügbarkeit ist nach geltendem Recht auf den Zeitpunkt der elektronischen Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) abzustellen.³² Dem Wortlaut der Bestimmung zur Folge könnte man davon ausgehen, dass die eigentliche (dingliche) Übertragung noch nicht zwingend im Sacheinlagevertrag vorgesehen sein muss. Allerdings unterscheidet die Literatur dezidiert nach Sacheinlagegegenständen. Während bei beweglichen Sachen genügen soll, dass eine *Besitzübertragung* gemäss Art. 922 ff. ZGB auch noch «unmittelbar anschliessend an die Eintragung mit Sicherheit erwartet werden kann», soll bei Rechten eine Abtretung an die zu gründende Gesellschaft bereits mit *Abschluss* des Sacheinlagevertrags erforderlich sein.³³ Um dem Mandanten die – je nach Vorliegen der Kryptowerte auf einem Soft- oder Hardwallet – teilweise komplexen Fragen der dinglichen Übertragung nicht vorzuenthalten und eine Verfügbarkeit «sofort nach Eintragung in das Handelsregister» sicherzustellen, bietet es sich deshalb an, den Vollzug und allfällige zusätzlich erforderliche Vollzugshandlungen direkt im Sacheinlagevertrag zu regeln, den Vollzug im Beisein des Mandanten durchzuführen und zu protokollieren.

In jedem Fall sollte gewährleistet werden, dass nach Abschluss der fraglichen Vollzugshandlungen allein die Gesellschaft zur Disposition über die Sacheinlagegegenstände faktisch imstande ist. Bleiben bei Dritten «Besitzreste» zurück, etwa im Sinne ihrer potentiellen oder tatsächlichen Mitkenntnis von dem kryptographischen privaten Schlüssels zu dem sog. Wallet, in dem sich die Krypto-Einheiten sodann befinden, könnte die gesetzlich gebotene freie Verfügbarkeit über die entsprechenden Sacheinlagen in Zweifel zu ziehen sein.

4. Die statutarische Sacheinlagebestimmung insbesondere

Gemäss Art. 628 Abs. 1 OR müssen die Statuten den Gegenstand der Sacheinlage und dessen Bewertung sowie den Namen des Einlegers und die ihm zukommenden Aktien angeben. In der Praxis gestaltet sich die Formulierung der Sacheinlagebestimmung oft als Problem und kann zu Zurückweisungen durch das zuständige Handelsregisteramt führen. Im Falle einer Sacheinlagegründung mit Kryptowährungen kann eine Sacheinlagebestimmung beispielsweise wie folgt formuliert werden:

«Die Gesellschaft übernimmt bei der Gründung gemäss Sacheinlagevertrag vom [Datum] von [Name] [Zahl] Ethereum (ETH), zum Preis und Wert von insgesamt CHF [Zahl], wofür an den Sacheinleger [ZAHL] vollständig liberierte Namenaktien an der Gesellschaft mit einem Nennwert von je CHF [ZAHL] zu einem Ausgabebetrag von je CHF [ZAHL] ausgegeben werden. Eine allfällige Wertdifferenz der Sacheinlage gegenüber dem Ausgabebetrag zugunsten der Gesellschaft wird ohne Gegenleistung in die gesetzliche Kapitalreserve gebucht.»

IV. Fazit

Gründer bzw. zukünftige Aktionäre von im Krypto- oder Blockchainbereich tätigen Gesellschaften sind nicht selten mit dem Problem konfrontiert, dass ihnen seitens der Banken das für die Barliberierung gesetzlich erforderliche Kapitaleinzahlungskonto verwehrt wird. Auch stellen Kryptowährungen weiterhin keine zulässigen Währungen für das Aktienkapital im – nun gelockerten – Rahmen der Barliberierungsvorschriften dar. Die Sacheinlagegründung bzw. -kapitalerhöhung mit Kryptowährungen gibt den vorgenannten Gesellschaften jedoch eine gangbare Alternative zur Hand. Der Gründungs- bzw. Kapitalerhöhungsvorgang ist beurkundungspflichtig; für die Eintragung im Handelsregister bedarf es – neben weiteren Belegen – der Bestätigung eines Revisors. Bei dem ebenfalls einzureichenden Sacheinlagevertrag sollte besonderes Augenmerk auf den Vorgang der dinglichen Übertragung der Kryptowerte an die Gesellschaft gelegt werden.

²⁷ P. BÖCKLI, Schweizer Aktienrecht (2009), § 1 N 396.

²⁸ A. VOGEL, OFK-HRegV (2020), ebd.

²⁹ Vgl. Merkblatt über die Liberierung mit einer Kryptowährung des Handelsregisteramts Zug v. 6. 4. 2018, Ziff. 5.

³⁰ Vgl. Merkblatt über die Liberierung mit einer Kryptowährung des Handelsregisteramts Zug v. 6. 4. 2018, ebd.

³¹ In volatilem Marktumfeld waren in jüngster Vergangenheit bereits Störungen derartiger Wechselkursbindungen zu beobachten, etwa ab dem 9. 5. 2022 für «TerraUSD» und am 12. 5. 2022 für «Tether» («USDT»).

³² Vgl. Art. 936a S. 2 OR sowie Art. 34 S. 2 HRegV in der Fassung gemäss Ziff. I der Verordnung vom 6. 3. 2020, in Kraft seit 1. 1. 2021. Eine Rückkehr zur vorherigen Rechtslage im Sinne einer generellen Rückwirkung des Handelsregistereintrags auf den Zeitpunkt der Erfassung im Tagesregister wurde im Rahmen der jüngsten Rechtsreform erwogen, aber nicht umgesetzt, vgl. Ergebnisbericht Vernehmlassung: Änderung der Handelsregisterverordnung, Ziff. 9.2 f. Anders – unter alter Rechtslage – noch C. CRAMER, ZK-OR (2016), Art. 634 N. 11.

³³ C. CRAMER, ZK-OR (2016), Art. 634 N 12 f.

KAUFPREISZAHLUNGEN IN KRYPTO- WÄHRUNGEN IM M&A-BEREICH

MANUEL DIOUF

M. A. HSG in Law & Economics, VALLONI Attorneys at Law, Zürich

Stichworte: Kryptowährungen, M&A-Transaktionen, Earn-Out-Klauseln, Peer-to-Peer, Volatilität, Transaktionsgebühren

I. M&A im Kryptobereich

Der Gesamtwert der M&A-Transaktionen von Unternehmen, die im Kryptobereich tätig sind, hat sich von USD 1,1 Mia. im Jahr 2020 auf USD 55 Mia. im Jahr 2021 mehr als verfünzigfach.¹ Der durchschnittliche Kaufpreis von Targets in diesem Bereich ist im gleichen Zeitraum von USD 52,7 Mio. auf USD 179,7 Mio. gestiegen und hat sich damit mehr als verdreifacht.²

Während ein wachsender Kryptomarkt die Deal-Aktivität generell befeuert, begünstigen zwischenzeitliche scharfe Korrekturen an diesen Märkten die Konsolidierung der Branche, da sich für zahlungskräftige Marktteilnehmer die Chance bietet, Zukäufe zu günstigen Preisen zu tätigen.³ So finden sich bei M&A-Transaktionen auf Käuferseite neben Wagniskapitalgebern und sogenannten Incubators vor allem auch reifere Unternehmen aus dem Kryptobereich, die sich bereits am Markt bewiesen haben und entsprechend über umfangreiche finanzielle Mittel verfügen. Zukäufe erfolgen etwa mit der Zielsetzung, die eigene Produktpalette zu erweitern, in andere Geschäftsbereiche vorzudringen oder die globale regulatorische Strategie in einzelnen Zielmärkten durch die Akquisition lokaler Bewilligungsträger umzusetzen.⁴ Jüngst sorgte etwa das geplante strategische Investment von Binance, der in China gegründeten weltgrössten Kryptobörse, in das Unternehmen hinter der Marke Forbes, ein bekanntes US-amerikanisches Wirtschaftsmedium, in Höhe von USD 200 Mio. für Schlagzeilen.⁵

Die finanziellen Ressourcen etablierter Player, die bei Transaktionen nunmehr auf Käuferseite auftreten, dürften zu einem beachtlichen Teil aus Kryptowährungen bestehen. Dies würde damit in Einklang stehen, dass diese Akteure zu den «early adopters» zählen und bereits lange vor der jüngsten Mainstream-Adoptionswelle in Kryptowährungen entsprechend früh und profitabel investiert waren. Zu diesen Unternehmen zählen etwa grosse Krypto-Infrastrukturanbieter wie Binance, Coinbase, FTX oder Gate. Ihr Geschäftsmodell besteht in erster Linie in der Bereitstellung von Handelsinfrastruktur gegen Transaktionsgebühren (ca. 0,1%–1,5%)⁶. Hinzu kommt, dass der Preis für das Listing eines Tokens etwa USD 1 Mio. bis 3 Mio. betra-

gen kann.⁷ Dadurch gehören sie zu den grössten Gewinnern, wenn es um die Partizipation an mit einem Bullenmarkt einhergehenden steigenden Handelsvolumina bei Kryptowährungen geht. Zudem betätigen sich die genannten Unternehmen mittlerweile regelmässig als Wagniskapitalgeber im Kryptobereich und beteiligen sich auf diese Weise an vielversprechenden Projekten bereits im Frühstadium. Damit sind sie optimal positioniert, um das Potenzial asymmetrischer Gewinne, wie sie so in kaum einer anderen Branche anzutreffen sind, zu realisieren.

Ihre lukrative Geschäftsaktivität hat diesen Unternehmen und dessen Gründern grosse Gewinne beschert. Es liegt nahe, dass sich diese Gewinne nicht zuletzt in Kryptowährungen realisiert haben, da Transaktionsgebühren teils in der gehandelten Kryptowährung anfallen. Ausserdem erfolgt meist zumindest ein Teil der Gegenleistung für die Finanzierung von Kryptoprojekten in einer Allokation von Tokens dieser Projekte. Letztere sind oft über geraume Zeit illiquid und unterliegen in der Regel einem Vesting Schedule. Überdies gehören Kryptounternehmen und ihre Stakeholder definitionsgemäss zu den Pionieren und Verfechtern des *Gebrauchs* von Kryptowährungen und verfügen über einen unerschütterlichen Glauben an deren

1 PwC | 2021 Global Cryptocurrency Mergers and Acquisition and Fundraising Report, S. 6.

2 PwC | 2021 Global Cryptocurrency Mergers and Acquisition and Fundraising Report, S. 3.

3 KELSO HAYS DEMELZA/VALEK J. MARK, Crypto Research Report, Januar 2019, Edition V., S. 14.

4 PwC | 2021 Global Cryptocurrency Mergers and Acquisition and Fundraising Report, S. 4.

5 <https://www.forbes.com/sites/forbespr/2022/02/10/forbes-announces-200-million-strategic-investment-from-binance/?sh=6c5f243357e2>, abgerufen am 9. 3. 2022.

6 STONE SAM, 2022 Crypto-Exchange Fee Comparison, <https://www.cointracker.io/blog/2019-crypto-exchange-fee-comparison>, abgerufen am 9. 3. 2022.

7 Bitwise Asset Management, Analysis of Real Bitcoin Trade Volume, 2019, S. 49.

Zukunft. Entsprechend dürften sie einen grossen Teil ihres Vermögens in Kryptowährungen halten, was sich im Übrigen auch aus Marketingzwecken anbietet. Schliesslich dürften auch steuerliche Überlegungen eine Rolle spielen, da der Verkauf einer Kryptowährung gegen eine Fiat-Währung mit Gewinn in vielen Jurisdiktionen regelmässig einen steuerlich relevanten Geldfluss darstellen dürfte.

Traditionelle Banken sind Kryptowährungen als Anlageklasse gegenüber grösstenteils noch eher skeptisch. Auch in Bezug auf die Annahme grosser Fiat-Beträge, die im Kryptobereich erwirtschaftet wurden, üben sie sich in Zurückhaltung. Von der Einrichtung von Konten in Kryptowährungen scheinen sie aktuell noch weit entfernt.

Eine in der Praxis spürbare Konsequenz der beschriebenen Entwicklungen ist, dass die käuferseitigen Akteure von M&A-Transaktionen regelmässig wünschen, den Kaufpreis in Kryptowährungen zu leisten. Dies stellt die neben den Parteien traditionell involvierten Dienstleister – Banken, Berater und Anwälte – vor Herausforderungen, da sie hinsichtlich der Abwicklung substanzieller Beträge in Kryptowährungen oftmals Neuland betreten.

II. Typische Elemente von Transaktionen und herkömmliche Zahlungen

Der Verkäufer verpflichtet sich im Unternehmenskaufvertrag zur Übertragung des Kaufgegenstandes (Aktien oder andere Vermögensgegenstände) und der Käufer zur Zahlung des Kaufpreises. Die Erfüllung dieser Pflichten der Parteien, d.h. die Übertragung des Eigentums und die Überweisung des Kaufpreises, die in der Regel Zug um Zug am selben Termin erfolgen, wird als Vollzug bzw. «Closing» bezeichnet.⁸

Oftmals soll der endgültige Kaufpreis der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Zielunternehmens nach dem Kauf Rechnung tragen. Dazu werden in der Praxis sogenannte Earn-Out-Klauseln vereinbart. Beim Earn-Out handelt es sich um einen erfolgsabhängigen Zusatz zum Kaufpreis, den der Käufer zusätzlich zum festen Basispreis an den Verkäufer bezahlt.⁹ Die Vereinbarung dieser Methode hat ein zeitliches Auseinanderfallen der Übertragung von Vermögenswerten – einerseits – und Zahlung gewisser erfolgsabhängiger Komponenten nach Erreichen vordefinierter Meilensteine – andererseits – zur Folge. Herkömmlicherweise wird der Kaufpreis für das Unternehmen in einer Fiat-Währung bezahlt.

Käufer und Verkäufer verfügen jeweils über eine Bankbeziehung. Der Verkäufer wird die Übertragung der gemäss Unternehmenskaufvertrag geschuldeten Vermögensgegenstände erst vornehmen, wenn eine (Teil-)Zahlung des Käufers eingegangen ist, d.h. wenn seine Bank dies bestätigt.

Eine Vielzahl von Unternehmenskäufen ist grenzüberschreitend, d.h. Käufer und Verkäufer befinden sich in unterschiedlichen Ländern und halten ihre Barbestände in unterschiedlichen Währungen. Bei Auslandsüberweisungen sind Banken und Sparkassen auf die Zusammenarbeit mit entsprechenden Instituten im jeweiligen Empfänger-

land angewiesen – dies kann dauern und kosten.¹⁰ Hinzu kommt, dass der Erwerb grosser Fremdwährungsbeträge erhebliche Gebühren verursacht.

III. Merkmale von Zahlungen in Kryptowährungen

Im Gegensatz zu herkömmlichen Banktransaktionen in Fiat-Währungen, können Transaktionen in Kryptowährungen grundsätzlich Peer-to-Peer, also direkt über das Netzwerk und ohne Zwischenschaltung eines Mittlers, getätigt werden.

1. Schnelles Settlement

Auf dem Bitcoin-Netzwerk dauert die Bestätigung einer Transaktion durchschnittlich 10 Minuten.¹¹ Ein halbwegs internetaffiner Nutzer ist in der Lage, diese Bestätigung der Transaktion über einen sogenannten Blockexplorer, eine online verfügbare Software-Schnittstelle zur Blockchain, selbst abzulesen.

2. Volatilität von Kryptowährungen

Kryptowährungen (mit Ausnahme von Stablecoins) sind grossen Schwankungen ausgesetzt. Dem beschriebenen, durch vereinbarte Earn-Outs bedingten zeitlichen Auseinanderfallen des Closings – einerseits – und der Leistung variabler Komponenten des Unternehmenskaufpreises – andererseits – ist im Hinblick auf Zahlungen in Kryptowährungen somit besondere Beachtung zu schenken.

Wird eine Zahlung in virtueller Währung vereinbart, bspw. «Zahlung von 1000 BTC innerhalb von 10 Tagen nach Erreichen des Meilensteins XY», ohne Schuldner oder Gläubiger gleichzeitig zu berechtigen, in Fiat-Währung zu leisten bzw. zu fordern, so ist die Leistung grundsätzlich in BTC zu erbringen. Eine analoge Anwendung von Art. 84 Abs. 2 OR scheint nicht sachgerecht, unterscheiden sich Kryptowährungen doch zum heutigen Zeitpunkt noch massgeblich von Fiat-Währungen, insbesondere etwa hinsichtlich allgemeiner Akzeptanz und Wertbeständigkeit.¹² Mangels gegenteiliger Abrede ist folglich die Vereinbarung einer effektiven Leistung der in der Vertragsklausel genannten Kryptowährung zu vermuten. Insbesondere Gläubiger in einer solchen Konstellation sind gut beraten, diesem Umstand bei der Zustimmung zu ent-

⁸ SCHENKER URS, Unternehmenskauf, Rechtliche und steuerliche Aspekte, Bern 2016, S. 257.

⁹ ENZLER ALEX/KUHN PETER, Wie der Unternehmenskauf gelingt, NZZ Nr. 183 10. 8. 2020, S. 11.

¹⁰ SECO, Geldüberweisungen aus der Schweiz ins Ausland, eine Informationsbroschüre für Migrantinnen und Migranten, S. 9.

¹¹ <https://coinmarketcap.com/alexandria/article/how-long-does-a-bitcoin-transaction-take>, abgerufen am 10. 3. 2022.

¹² BÄRTSCHI HARALD/JAQUEMART NICOLAS/MEYER STEPHAN, Zahlung und Verzug bei virtuellen Währungen, in: Susann Emmenegger (Hrsg.), Zahlungsverkehr, Basel 2018, S. 177–248, 208.

sprechenden Klauseln angemessen Rechnung zu tragen. Während die Kryptomärkte bekanntermassen innerhalb weniger Augenblicke grosse Sprünge in beide Richtungen machen können, lässt sich wohl annehmen, dass das Risiko erheblicher Kursschwankungen grundsätzlich steigt, je weiter die Vereinbarung der Leistung in einer Kryptowährung (die kein Stablecoin ist) und die Übertragung der Kryptowährung in Erfüllung dieser Leistung zeitlich auseinanderliegen.

Will sich der Verkäufer eines Unternehmens beim Kaufpreis keinem Kursrisiko aussetzen, so kann dies erreicht werden, indem die Zahlung eines genau bezifferten Fiat-Betrags vereinbart wird, wobei die Leistung erfüllungs- oder zahlungshalber in der gewünschten Kryptowährung zu erfolgen hat. Die erfüllungshalber erbrachte Leistung wird an den vereinbarten Kaufpreis angerechnet, ersetzt aber – im Gegensatz zur Leistung an Erfüllung- oder Zahlungsstatt – die ursprünglich geschuldete Leistung nicht.¹³ Ist zwischen Schuldner und Gläubiger nicht vereinbart worden oder ist streitig, ob eine Leistung als zahlungshalber oder als an Zahlungsstatt gelten soll, so wird nach Lehre und Rechtsprechung zwar grundsätzlich eine Leistung zahlungshalber vermutet.¹⁴ Um Unsicherheiten zu vermeiden, empfehlen sich aber dennoch klare vertragliche Regelungen, die das Verständnis und die Erwartungen der Parteien reflektieren.

Selbstverständlich ist Volatilität keine Einbahnstrasse: Kursausschläge können sich ebenso zuungunsten des Käufers auswirken, sodass dieser im Zeitpunkt der Erfüllung seiner Pflicht durch Übertragung der vereinbarten Anzahl der vereinbarten Einheit der vereinbarten Kryptowährung einen höheren Gegenwert in Fiat-Währung bezahlt, als dies noch zum Zeitpunkt der Verpflichtung der Fall gewesen wäre. Da das Bedürfnis nach Kaufpreiszahlungen im Rahmen von M&A-Transaktionen allerdings wie erwähnt in der Praxis typischerweise bei Käufern besteht, dürften diese im Interesse einer Einwilligung zur gewünschten Zahlungsmodalität durch den Verkäufer eher gewillt sein, ein Kursrisiko einzugehen. Freilich gilt im Hinblick auf die Eliminierung des Kursrisikos mittels Vereinbarung bereits in Bezug auf den Verkäufer Gesagtes.

3. Transaktionsgebühren

Im Vergleich zu herkömmlichen Banktransaktionen kann sich die Kaufpreiszahlung in einer Kryptowährung durchaus lohnen. So wurden etwa am 13. 9. 2021 44598.43 BTC im damaligen Gegenwert von etwa USD 2 Mia. für eine Transaktionsgebühr von 0.00001713 BTC, was damals einem Wert von USD 0.78 entsprach, von einer Bitcoin-Adresse auf eine andere transferiert.¹⁵

Geht man für eine Zahlung in Fiat-Währung von einer verhältnismässig moderaten Transaktionsgebühr in einer Bandbreite von 1 bis 5 Basispunkten für eine Auslandsüberweisung samt Kosten für den Kauf einer Fremdwährung inklusive Spreads aus – Devisengeschäfte gelten herkömmlicherweise als für Banken äusserst lukrativ – würde eine Überweisung von USD 2 Mia. in Fiat-Währung bereits mit USD 200 000 bis USD 1 Mio. zu Buche schlagen.

IV. Fazit

Aufgrund der individuellen Vermögensstruktur von Käufern, geringer Transaktionsgebühren und eines schnellen und unbürokratischen Settlements kann die Kaufpreiszahlung für ein Unternehmen in einer Kryptowährung durchaus attraktiv sein. Besonders für den Verkäufer empfiehlt es sich jedoch, einer allfälligen Volatilität von Kryptowährungen im Unternehmenskaufvertrag Rechnung zu tragen, in dem beispielsweise die Bezahlung eines genau bezifferten Fiat-Betrags vereinbart wird und die Leistung erfüllungs- bzw. zahlungshalber in der gewünschten Kryptowährung zu erfolgen hat.

¹³ BÄRTSCHI HARALD/JAQUEMART NICOLAS/MEYER STEPHAN, Zahlung und Verzug bei virtuellen Währungen, in: Susann Emmenegger (Hrsg.), Zahlungsverkehr, Basel 2018, S. 177–248, 207.

¹⁴ BGE 119 II 230 E. 2a).

¹⁵ <https://www.blockchain.com/btc/tx/e09d4bb6c6b30a10b-8168ab1f55dcb9b7fd571270f14beea2dcb5fb8dcac967a>, abgerufen am 10. 3. 2022.

KAUFPREISZAHLUNGEN IN KRYPTO- WÄHRUNGEN IM M&A-BEREICH / AML- UND GWG-THEMEN

ANDREA TROST

MLaw, LL. M., MLL Meyerlustenberger Lachenal Froriep LLP, London

Stichworte: Kryptowährungen, Bitcoin, Geldwäschereigesetz, Peer-to-Peer-Transaktion

I. Zahlungen in Kryptowährungen am Beispiel Bitcoin

Als Kryptowährungen (auch Zahlungs-Token) gelten Token, die tatsächlich oder der Absicht des Organisators nach als Zahlungsmittel für den Erwerb von Waren oder Dienstleistungen akzeptiert werden oder der Geld- und Wertübertragung dienen sollen. Kryptowährungen vermitteln keine Ansprüche gegen einen Emittenten.¹

Kryptowährungen haben seit Beginn des Bullenmarktes 2020 massiv an Popularität gewonnen. Sie fanden etwa Eingang in die Portfolios von Privatanlegern, wobei durchaus auch ein wachsendes Interesse institutioneller Marktteilnehmer zu verzeichnen ist.

Wenn von Kryptowährungen die Rede ist, drängt sich die Frage auf, ob sich diese tatsächlich für den Zahlungsverkehr eignen und ihre Bezeichnung – wie sie herkömmlich verstanden wird – daher überhaupt verdienen. Gemeinhin wird unter einer Währung ein für einen bestimmten Wirtschaftsraum gültiges Zahlungsmittel verstanden, dessen Akzeptanz ebendort gewährleistet ist. Während Kryptowährungen in jüngster Zeit stark an Beliebtheit gewonnen haben, kann von einer gewährleisteten Akzeptanz als Zahlungsmittel aktuell jedoch noch nicht die Rede sein.

Der Bitcoin ist die Kryptowährung mit der grössten Marktkapitalisierung; er soll vorliegend als Beispiel dienen, um für das vorliegende Thema relevante Elemente von Zahlungen in einer Kryptowährung aufzuzeigen.

Das Bitcoin-Netzwerk ist ein *Peer-to-Peer-Netzwerk*, das aus gleichberechtigten Knotenpunkten, sogenannten *Nodes*, besteht. Grundsätzlich kann jeder eine Node betreiben, indem er oder sie eine entsprechende Software auf einem Rechner installiert.² Das Netzwerk aus Nodes verwaltet die Blockchain, indem es Transaktionen validiert. Man spricht von einem dezentralen, verteilten System, da Transaktionen unter Netzwerkteilnehmern nicht über einen zentrale Mittler validiert werden, sondern über verteilte Nodes.

Will man direkt über das Netzwerk Transaktionen tätigen, d.h. Bitcoin senden und empfangen, muss man seine Identität nicht preisgeben; man muss lediglich eine

pseudonyme Netzwerkadresse und den dazugehörigen *Private Key* erstellen. Die Instruktionen für eine Transaktion, d.h. einen Transfer einer bestimmten Menge Bitcoin von einer Adresse an eine andere, wird in Form einer Nachricht an das Netzwerk gesendet, das die Transaktion dann validiert, sofern man über genügend Guthaben verfügt.³

Nutzer interagieren in der Regel über eine Software-Schnittstelle mit dem Bitcoin-Netzwerk, um Transaktionen darauf zu tätigen oder ihre Coins zu halten. Grundsätzlich können diese Schnittstellen in *Non-Custodian Wallets* und *Custodian Wallets* unterschieden werden. Bei ersteren handelt es sich typischerweise um dezentral organisierte Open-Source-Projekte, die nicht unbedingt einzelnen Unternehmen zugeordnet werden können. Die entsprechenden Software-Applikationen werden dabei oft kostenlos zur Verfügung gestellt. Entsprechende Wallets erlauben es Nutzern, ihre Schlüsselpaare (d.h. *Private Key* und *Public Key*) selbst zu verwalten. In diesem Fall hat der Entwickler der Software weder Kenntnis noch Zugriffsmöglichkeit auf die generierten Schlüsselpaare der Benutzer. In dieser Konstellation mangelt es regelmässig an einer Kundenbeziehung. Anbieter von *Custodian Wallets* unterhalten im Gegensatz dazu oft eine Kundenbeziehung und die Schlüsselpaare ihrer Kunden.⁴

1 Wegleitung der FINMA für Unterstellungsanfragen betreffend Initial Coin Offerings (ICOs), 16. 2. 2018, S. 3.

2 Bericht des Bundesrates, Rechtliche Grundlagen für *Distributed Ledger*-Technologie und Blockchain in der Schweiz, 14. 12. 2018, S. 22.

3 Bericht des Bundesrates, Rechtliche Grundlagen für *Distributed Ledger*-Technologie und Blockchain in der Schweiz, 14. 12. 2018, S. 28.

4 Bericht des Bundesrates, Rechtliche Grundlagen für *Distributed Ledger*-Technologie und Blockchain in der Schweiz, 14. 12. 2018, S. 28.

Ein in der Kryptoszene verbreiteter Slogan lautet «*Not your keys, not your coins!*». Dies soll zum Ausdruck bringen, dass die volle Kontrolle über die eigenen Kryptowährungen nur besteht, wenn man den zugehörigen *Private Key* über ein *Non-Custodian Wallet* selbst verwaltet. Ein Grossteil der Retail-Nutzer, die mit eher kleinen Beträgen erste Erfahrungen mit Kryptowährungen machen, dürfte allerdings *Custodian Wallets*, namentlich solche von den Börsen oder Brokern, bei denen sie handeln, nutzen. Transaktionen funktionieren dabei grundsätzlich wie oben beschrieben, nur erfolgt die Instruktion an das Bitcoin-Netzwerk durch Authentifizierung mittels des *Private Key* durch den Anbieter für den Nutzer, während der Nutzer die Instruktion via Wallet an den Anbieter gibt.

II. GwG-Bestimmungen im Hinblick auf Kaufpreiszahlungen in Krypto

1. Dienstleistungen für den Zahlungsverkehr

Werden Kaufpreiszahlungen in Kryptowährungen geleistet, stellt sich die Frage, ob jemand, und wenn ja, *wer* dabei in den Anwendungsbereich des Geldwäschereigesetzes fällt und die damit einhergehenden GwG-Pflichten einhalten muss.

Das GwG bestimmt ganz allgemein, dass die Annahme oder das Aufbewahren von fremden Vermögenswerten, die Unterstützung bei der Übertragung von fremden Vermögenswerten und die Erbringung von Dienstleistungen für den Zahlungsverkehr für Dritte dem GwG unterstehen, sofern sie gewerbsmässig angeboten werden.⁵

Eine Dienstleistung für den Zahlungsverkehr liegt insbesondere dann vor, wenn jemand im Auftrag seiner Vertragspartei liquide Finanzwerte an eine Drittperson überweist und dabei diese Werte physisch in Besitz nimmt oder sie sich auf seinem eigenen Konto gutschreiben lässt oder Zugang zum Konto oder Wallet (z.B. per Vollmacht oder Besitz der *Private Keys*) des Vertragspartners hat und daher die Übertragung der Vermögenswerte im Namen und im Auftrag des Vertragspartners veranlassen kann.⁶ Eine Dienstleistung für den Zahlungsverkehr liegt ebenfalls vor, wenn jemand bei der Übertragung von Kryptowährungen an einen Dritten behilflich ist, sofern er eine dauernde Geschäftsbeziehung mit dem Vertragspartner unterhält oder im Auftrag des Vertragspartners Verfügungsgewalt über Kryptowährungen ausübt.⁷

2. Custodian Wallets

Wie erwähnt verwahren und verwalten die Anbieter von *Custodian Wallets* die *Private Keys* der Kunden ganz oder teilweise (Multisig) und besitzen durch die Verwahrung der *Private Keys* unmittelbare Verfügungsmacht über die ihnen anvertrauten, fremden Vermögenswerte.⁸ Sie gelten damit als dem GwG unterstellte Finanzintermediäre und müssen sich einer Selbstregulierungsorganisation (SRO) anschliessen. Wenn der Anbieter eines *Custodian Wallets* die Überweisung der Kryptowährungen im Namen und Auftrag einer Vertragspartei anordnet, erbringt er eine Dienstleistung für den Zahlungsverkehr. Wie andere dem

GwG unterstellte Finanzintermediäre müssen *Custodian-Wallet-Anbieter* die Sorgfaltspflichten gemäss GwG einhalten, das heisst, sie müssen die Vertragspartei identifizieren und die wirtschaftlich berechnete Person mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt feststellen.⁹ Bezahlte der Käufer eines Unternehmens mit Kryptowährungen, die in seinem *Custodian Wallet* liegen, muss der Anbieter des *Custodian Wallets* die GwG-Pflichten einhalten.

3. Non-Custodian Wallets

Im Gegensatz zu den *Custodian-Wallet-Anbietern* verwahren die Anbieter von *Non-Custodian-Wallets* den *Private Key* des Kunden nicht und verfügen über keinen Zugriff auf diesen. Der *Non-Custodian-Wallet-Anbieter* hat weder Einsicht noch Zugriff auf das Wallet des Kunden. Der Anbieter stellt lediglich die Software zur Verfügung und ist an der Übertragung der Vermögenswerte nicht beteiligt. Der Kunde kann unabhängig vom *Non-Custodian-Wallet-Anbieter* Kryptowährungen transferieren. Es handelt sich um Transaktionen *Peer-to-Peer*. Eine solche Tätigkeit kann nach geltendem Recht selbst bei weiter Auslegung von Art. 2 Abs. 3 GwG nicht ohne Weiteres als dem GwG unterstellte finanzintermediäre Tätigkeit bezeichnet werden. Da der *Non-Custodian-Wallet-Anbieter* keine Verfügungsmacht (weder rechtlich noch faktisch) über die ihm fremden Vermögenswerte hat, besteht nach Meinung des Bundesrates keine Unterstellungspflicht.¹⁰

4. Erhöhte Sorgfaltspflichten

Gemäss Art. 2 Abs. 1 lit. b GwG müssen Händler bei der Entgegennahme von Bargeld im Wert von mehr als CHF 100 000.– im Rahmen eines Handelsgeschäfts analog zu jenen der Finanzintermediäre die Sorgfaltspflichten gemäss Art. 8a GwG und Art. 9 Abs. 1^{bis} GwG erfüllen.

Als Händlerin oder Händler im Sinne dieser Bestimmung gilt, wer (i) kumulativ eine natürliche oder juristische Person ist, (ii) gewerblich mit Gütern handelt, und (iii) dabei Bargeld entgegennimmt.¹¹ Je nach Konstellation kann ein Verkäufer eines Unternehmens, der den Kaufpreis von über CHF 100 000.– in einer Kryptowährung vom Käufer erhält, die ersten beiden Voraussetzungen erfüllen.

⁵ Art. 2 Abs. 3 Bst. a, b und c GwG und Art. 3, Art. 4 Abs. 1 Bst. a und Art. 5 Abs. 1 Bst. a GwV.

⁶ Art. 4 Abs. 1 Bst. a GwV.

⁷ Art. 4 Abs. 1 Bst. b GwV.

⁸ According to the latest published FINMA practice: <https://www.finma.ch/en/documentation/dossier/dossier-fintech/entwicklungen-im-bereich-fintech/>; last visited on April 13, 2022.

⁹ Bericht des Bundesrates, Rechtliche Grundlagen für *Distributed Ledger-Technologie* und Blockchain in der Schweiz, 14. 12. 2018, S. 146.

¹⁰ Bericht des Bundesrates, Rechtliche Grundlagen für *Distributed Ledger-Technologie* und Blockchain in der Schweiz, 14. 12. 2018, S. 146.

¹¹ WYSS RALPH, in: GwG Kommentar / AMLA Commentary, Schweizerisches Geldwäschereigesetz mit weiteren Erlassen / Swiss Anti-Money Laundering Act with other Laws, 3. Aufl., Zürich 2019, Art. 2 Geltungsbereich N 7.

Auch eine einmalige Transaktion vermag diese Pflichten auszulösen, sofern das Geschäftsgebarren des Händlers generell, also unabhängig von der betreffenden Transaktion, gewerbsmässig ist.¹² Während es sich bei Kryptowährungen zwar (offensichtlich) nicht um Bargeld handelt, besteht bei einer *Peer-to-Peer-Übertragung* grosser Beträge grundsätzlich ein vergleichbares Risiko der Verschleierung der Mittelherkunft. Illustrativ setzt etwa Art. 7 lit. c des Reglements des Vereins zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen (VQF) virtuelle Währungen im Rahmen des Transfers von Vermögenswerten als Geld- und Wertübertragung mit Bargeld gleich. Die *Financial Action Task Force (FATF)* empfiehlt Ländern, die *Peer-to-Peer-Transaktionen* in Kryptowährungen inhärenten Geldwäschereirisiken laufend und vorausschauend zu überwachen und gegebenenfalls äquivalente Massnahmen zu treffen, wie sie für grössere Bargelddbeträge gelten, um diese Risiken zu mindern.¹³

Es ist mithin davon auszugehen, dass der Empfänger einer *Peer-to-Peer-Transaktion* zur Begleichung des Kaufpreises für ein Unternehmen in einer Kryptowährung, der typischerweise weit über CHF 100 000.- liegt, die genannten Sorgfaltspflichten unter Strafandrohung¹⁴ allenfalls zu erfüllen hat.¹⁵

Selbst wenn in einem konkreten Fall Zweifel darüber bestehen sollten, ob Art. 2 Abs. 1 lit. b GwG auf ein Geschäft anwendbar ist, etwa da der Verkäufer die Aktien am zu verkaufenden Unternehmen in seinem Privatbesitz hält, sodass seine Qualifikation als gewerblicher Händler fraglich scheint, sollte er bei der Annahme hoher Beträge in Kryptowährungen mit Blick auf Art. 305^{bis} Abs. 1 StGB eine erhöhte Sorgfalt walten lassen.

III. Fazit

Die Kaufpreiszahlung von Unternehmen mit Kryptowährungen ist zwar technisch grundsätzlich mit geringem Aufwand möglich, da sie *Peer-to-Peer*, also ohne Zwi-

schenschaltung eines Mittlers, möglich ist. Bei einem Kaufpreis von über CHF 100 000.-, was in der Regel bei Unternehmenskäufen der Fall sein wird, ist der Empfänger gut beraten, wenn er die Sorgfaltspflichten eines Händlers gemäss Art. 8a GwG und Art. 9 Abs. 1^{bis} GwG erfüllt. Da damit ein gewisses Risiko und ein gewisser Aufwand einhergeht, kann eine solche Transaktion alternativ über einen dem GwG unterstellten Finanzintermediär abgewickelt werden. Dazu bietet sich an, dass Käufer und Verkäufer jeweils eine Geschäftsbeziehung bei demselben Dienstleister eröffnen, der seinerseits eine *KYC-Prüfung* der Parteien vornimmt. Der Käufer zahlt dann den Kaufpreis auf sein Konto bzw. Wallet bei dem Dienstleister ein. Letzterer überprüft im Rahmen der Einhaltung der ihm obliegenden GwG-Bestimmungen die Mittelherkunft. Dadurch entgeht der Empfänger den Sorgfaltspflichten eines Händlers, die ihn bei einer *Peer-to-Peer-Transaktion* (je nach Konstellation) treffen würden.¹⁶ Nach erfolgreicher Prüfung durch den Finanzintermediär kann dieser einen Transfer auf das bei ihm eröffnete Konto bzw. Wallet des Verkäufers vornehmen. Es empfiehlt sich, das gewählte Vorgehen im Unternehmenskaufvertrag genau zu regeln.

¹² RAMELET NICOLAS, Sorgfaltspflichten für «Händler»- Auslegung einer Kompromisslösung, AJP 8/2015, S. 1160–1167, S. 1164.

¹³ FATF, Virtual Assets and Virtual Asset Service Providers, October 2021, Ziff. 37 f., Ziff. 105 f.

¹⁴ Art. 37 GwG und Art. 38 GwG.

¹⁵ Eine detaillierte Abhandlung der Sorgfaltspflichten erfolgt in einem separaten Beitrag.

¹⁶ RAMELET NICOLAS, Sorgfaltspflichten für «Händler»- Auslegung einer Kompromisslösung, AJP 8/2015, S. 1160–1167, S. 1166.

Anzeigen*

Adressen für Anwälte

SFC

SWISS FORENSIC
& COMPLIANCE

Asset Tracing
Due Diligence
Corporate Intelligence

Rue de la Grotte 6
1003 Lausanne
www.sfc.services

* Keine offizielle Empfehlung des SAV

DIE MEHRWERTABGABE IN IMMOBILIEN-TRANSAKTIONEN

CHANCEN UND RISIKEN FÜR KÄUFER- UND VERKÄUFERSCHAFT

ROCCO RIGOZZI

LL.M., Rechtsanwalt, im Kanton Tessin zugelassener Notar,
Senior Associate bei Bär & Karrer AG

KILIAN MÜLLER

Rechtsanwalt, Senior Associate bei Bär & Karrer AG

Stichworte: Mehrwertabgabe, Immobilientransaktionen, Due Diligence, Vertragsgestaltung

Der Bund verpflichtet die Kantone, Planungsvorteile bei Grundstücken durch eine Mehrwertabgabe auszugleichen. Die kantonale Ausgestaltung dieser Mehrwertabgabe ist unterschiedlich, und Erfahrungswerte fehlen noch weitgehend. In der Praxis zeigt sich deshalb, dass die Mehrwertabgabe bei Immobilientransaktionen zu Fragen führt. Die Autoren geben in diesem Beitrag einleitend einen Überblick über die gesetzliche Regelung der Mehrwertabgabe, um danach die Frage zu beantworten, was es bei der Prüfung eines Kaufobjekts und der Gestaltung der Verträge zu beachten gilt.

I. Die Mehrwertabgabe – ein Überblick

1. Gesetzliche Grundlage der Mehrwertabgabe?

Am 1.5.2014 trat die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) in Kraft. Neu eingeführt wurden die *Absätze 1^{bis}–1^{sexies} von Art. 5 RPG*. Diese sind nicht direkt anwendbar, sondern verpflichten die Kantone vielmehr, in ihrer Ausführungsgesetzgebung Planungsvorteile bei Grundstücken auszugleichen. Die neuen Absätze sollten den bereits existierenden, von den Kantonen aber bisher kaum umgesetzten Gesetzgebungsauftrag aus Art. 5 Abs. 1 RPG verwirklichen.

Die Mehrwertabgabe – als Vorteilsausgleich – stellt ein *Pendant bzw. Korrelat zur Minderwertentschädigung bei (materieller) Enteignung* dar.¹ Sie will primär diejenigen Fälle erfassen bzw. ausgleichen, in denen der Wert eines Grundstückes aufgrund einer planerischen Massnahme ohne jegliches Zutun des Grundeigentümers, einzig aufgrund eines staatlichen Hoheitsaktes, erheblich steigt.² Der Grundgedanke ist klar: Nicht nur Grundeigentümer sollen von solchen Wertsteigerungen wirtschaftlich profitieren.

2. Mindestvorgaben des Raumplanungsgesetzes

Das RPG bestimmt nur die *Mindestanforderungen*, die von den Kantonen in ihrer Gesetzgebung zwingend umzusetzen

sind. Alle Kantone haben in der Zwischenzeit Ausführungsbestimmungen erlassen, sei es in eigenständigen kantonalen Gesetzen³ oder durch neue Bestimmungen in ihren Planungs- und Baugesetzen⁴.

Aus den neuen RPG-Bestimmungen ergeben sich folgende *Mindestanforderungen an die Mehrwertabgabe*:

- Die aus der Planungsmassnahme – d.h. Planungen nach dem RPG, konkret Massnahmen auf Stufe der Nutzungsplanung i. S. v. 14 ff. RPG – resultierenden Vorteile haben die Kantone *mindestens im Umfang von 20%* auszugleichen.⁵ Während die meisten Kantone nur dieses Minimum von 20% erheben, erheben etwa die Kantone Ba-

¹ Vgl. Art. 5 Abs. 2 RPG und Art. 26 Abs. 2 BV.

² Vgl. DIEGO WEDER/ANNA BUSSMANN, Die Mehrwertabgabe, Expert Focus, EF 4/19, [WEDER/BUSSMANN], S. 338.

³ Z. B. im Kanton Zürich mit dem Mehrwertausgleichsgesetz (MAG ZH).

⁴ Z. B. im Kanton Tessin mit den Anpassungen der Legge sullo sviluppo territoriale (LST TI), im Kanton Bern des Baugesetzes (BauG BE) und im Kanton Basel-Stadt des Bau- und Planungsgesetzes (BPG BS).

⁵ Vgl. Art. 5 Abs. 1^{bis} Satz 1 RPG.

sel-Stadt, Bern und Graubünden eine Abgabe von bis zu 50%.⁶

- Dieser Ausgleich wird mit der *Überbauung des Grundstücks* oder dessen *Veräusserung fällig* (vgl. Art. 5 Abs. 1^{bis} Satz 2 RPG).
- Mindestens Mehrwerte bei neu und dauerhaft einer Bauzone (i. S. v. Art. 15 RPG) zugewiesenem Boden müssen ausgeglichen werden (sog. *Einzonungen*).⁷
- Die *Einnahmen* aus der Mehrwertabgabe sind *zweckgebunden*. Sie müssen zwingend als Entschädigungen für materielle Enteignungen oder als Ausgleich für raumplanerische Massnahmen nach Art. 3 RPG verwendet werden (vgl. Art. 5 Abs. 1^{ter} RPG).
- Die Kantone können von der Erhebung der Mehrwertabgabe *absehen*, wenn (i) ein Gemeinwesen abgabepflichtig wäre⁸ oder (ii) der voraussichtliche Abgabeertrag in einem ungünstigen Verhältnis zum Erhebungsaufwand steht (m. a. W. sollen lediglich erhebliche Wertsteigerungen erfasst werden).⁹ Gerade letzte Ausnahme wurde in die kantonalen Regelungen sehr unterschiedlich umgesetzt, namentlich mit *Freibeträgen* (als Beträge, die von der Bemessungsgrundlage in Abzug zu bringen sind) oder *Freigrenzen* (bei deren Überschreitung die gesamte Mehrwertabgabe geschuldet ist). Die von den Kantonen am häufigsten gewählte Variante ist die Freigrenzenlösung, wobei die Freigrenze bis zu CHF 50 000.- (Kantone Basel-Landschaft und Luzern) betragen kann.¹⁰
- Schliesslich ist die *bezahlte Abgabe* bei der Bemessung einer allfälligen *Grundstückgewinnsteuer* als Teil der Aufwendungen vom Gewinn *in Abzug zu bringen*.¹¹ Die Kantone müssen ihre Regelungen zur Grundstückgewinnsteuer dahingehend anpassen, dass die bezahlte Mehrwertabgabe an die Bemessungsgrundlage der Grundstückgewinnsteuer angerechnet wird. Da nur die bezahlte Mehrwertabgabe abzugsfähig ist und der von der Mehrwertabgabe erfasste Betrag (vollständiger Planungsvorteil) von der Grundstückgewinnsteuer nicht ausgenommen ist, führt dies dazu, dass der Mehrwert grösstenteils doppelt belastet wird, indem er sowohl der Mehrwertabgabe wie auch der Grundstückgewinnsteuer unterliegt.¹² Durch die Anrechnung der bezahlten Mehrwertabgabe wird diese *Doppelbelastung zwar gemindert, nicht aber aufgehoben*.¹³ Bei einer kaufvertraglichen Regelung über die Tragung der Mehrwertabgabe ist daher die Abzugsmöglichkeit der Verkäuferschaft bei der Grundstückgewinnsteuer angemessen zu berücksichtigen.

3. Umsetzung auf kantonomer Ebene

Neben diesen Mindestvorgaben *verbleibt den Kantonen Spielraum*. Dies sowohl bei der Umsetzung der bundesrechtlichen Mindestvorgaben als auch für *zusätzliche Verschärfungen*.¹⁴

Die Kantone haben die Möglichkeit *weitere Abgabetatbestände* zu definieren und diese der Mehrwertabgabe zu unterstellen.¹⁵ So unterstellt die Mehrheit der Kantone *Umzonungen*¹⁶ und *Aufzonungen*¹⁷ der Mehrwertabgabepflicht

und definiert deren Anwendungsbereiche (Ausnahmen: Appenzell Ausserrhoden, Basel-Landschaft, Genf, Neuenburg, Nidwalden und Thurgau). Daneben sehen einige Kantone weitere *Spezialtatbestände* vor, z. B. Basel-Stadt (Vorteile, die entstehen, wenn die zulässige Geschossfläche durch einen Bebauungsplan oder durch eine Bewilligung vergrössert wird; vgl. § 120 Abs. 1 Bau- und Planungsgesetz Basel-Stadt), Appenzell Innerhoden (Mehrwert am Boden, der durch die Bewilligung von Abparzellierungen gemäss bürgerlichem Bodenrecht entsteht; vgl. Art. 90a des Baugesetzes Appenzell Innerhoden) oder Jura (Mehrwerte, die durch Ausnahmebewilligungen ausserhalb der Bauzone resultieren; vgl. Art. 111a Abs. 1 lit. c Loi sur les constructions et l'aménagement du territoire des Kantons Jura).

Die Teilrevision des RPG von 2014 sollte die Siedlungsentwicklung nach innen verstärken, indem etwa Baulücken gefüllt, Siedlungen verdichtet, Industriebranchen umgenutzt sowie überdimensionierte Bauzonen verkleinert werden. Dies führt dazu, dass der Tatbestand der Einzonung auf Kosten der durch kantonal und kommunales Recht eingeführten Tatbestände der Um- und Aufzonungen an Bedeutung verlieren wird.¹⁸

Schliesslich sehen einige Kantone die Möglichkeit vor, den planungsbedingten Mehrwertausgleich *durch öffentlich-rechtliche Verträge zu regeln*. Voraussetzung ist, dass eine gleichwertige Lösung erzielt wird.¹⁹ Hier tritt die vertragliche Lösung anstelle der Mehrwertabgabe.²⁰

Aufgrund des Spielraums der Kantone wird der Rechtsberater, der mit Fragen der Mehrwertabgabe kon-

⁶ Zum Teil sind auch differenzierte Lösungen je nach Abgabentatbestand vorgesehen; vgl. z. B. die Regelung in Art. 94 LST TI.

⁷ Vgl. Art. 5 Abs. 1^{bis} Satz 3 RPG.

⁸ Vgl. z. B. die ausführliche Regelung in Art. 96 LST TI.

⁹ Vgl. Art. 5 Abs. 1^{quinq} RPG.

¹⁰ Um Missbräuche durch Parzellierungen zu vermeiden, enthalten die kantonalen Regelungen oft Bestimmungen, wonach bei wirtschaftlich oder rechtlich zusammengehörenden Grundstücken die Summe der Mehrwerte aller Grundstücke massgebend ist (siehe etwa § 4 Abs. 3 MAG ZH).

¹¹ Vgl. Art. 5 Abs. 1^{sexies} RPG.

¹² Vgl. WEDER/BUSSMANN, S. 339.

¹³ Vgl. ANDREAS TINNER, Mehrwertabgabe nach Artikel 5 RPG, Zürich 2019 [TINNER], S. 288, der empfiehlt, dass die Regelungen betreffend Grundstückgewinnsteuer und Mehrwertabgabe überdacht und aufeinander abgestimmt werden.

¹⁴ Siehe tabellarische Übersicht über die Umsetzung in den Kantonen in WEDER/BUSSMANN, S. 344 ff.

¹⁵ Vgl. MARKUS RÜSSLI, Mehrwertausgleich in den Kantonen – ein Überblick, in ZBI 122/2021 [RÜSSLI], S. 187 ff., S. 190 f.

¹⁶ Zuweisungen zu einer anderen Zone mit besserer Nutzungsmöglichkeit (z. B. eine Industrie- in eine Wohnzone).

¹⁷ Nutzungsänderungen innerhalb der gleichen Bauzone, die eine rentablere Nutzung des Bodens erlauben (z. B. Erhöhung der Ausnützung).

¹⁸ Vgl. auch TINNER, S. 290 f.

¹⁹ Z. B. § 36h Abs. 1 Planungs- und Baugesetz Kanton Schwyz, § 21 MAG ZH und § 52a Abs. 2a des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Zug. Wobei das Gleichwertigkeitserfordernis wohl verlangt, dass die vertragliche Lösung der kantonalen Mindestregelung entspricht.

²⁰ RÜSSLI, S. 200 f.

frontiert ist, immer auch die kantonalen und kommunalen Regelungen (u. a. in den Bau- und Zonenordnungen) prüfen müssen.²¹ Trotz diesen Unterschieden in den kantonalen Regelungen bestehen auch Parallelen, weshalb die gegenseitige Berücksichtigung kantonaler Rechtsprechungen (neben der bundesgerichtlichen Rechtsprechung) geboten erscheint.

Wie gesehen bestehen *Berührungspunkte und Unterschiede zur Grundstückgewinnsteuer*, die ebenfalls Gewinne bzw. Mehrwerte bei Handänderungen erfasst.²² So wird die Grundstückgewinnsteuer anders als die Mehrwertabgabe (die auch bei einer Überbauung fällig wird) lediglich bei Handänderungen erhoben. Zudem erfasst die Grundstückgewinnsteuer, neben Mehrwerten durch behördliche Planungsmassnahmen, auch konjunkturelle Wertzuwachs-gewinne. Angesichts dieser Parallelen hat die Verkäuferschaft künftig bei der Veräusserung eines Grundstückes, das von einer wertsteigernden Planungsmassnahme profitiert hat, beide teilweise kumulierten Lasten zu berücksichtigen (jedenfalls, wenn es ihr nicht gelingen sollte, die Mehrwertabgabe vertraglich auf die Käufererschaft abzuwälzen).

4. Wer schuldet die Mehrwertabgabe?

Schuldner der Mehrwertabgabe ist in aller Regel derjenige, der *zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der die Mehrwertabgabe auslösende Planungsmassnahme* (also Einzonungen, allenfalls Um- und Aufzonungen) als *Eigentümer* des Grundstückes im Grundbuch eingetragen ist.²³ Sonderregelungen bestehen etwa bei der Veräusserung selbständiger und dauernder Baurechte.²⁴

Schliesslich sind auch *Spezialfälle* von Eigentumsübertragungen zu berücksichtigen, welche die Fälligkeit der Mehrwertabgabe *nicht auslösen*, wie Erbgang (Erbfolge, Erbteilung, Vermächtnis), Erbvorbezug, güterrechtliche Auseinandersetzung oder Schenkung.²⁵ Hier geht die Abgabepflicht auf die Rechtsnachfolger über (z. B. § 6 i. V. m. § 10 Abs. 3 MAG ZH). Schuldner ist hier der Grundeigentümer zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Mehrwertabgabe (siehe unten).

5. Veranlagung und Fälligkeit der Mehrwertabgabe

Abzugrenzen ist die Veranlagung von der Fälligkeit der Mehrwertabgabe:

A) Veranlagung der Mehrwertabgabe («Bemessungszeitpunkt»)

Massgeblich für die *Entstehung* der Mehrwertabgabeforderung und die *Bemessung* des Mehrwerts ist der *Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Planungsmassnahme* (sei es eine Ein-, Um- oder Aufzonung; vgl. z. B. § 3 Abs. 2 MAG ZH).²⁶

Wann eine solche Planungsmassnahme in Kraft tritt, ergibt sich aus den einschlägigen raumplanerischen Bestimmungen. Die hier relevanten Planungsmassnahmen resultieren primär aus – grundeigentümerverbindlichen (vgl. Art. 21 Abs. 1 RG) – Nutzungsplänen (i. S. v. Art. 14 ff. RPG) bzw. deren Änderungen. Für den Zeitpunkt der Verbindlichkeit der Festsetzung des jeweiligen Nutzungsplans

(bzw. seiner nachträglichen Änderungen) wird grundsätzlich auf den Zeitpunkt abgestellt, zu dem die zuständige kantonale Behörde den Plan genehmigt (vorbehaltlich all-fälliger Rechtsmittelverfahren).²⁷ Ein Abstellen auf einen *früheren Zeitpunkt* – d. h. wenn ein Planungsverfahren noch hängig ist – wäre wohl *nicht zulässig*, da kaum von einem gefestigten Planungsmehrwert – sondern nur von einer blossen Erwartung – gesprochen werden könnte.

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Planungsmassnahme wird die Höhe der Mehrwertabgabe und wer abgabepflichtig ist mittels *Verfügung* festgehalten.²⁸ Die Veranlagung der Mehrwertabgabe soll möglichst unmittelbar nach Inkrafttreten erfolgen.

B) Fälligkeit der Mehrwertabgabe («Fälligkeitszeitpunkt»)

Zur *Zahlung fällig* und durch das Gemeinwesen erhoben wird die Mehrwertabgabe aber *erst mit der Überbauung oder Veräusserung des Grundstückes*.²⁹ Der Fälligkeitszeitpunkt kann somit frühestens mit Inkrafttreten der Planungsmassnahme, unter Umständen *aber erst Jahre danach*, eintreten.³⁰

Was unter «Überbauung» und «Veräusserung» zu verstehen ist, bestimmen die Kantone:

Als *Überbauung* haben die Kantone etwa den Zeitpunkt der Publikation des Bauvorhabens, der Erteilung der Baubewilligung, des tatsächlichen Baubeginns oder die Ausstellung der Bezugsbewilligung definiert.³¹ Besondere Regelungen sehen die Kantone für sogenannte «etappierte Bauvorhaben» vor.³²

Betreffend der *Veräusserung* sind sich die Kantone einig, dass jedenfalls die *entgeltlichen Veräusserungen*, wie Kauf, Tausch oder eine Enteignung, die Mehrwertabgabepflicht auslösen.³³ Als Veräusserung kann, sofern kantonal vorgesehen, auch die Belastung des Grundstückes mit

²¹ Z. B. Art. 142 Abs. 4 und Abs. 5 des BauG BE, wonach die Gemeinden den Ausgleich von Planungsvorteilen nach Massgabe des Art. 5 RPG und des kantonalen Baugesetzes in einem Reglement regeln sollen.

²² Zum Ganzen siehe WEDER/BUSSMANN, S. 339.

²³ Vgl. § 5 Abs. 1 und 3 MAG ZH; siehe aber die Spezialregelung in Art. 113e Abs. 3 des Raumplanungs- und Baugesetzes des Kantons Freiburg, wonach Schuldner der Mehrwertabgabe der Eigentümer des Grundstückes zum Zeitpunkt der öffentlichen Auflage der Planungsmassnahme ist.

²⁴ Wobei unterschieden wird, ob die Baurechts- oder die Stamm-parzelle überbaut oder veräussert wird (z. B. § 5 Abs. 2 MAG ZH).

²⁵ Vgl. auch WEDER/BUSSMANN, S. 340.

²⁶ Vgl. z. B. Art. 142d Abs. 1–3 des BauG BE.

²⁷ Vgl. Art. 26 Abs. 3 RPG.

²⁸ So ausdrücklich in § 7 Abs. 1 MAG ZH.

²⁹ Art. 5 Abs. 1^{bis} RPG.

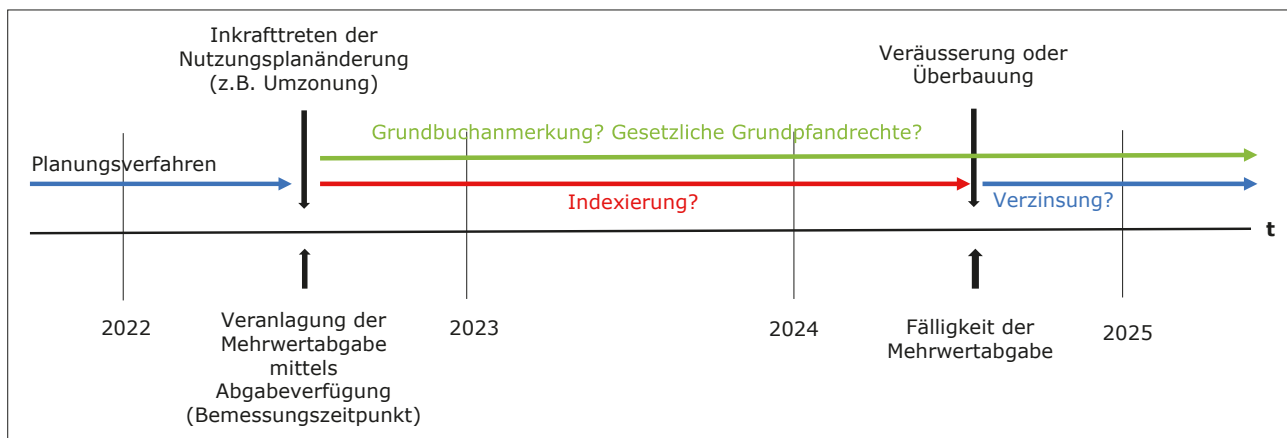
³⁰ Vgl. auch URS EYMANN, Grundsätze zur Ermittlung des Planungsmehrwerts nach Art. 5 RPG, in ZBI 11/2016 [EYMANN], S. 167 ff., S. 175 f.

³¹ Vgl. auch WEDER/BUSSMANN, S. 340.

³² Etwa § 10 Abs. 2 MAG ZH.

³³ Vgl. WEDER/BUSSMANN, S. 340.

Grafische Zusammenfassung



(in Anlehnung an URS EYMANN, Grundsätze zur Ermittlung des Planungsmehrwertes nach Art. 5 RPG, in: ZBI 116/2015 S. 178)

einem Baurecht gelten.³⁴ Örtliche Baubehörden, Notariate und Grundbuchämter unterliegen grundsätzlich Meldepflichten.³⁵

Einige Kantone definieren zudem auch die *wirtschaftliche Handänderung* als Veräusserung.³⁶ Fraglich ist, ob und unter welchen Voraussetzungen Share Deals – d.h. Aktienübertragungen von (Immobilien-)Gesellschaften – der Abgabepflicht unterstellt sind.

Aufgeschoben wird die Mehrwertabgabe jedoch bei *Schenkungen* und *Erbschaften*.³⁷ Bei Veräusserung eines Teils eines Grundstücks wird die Mehrwertabgabe in der Regel im Verhältnis zum Wertanteil des veräusserten Teils fällig.³⁸

6. Berechnung der Mehrwertabgabe

A) Festlegung des Planungsmehrwertes

Als Mehrwert gilt grundsätzlich nur die auf die Planungsmassnahme zurückzuführende *Wertsteigerung des Bodens*: Dabei ist der Landwert entscheidend; unerheblich sind die sich auf dem Land befindlichen oder noch zu erstellenden Bauten.³⁹ Die Mehrwertabgabe berechnet sich anhand der *Differenz* zwischen Verkehrswert des Bodens *vor* und *nach* der raumplanerischen Massnahme.⁴⁰ Massgeblich für die Bemessung des Mehrwerts ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Planungsmassnahme.⁴¹

Der Mehrwert ergibt sich nicht (direkt) aus dem Kaufpreis des – der wertvermehrenden Planungsmassnahme unterliegenden – Grundstückes, sondern soll aufgrund einer *Schätzung* ermittelt werden.⁴²

Die Einzelheiten der Ermittlung des Verkehrswertes darzulegen, würde diesen Beitrag sprengen. Darauf hinzuweisen ist jedoch, dass die Methode zur Ermittlung des Verkehrswertes teilweise ebenfalls durch die kantonalen Ausführungserlasse definiert wird. Es sind anerkannte Methoden der *Immobilienbewertung* anzuwenden.⁴³

B) Abzugsfähigkeit von Gestehungskosten

Bestimmte Gestehungskosten sind *abzugsfähig*. So etwa Erschliessungskosten sowie Kosten für raumplanerische

Studien und Analysen, soweit diese vom Grundeigentümer getragen werden. Hier zeigt sich der enge Konnex zwischen Raumplanung und Umwelt. Ergeben sich aus Planungsmassnahmen schärfere bauliche Vorschriften (z.B. ein sanierungsbedürftiger Standort gemäss Altlastenverordnung), können daraus resultierende Kosten, wie etwa die Sanierungskosten, von der Mehrwertabgabe in Abzug gebracht werden.⁴⁴ Die potenziellen Fallkonstellationen erfordern zwingend eine *Einzelfallbeurteilung*.

7. Sicherung der Mehrwertabgabe und weitere Hilfsmittel des Staates

Die Kantone haben verschiedene Mittel gewählt, um die Zahlung der Mehrwertabgabe sicherzustellen:⁴⁵

A) Anmerkung im Grundbuch

Einige Kantone (z.B. Zürich, Schwyz und Schaffhausen) sehen vor, dass die rechtskräftig veranlagte Mehrwertab-

³⁴ Vgl. Art. 19n Abs. 3 des Raumplanungsgesetz des Kantons Graubünden, Art. 10f Abs. 2 des Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Raumplanung des Kantons Wallis und Art. 52b Abs. 2 lit. b des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Zug.

³⁵ Z. B. § 11 MAG ZH.

³⁶ Siehe z. B. Art. 142c Abs. 1 des Baugesetzes des Kantons Bern mit dem Verweis auf Art. 130 Abs. 2 des Steuergesetzes des Kantons Bern, wonach der Veräusserung Rechtsgeschäfte, die bezüglich der Verfügungsgewalt über Grundstücke wirtschaftlich wie Veräusserungen wirken, gleichgestellt sind.

³⁷ Vgl. TINNER, S. 287.

³⁸ So ausdrücklich in § 10 Abs. 4 MAG ZH.

³⁹ So auch WEDER/BUSSMANN, S. 340.

⁴⁰ Vgl. z. B. Art. 142b Abs. 1 des BauG BE und Art. 94 Abs. 2 der LST TI.

⁴¹ So ausdrücklich in § 3 Abs. 2 MAG ZH.

⁴² So auch EYMANN, S. 172 f.; vgl. auch die Regelung in Art. 95 LST TI.

⁴³ Vgl. Art. 142b Abs. 1 des BauG BE: «[Der Mehrwert] ist mit anerkannten Methoden zu bestimmen.» Ausführlich dazu EYMANN, S. 172 f. und WEDER/BUSSMANN, S. 340.

⁴⁴ EYMANN, S. 173 f.

⁴⁵ Vgl. auch RÜSSELI, S. 197 ff.

gabe im Grundbuch anzumerken ist.⁴⁶ Die Anmerkung ist vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit zu begrüssen. Durch die Öffentlichkeit des Grundbuches werden Erwerber geschützt.

B) Sicherstellung

Ähnlich wie bei der Grundstückgewinnsteuer sehen die Mehrzahl der Kantone zur Absicherung der Mehrwertabgabe ein *gesetzliches Grundpfandrecht* i.S.v. Art. 836 ZGB am betroffenen Grundstück vor.⁴⁷ Einzelheiten werden anhand von Verweisen auf die kantonalen Einführungsgesetze zum ZGB geregelt.⁴⁸ Speziell ist die Regelung im Kanton Basel-Stadt, die *öffentlich-rechtliche Grundlasten* vorsieht.⁴⁹

C) Solidarische Haftung

Einige Kantone sehen eine *solidarische Haftung* des Rechtsnachfolgers für unbezahlte Mehrwertabgaben des Voreigentümers vor.⁵⁰

D) Indexierung

Zwischen Veranlagung und Fälligkeit der Mehrwertabgabe können Jahre verstreichen. Verschiedene kantonale Regelungen sehen deshalb einen *Teuerungsausgleich* bzw. eine *Indexierung* vor, oft mit Verweis auf den Landesindex der Konsumentenpreise.⁵¹

E) Zinspflicht

Schliesslich werden *Zinsen* bzw. *Verzugszinsen* auf der Mehrwertabgabe erhoben.⁵²

II. Besondere Fragestellungen bei Immobilien-transaktionen

Je mehr (wertvermehrende) Planungsmassnahmen in Kraft treten, desto mehr wird bei Immobilientransaktionen die Mehrwertabgabe eine Rolle spielen. Rechtsberater von *Käufer- und Verkäuferschaft* werden zukünftig abklären müssen, ob die Veräusserung eine Mehrwertabgabe auslöst und was die Konsequenzen sind. Im Fokus stehen die Klassiker des Grundstückverkaufs nach OR sowie der Vermögensübertragung gemäss Fusionsgesetz.⁵³ Hier stellen sich besonders dringliche Fragen bei Kaufverhandlungen, der Kaufpreisbestimmung sowie der Vertragsgestaltung, weshalb wir uns im Rahmen dieses Beitrages auf diese Transaktionen beschränken.⁵⁴

Da die Mehrwertabgabe bis zu 50% des Planungsvorteils betragen kann, können erhebliche Beträge auf dem Spiel stehen. Beachtet die abgabepflichtige Partei nicht, dass eine Mehrwertabgabe fällig wird, kann dies zu *Liquiditätsengpässen* führen.⁵⁵ Hinzu kommt die Möglichkeit des Staates, gesetzliche Pfandrechte auf dem Grundstück einzutragen, die den Erwerber bzw. Rechtsnachfolger treffen können (und ihm, ähnlich wie bei der Grundstückgewinnsteuer, Doppelzahlungsrisiken aufzwingen). Für beide Transaktionsparteien bestehen somit *beträchtliche Risiken*.

Nachstehend folgt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eine Übersicht über Fragen, die bei der Prüfung des

Kaufobjekts zu beantworten sind, um Risiken im Zusammenhang mit der Mehrwertabgabe zu erkennen. Gestützt darauf machen wir Vorschläge, wie diese erkannten Risiken bei der Vertragsgestaltung abgebildet werden könnten.

Dabei beziehen wir uns jeweils auf zwei Fallkonstellationen:

- «*Szenario A*»: Ein Grundstück wird verkauft bzw. übertragen, dass bereits von rechtskräftigen Planungsmassnahmen profitieren konnte. Die Mehrwertabgabe ist somit bereits veranlagt. Mit der Transaktion wird die Mehrwertabgabe zur Zahlung durch den Veräusserer somit fällig.
- «*Szenario B*»: Ein Planungsverfahren ist zum Zeitpunkt der Veräusserung hängig oder zumindest absehbar, die Planungsmassnahme ist aber noch nicht in Kraft getreten. Die Transaktion löst also keine Mehrwertabgabepflicht aus. Jedoch stellt die Mehrwertabgabe hier quasi eine latente Schuld der Käuferschaft dar, die sich bei einer künftigen Überbauung oder Veräusserung des erworbenen Grundstückes realisieren wird.

1. Die Mehrwertabgabe in der Due Diligence

Bei umfangreicheren Immobilientransaktionen ist die Durchführung einer strukturieren und umfassenden rechtlichen Prüfung des Kaufobjekts, einer sogenannten *Due Diligence*, üblich. Gleich wie bei M&A-Transaktionen gilt es dabei, Vollzugshindernisse sowie allfällige *Risiken frühzeitig zu erkennen*, zu erfassen und zu bewerten. Aufgrund der identifizierten Risiken ist die Transaktion rechtlich (und wirtschaftlich) so zu strukturieren, dass diese, wenn nicht ganz vermieden, zumindest minimiert werden. Wie gesehen birgt die Mehrwertabgabe solche Risiken, die, wenn nicht erkannt, erhebliche *finanzielle Konsequenzen* mit sich ziehen können. Hier ist es Aufgabe des Rechtsberaters, diese Risiken im Vorfeld der Transaktion, während der Due Diligence, zu erkennen und seine Klientschaft (sei es Käufer- oder Verkäuferschaft) aufzuklären und zu beraten.

⁴⁶ Z. B. § 7 Abs. 3 MAG ZH.

⁴⁷ Etwa § 9 MAG ZH; vgl. auch Art. 142e BauG BE.

⁴⁸ So in Art. 100 der LST des Kantons Tessin mit Verweis auf Art. 183 ff. der LAC.

⁴⁹ Siehe § 123 Bau- und Planungsgesetz Basel-Stadt.

⁵⁰ Z. B. Art. 6 Abs. 1 MAG ZH.

⁵¹ Siehe ausdrücklich § 8 MAG ZH und Art. 142d Abs. 3a BauG BE. Vgl. auch EYMANN, S. 180.

⁵² So die Regelung im Kanton Zürich, wonach die Mehrwertabgabe ab Fälligkeit zu verzinsen ist; vgl. § 12 Abs. 2 MAG ZH.

⁵³ Besonders, den Rahmen dieses Beitrages sprengende – aber dennoch praxisrelevante – Fragen stellen sich bei Kauf von Immobiliengesellschaften, sogenannten Share Deals.

⁵⁴ Hier nicht näher behandelt, jedoch nicht zu vergessen, ist, dass die Mehrwertabgabe nicht nur bei der Veräusserung von Grundstücken, sondern auch bei deren Überbauungen fällig wird. Der Grundeigentümer, der ein Bauvorhaben plant, sollte die finanziellen Konsequenzen der Mehrwertabgabe und die daraus resultierenden Problematiken nicht ausser Acht lassen.

⁵⁵ Beim Tatbestand der «Überbauung» kann dieses Risiko noch höher sein, weil ohnehin hohe Investitionen anstehen; aber u. U. auch bei unglücklicher Ausgestaltung der zu zahlender Kaufpreisen (z. B. bei Kauf schlüsselfertiger Objekte).

Ausgangspunkt einer jeden Real-Estate-Due-Diligence sind die *Grundbuchauszüge* (inkl. Belege). Um darin all-fällige Mehrwertabgabe-Tatbestände zu erkennen, ist auf folgende Abschnitte zu achten:

- *Anmerkungen* (vgl. Art. 962 f. ZGB): Wie dargelegt, sehen einige kantonale Ausführungsgesetze die Verpflichtung vor, die Mehrwertabgabe im Grundbuch anzumerken. Die Anmerkungspflicht ist zu begrüssen. Sie erlaubt es einer potenziellen Käuferschaft, bereits rechtskräftig festgesetzte Mehrwertabgaben einfach zu erkennen.
- *Gesetzliche Grundpfandrechte*: Bereits im Grundbuch eingetragene gesetzliche Grundpfandrechte weisen darauf hin, dass unbezahlte Mehrwertabgabeforderungen existieren könnten, für welche die Gefahr einer solidarischen Haftung besteht.

Mit der Prüfung der Grundbuchauszüge ist die Due Diligence aber nicht getan. Nicht in jedem Fall finden sich im Grundbuch Hinweise auf die Mehrwertabgabepflicht. Wie dargelegt, kennen nicht alle Kantone Anmerkungspflichten für veranlagte Mehrwertabgaben. Zudem sind Fälle denkbar, in denen keine Hinweise auf die Mehrwertabgabe aus dem Grundbuch direkt ersichtlich sind, etwa weil die Planungsmassnahmen zum Zeitpunkt der Prüfung noch nicht in Rechtskraft getreten sind (somit die Mehrwertabgabe noch nicht geschuldet ist, aber eben latent besteht), zwischen Vertragsunterzeichnung («Signing») und Vollzug («Closing») in Kraft treten werden oder gesetzliche Grundpfandrechte noch nicht eingetragen wurden.

Somit ist zu empfehlen, sich einerseits auch mit den *planungsrechtlichen Normen* und der jeweils anwendbaren *Planungszone* auseinanderzusetzen. Hilfreiche Tools und erste Anlaufstelle hierzu sind die kantonalen Geoportale (GIS).⁵⁶

Andererseits sollte die Verkäuferschaft direkt mit konkreten Fragen zur Mehrwertabgabepflicht angegangen und Unterlagen, insbesondere die *Offenlegung von Veranlagungs- bzw. Abgabeverfügungen* (mit entsprechender Bemessung des Mehrwertes), verlangt werden.

Konkret sind durch die Käuferschaft im Rahmen der Due Diligence etwa die folgenden Fragen abzuklären:

- Befindet sich das Grundstück bzw. die Grundstücke, das/die Gegenstand der Transaktion ist/sind, in einem Kanton, in dem die (bereits veranlagte) Mehrwertabgabe im Grundbuch angemerkt wird? Falls ja, ist beim konkreten Grundstück eine Mehrwertabgabe im Grundbuch angemerkt?
- Falls keine Anmerkungspflicht im betreffenden Kanton besteht:
 - Wann fand die letzte Handänderung oder Überbauung statt?
 - Traten seit der letzten Handänderung/Überbauung Planungsmassnahmen in Kraft? Führten solche Planungsmassnahmen zu Einzonungen, Aufzonungen, Umzonungen oder anderen wertvermehrenden Tatbeständen?
 - Wurden Verfügungen betreffend die Veranlagung von Mehrwertabgaben erlassen?

- Ist mit zukünftigen Planungsmassnahmen zu rechnen?
- Ist ein gesetzliches Pfandrecht für allenfalls unbezahlte Mehrwertabgabe im Grundbuch eingetragen?
- Besteht im betreffenden Kanton eine Solidarhaft des Erwerbers und Veräusserers für die Mehrwertabgabe?
- Falls eine Abgabeverfügung existiert:
 - Ist die Mehrwertabgabe indexiert?
 - Wie wurde der planungsbedingte Mehrwert bemessen?
- Besteht ein öffentlich-rechtlicher Vertrag anstelle einer Abgabeverfügung?

2. Die Mehrwertabgabe bei der Vertragsgestaltung

Nachdem in der Due Diligence Risiken erkannt wurden, gilt es, diese während der Vertragsverhandlungen bzw. bei der Vertragsgestaltung auf die Parteien zu verteilen. Die *Risikoallokation* unterscheidet sich je nach Szenario:

A) Szenario A: Bei Veräusserung bereits in Kraft getretene Planungsmassnahmen

Wie ausgeführt, ist es in diesem Fall der *Veräusserer* des Grundstücks, der *zur Zahlung der Mehrwertabgabe formell verpflichtet* ist. Er schuldet die Mehrwertabgabe auf dem Verkehrswertzuwachs; bemessen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Planungsmassnahme. Der Veräusserungserlös ist unerheblich für die Bestimmung der Mehrwertabgabe. Jedoch wird die Verkäuferschaft in der Lage sein, die zu bezahlende Mehrwertabgabe bei der Grundstücksgewinnsteuer als Teil der Aufwendungen vom Gewinn in Abzug zu bringen.

Die Verkäuferschaft wird *versucht* sein, die Mehrwertabgabe vertraglich (zumindest teilweise) *auf die Käuferschaft abzuwälzen*. Ist die Käuferschaft bereit, hier Risiken zu übernehmen, hat sie zwingend zu beachten (und ist entsprechend durch den Rechtsberater darüber aufzuklären), dass (i) bei der Berechnung des Kaufpreises die (aus der Transaktion zu zahlende) Mehrwertabgabe berücksichtigt wird und (ii) Abmachungen zwischen den Vertragsparteien die Behörden nicht binden und somit das Risiko der Eintragung eines gesetzlichen Grundpfandrechts auf dem erworbenen Grundstück für von der Verkäuferschaft nicht bezahlte Mehrwertabgaben nicht vermieden werden kann (zumindest für den Betrag, der gemäss Vertrag weiterhin von der Verkäuferschaft zu zahlen ist).

Zur *vertraglichen Ausgestaltung* bestehen primär zwei Möglichkeiten:

- Die Käuferschaft *übernimmt (vollständig oder zumindest teilweise) die Schuld* zur Begleichung der Mehrwertabgabe. Dies kann für die Käuferschaft vorteilhaft sein (vorausgesetzt, sie hat diese zusätzliche Schuld bei der Kaufpreisberechnung berücksichtigt): Da sie die

⁵⁶ Übersicht unter www.kgk-cgc.ch/geodaten/kantonale_geoportale.

Schuld direkt begleicht, vermeidet sie das Risiko, dass sie solidarisch haftet und gesetzliche Pfandrechte eingetragen werden, falls die Verkäuferschaft die Mehrabgabe nicht bezahlen sollte. Die Verkäuferschaft hingegen sollte sich diesfalls aber bewusst sein, dass sie (i) der Behörde gegenüber weiterhin formell schulpflichtig bleibt und (ii) ihre Abzugsmöglichkeiten bei der Grundstückgewinnsteuer verliert.⁵⁷ Als Sicherheit der Verkäuferschaft für ersteres bietet sich etwa eine Pfanderrichtung (insbesondere Grundpfandverschreibung) auf dem Kaufobjekt an.

- Die Schuld wird von der Käuferschaft *nicht übernommen* und verbleibt entsprechend bei der Verkäuferschaft. Diesfalls sollte sich die Käuferschaft anderweitig gegen das Risiko einer möglichen Eintragung eines gesetzlichen Grundpfandrechts oder das Risiko, solidarisch zu haften, absichern. Vertraglich kann etwa vorgesehen werden, dass der in der (durch die Verkäuferschaft offenzulegenden, rechtskräftigen) Abgabeverfügung genannte Betrag bis zur nachgewiesenen Bezahlung der Mehrwertabgabe zurückbehalten (u.U. auch durch Escrow-Lösungen) oder aber von der Käuferschaft direkt und unter Anrechnung an den Kaufpreis an die Behörde bezahlt wird (ähnlich wie bei der Grundstückgewinnsteuer).

B) Szenario B: Zukünftig in Kraft tretende Planungs-massnahmen

Grössere Unsicherheiten für die Käuferschaft birgt das Szenario B, in dem die zukünftige, die Mehrwertabgabe auslösende Planungsmassnahme zwar absehbar, aber noch nicht rechtskräftig ist. Wie gezeigt, ist hier die Mehrwertabgabe *weder veranlagt, noch wird sie durch die Transaktion zur Zahlung fällig*. Die Verkäuferschaft schuldet bei der Veräusserung formell keine Mehrwertabgabe, sondern diese stellt quasi eine latente Schuld dar, die sich bei einer künftigen Überbauung oder Veräusserung des Grundstücks durch die Käuferschaft bzw. neue Grundeigentümerin materialisieren wird.

- a) Ohne vertragliche Regelungen im Kaufvertrag
Ohne besondere vertragliche Regelung, also wenn die Parteien lediglich einen Fixpreis vorsehen und die Mehrwertabgabe unberücksichtigt lassen, *übernimmt de facto die Käuferschaft alle Risiken und Chancen* allfälliger zukünftiger Planungsmassnahmen.

b) Vertragliche Risikoallokation

Selbstredend hat die Käuferschaft ein Interesse daran, dass die (zukünftige) Mehrwertabgabe im Kaufvertrag Berücksichtigung findet. Denn: Absehbare Planungsmassnahmen führen zu einer künftig höheren Rentabilität, z. B. durch eine bessere bauliche Ausnutzung des Grundstücks. Besonders deutlich zutage tritt dies beim Erwerb von Entwicklungsgrundstücken.⁵⁸ Im heutigen kompetitiven Immobilienmarkt muss ein Investor zumeist mehr als den heutigen Verkehrswert bieten, um den Zuschlag erhalten zu können. Oft interessiert sich die Käuferschaft

nur für das Entwicklungsgrundstück, sofern sich der Planungsmehrwert auch tatsächlich verwirklicht, und ist diesfalls bereit, mehr als den heutigen Landwert zu bezahlen. Die Käuferschaft sollte sich aber folgender Risiken bewusst sein: Einerseits trägt sie das Risiko, dass – sollte sich die Planungsmassnahme entgegen den Erwartungen nicht verwirklichen – das Grundstück angesichts der tatsächlich zulässigen Ausnutzung überbezahlt hat; andererseits – sollte die Planungsmassnahme erwartungsgemäss in Kraft treten – trägt sie das Risiko, dass sie den zukünftigen Mehrwert teilweise «doppelt» bezahlt (einmal mit dem Kaufpreis und ein weiteres Mal bei Fälligkeit der Mehrwertabgabe).

Jedoch auch die Verkäuferschaft profitiert von der zukünftigen Planungsmassnahme: Sie verkauft heute bereits das zukünftige Potenzial des Grundstückes, und zwar mit einem erhöhten Kaufpreis.

Eine *vertragliche Risikoallokation* im Kaufvertrag ist deshalb angezeigt. Konkret stellt sich die Frage, ob das Risiko, dass sich die Planungsmassnahme nicht oder zumindest nicht innert eines gewissen Zeithorizontes verwirklicht, im Vertrag abgebildet werden soll. Hierzu sehen wir folgende *Varianten*:

- 1) Im Kaufvertrag wird der Kaufpreis unter Berücksichtigung des zukünftigen Planungsvorteils festgelegt. Der Planungsvorteil, als «Zusatzkaufpreis»⁵⁹, wird im Vertrag beziffert und neben «Basiskaufpreis» separat aufgeführt. Der Zusatzkaufpreis wird erst dann und unter der Bedingung zur Zahlung an die Verkäuferschaft fällig, wenn die im Vertrag definierte Planungsmassnahme in Kraft tritt (als eine Art «Earn-out»-Klausel). Aufgabe der käufer- und verkäuferseitigen Rechtsberater ist es, diese Bedingungen auszuhandeln und im Vertrag abzubilden.
- 2) Die Parteien vereinbaren den Kaufpreis ohne Berücksichtigung des allfälligen, zukünftigen Planungsvorteils. Zudem übernimmt die Verkäuferschaft die Pflicht zur Bezahlung einer zukünftigen Mehrwertabgabe anstelle der Käuferschaft. Diesfalls stellen sich die gleichen Überlegungen beim Fallkonstellation «Szenario A ohne Übernahme der Mehrwertabgabe-Schuld durch die Käuferschaft» (siehe oben).
- 3) Bei Unterzeichnung bzw. Vollzug des Kaufvertrages wird der gesamte Kaufpreis (inkl. des zukünftigen Planungsvorteils) bezahlt. Vertraglich wird jedoch festge-

⁵⁷ Siehe Art. 5 Abs. 1^{sexies} RPG, der von der «bezahlten» Abgabe spricht.

⁵⁸ Beispielsweise beim Kauf von Arealen in der Industriezone, bei denen auf eine Umzonung in eine Misch- oder Wohnzone spekuliert wird.

⁵⁹ D. h. der Teil des Kaufpreises, der den zukünftigen planungsbedingten Mehrwert verkörpert.

legt, welcher Teil des Kaufpreises zur Rückzahlung an die Käuferschaft fällig wird, falls die – im Vertrag als Bedingung detailliert umzuschreibende – Planungsmassnahme nicht innert festgelegter Frist in Kraft tritt. Hier stellt sich für die Käuferschaft die Frage, wie sie die Rückerstattung absichern kann (z. B. mittels eines vertraglichen Rückkaufsrechts, Sicherungsübereignung eines Schuldbriefes usw.).

- 4) Ebenfalls im Sinne eines Kompromisses denkbar ist eine anteilmässige Aufteilung der Mehrwertabgabe zwischen Käufer- und Verkäuferschaft. Diesfalls ergeben sich für die Parteien die oben geschilderten Sicherungsbedürfnisse.

Ob, und falls ja, welche Variante gewählt wird, wird massgeblich davon abhängen wie konkret die Planungsmassnahme zum Zeitpunkt der Transaktion bereits ist bzw. welche Chancen auf deren Inkrafttreten besteht sowie in welchem Zeitraum dies geschehen könnte. Je weiter entfernt und je unwahrscheinlicher das Inkrafttreten ist, desto weniger wird die Verkäuferschaft gewillt sein, bei Veräusserung auf die Bezahlung eines Teils des Kaufpreises zu verzichten. Im heutigen, kompetitiven Immobilienmarkt mit wenig Verhandlungsmacht auf Seite der Käuferschaft, wird die Verkäuferschaft die Bedingungen der Verkäuferschaft regelmässig bereits im Bieterverfahren aufzuzwingen versuchen.

Andreas Noll

Protestaktionen und klimaspezifische Rechtfertigungsgründe



- › Ist der Klimanotstand auch ein strafrechtlich rechtfertigender Notstand?
- › Enthält den im Lausanner Klimaprozess eingereichten Klima-Expertenbericht

122 Seiten, broschiert, Mai 2022, CHF 48.–
978-3-7272-5770-4



Bestellen Sie direkt online:
www.staempflishop.com/

Stämpfli
Verlag

JAHRESBERICHT 2021/2022

RAPPORT ANNUEL 2021/2022

121. DELEGIERTENVERSAMMLUNG

121^e ASSEMBLÉE DES DÉLÉGUÉS

Introduction

(BIRGIT SAMBETH GLASNER)

Après deux années de disette due à la COVID et à ses effets collatéraux, l'année 2021–2022 a été riche en rencontres, en réflexions stratégiques, en définition de nouveaux objectifs et, d'ores et déjà, en concrétisation de certains d'entre eux.

Ainsi, en janvier 2022, le Conseil a participé à une retraite de trois jours à Wengen afin de réfléchir à la vision stratégique de notre Fédération pour les trois à cinq ans à venir. Nos discussions ont été empruntées à la fois de diversité et de créativité, et l'art du consensus régnant nous a permis de synthétiser nos idées dans un document de quatre pages servant dorénavant d'inspiration et de «vade mecum» au Conseil de la FSA.

Cette année a d'abord été celle de la mise en place d'un important projet conçu et élaboré lors de la période précédente: la modernisation de notre Code Suisse de Déontologie (CSD).

Ainsi, après avoir analysé les règles régissant la profession d'avocat et s'être penché sur l'évolution des technologies ainsi que des façons qu'ont les avocats de travailler et de se structurer, le «ressort droit de la profession», sous la conduite de notre vice-président Georg Rauber (en allemand) et l'impulsion de Me François Bohnet, membre du Conseil (en français), a élaboré une refonte de notre CSD aux fins de le moderniser et d'en rendre plus concrets les principes et les règles. Soumis au Conseil de la FSA en janvier, le projet de CSD a été remis le 14. 3. 2022 et explicité aux Ordres cantonaux lors de la Conférence des Bâtonniers du cinq avril 2022. Une procédure de consultation a ensuite débuté le 14 avril, laquelle devrait se terminer le 15 septembre avant de faire l'objet d'une mise en commun lors de la Conférence des Bâtonniers de l'automne 2022. Enfin, une fois un consensus trouvé, également quant au langage épïcène employé, le texte final sera soumis à l'Assemblée des Délégués de juin 2023 pour acceptation.

C'est d'ailleurs également à cette occasion (Congrès de Lucerne de juin 2023) que nous fêterons les 125 ans de la FSA, étape importante pour notre Fédération. Nous y reviendrons.

125 ans d'histoire et seulement deux femmes Présidentes!

Ce constat a incité le Conseil de la FSA à suivre l'inspiration de nos précédents président et Conseil, et de profiter de l'élan de la soussignée pour apporter une réflexion plus inclusive et intégrative au sein de la FSA et de promouvoir en son sein une plus grande diversité, notamment en ce qui concerne les genres et les plus jeunes d'entre nous. Ainsi, le 4.4.2022 a été créé le Forum du Jeune Barreau FSA (FJB FSA – FJA SAV), lequel regroupe plus d'un tiers des membres de notre Fédération de moins de 40–45 ans, sous la direction d'un Conseil composé de treize jeunes avocat-es. Leurs prochaines activités vont se focaliser en particulier sur le renforcement des liens et le développement du networking au moyen des réseaux nationaux et internationaux, la participation de la FSA dans les réseaux sociaux, la mise en place d'un Microsite dédié aux membres du Forum et permettant notamment le partage de moult informations, et, enfin, l'organisation d'événements sociaux, d'ateliers et de conférences, en particulier dans le domaine de la numérisation. Deux des membres seront en outre délégués par la FSA au sein de l'AIJIA (Association Internationale des Jeunes Avocats).

La question de la diversité et du rôle ainsi que de la place des femmes dans notre profession est un autre sujet qui fait actuellement l'objet de l'attention soutenue de la soussignée et du Conseil. En effet, si l'attribution du Prix Emilie Kempin-Spyri, à l'occasion de la journée des Avocats de 2021 à Lucerne, a permis de mettre en lumière l'engagement de la FSA pour les questions d'égalité et de diversité, depuis lors, la soussignée est intervenue fréquemment à ce sujet à l'occasion de plusieurs événements et articles publiés par divers médias (voir www.sav-fsa.ch/fr/news). En particulier, lors de la Journée des professions libérales du 16.11.2021, son intervention a permis d'expliciter les résultats de l'étude réalisée sur mandat de la FSA: «Une profession en robes et en chiffres» (FSA revue de l'avocat 9/2021) et de proposer des mesures concrètes que la profession et ses organisations professionnelles doivent prendre pour que les femmes non seulement accèdent à la profession, mais également qu'elles puissent s'y maintenir. De plus, la soussignée est intervenue lors d'une table ronde organisée par l'Ordre autrichien des Avocat-es à l'occasion de la Journée internationale des femmes du 8. 3. 2022, et elle a publié un article au sujet de

l'influence de la pandémie sur les questions d'égalité, dans l'édition spéciale «Österreichisches Anwältinnen Blatt».

Enfin, sous son impulsion et celui d'un groupe d'avocates membres de divers Conseils cantonaux, le Conseil se penche actuellement sur la mise en place d'un «Women Chapter» au sein de la FSA et sur l'organisation d'une «Journée de l'Avocate», qui aura lieu au début 2023.

Autre sujet de prédilection, par ailleurs clairement mentionné dans notre Code de déontologie (art. 9), la médiation et les ADR (modes alternatifs de résolution des conflits) ont occupé le Conseil et le secrétariat général, lesquels ont constitué une nouvelle Commission spécialisée en médiation. Celle-ci a travaillé d'arrache-pied et créé une nouvelle formation, intégralement assurée par la FSA avec l'apport de nombreux intervenants-spécialistes externes, conduisant au port du titre convoité de Média-trice-Médiateur FSA. En Romandie, le cursus de formation a débuté en janvier 2022 et, en Suisse alémanique, il commencera au printemps 2023.

La FSA a, au surplus, poursuivi ses nombreuses activités en matière de spécialisations dans les domaines du droit du travail, de la famille, des successions, de la construction-immobilier, du bail, de la responsabilité civile et des assurances, et elle assuré en partie la poursuite de la formation continue de nos membres spécialistes.

Peu active depuis un certain temps, la Commission des Droits de l'Homme fait actuellement l'objet d'une refonte, et Me Jean-Louis Collart en a été désigné président au printemps 2022.

La FSA a œuvré activement pour l'obtention du titre «Paralegal», et le Règlement d'examen a été approuvé en début d'année 2022 par le Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'Innovation (SEFRI). La FSA est dorénavant l'Organe responsable de l'organisation desdits examens, et une première session aura lieu en automne 2022.

Favoriser l'accès à la justice par la digitalisation reste bien sûr l'un des axes principaux des préoccupations de la FSA actuellement et ces prochaines années. Ainsi, elle poursuit son grand investissement participatif au sein du projet Iustitia 4.0 et a mis sur pied plusieurs séminaires sous forme de workshops axés sur la pratique, intitulés «Sur le chemin de la digitalisation», lesquels auront lieu d'abord en Suisse alémanique au printemps/été, puis en Suisse Romande ainsi qu'au Tessin à l'automne 2022.

Dans le domaine de l'élaboration des lois et règlements fédéraux, la FSA suit de près les projets en discussion au Parlement. Ont en particulier fait l'objet de l'apport de nos experts les questions sur la loi COVID et sa réglementation d'application, les modifications de la LBA (questions liées au secret professionnel), les réflexions relatives à la modifications du CPC (notamment: article 160a juristes d'entreprise, création de tribunaux commerciaux internationaux, anglais langue de la procédure, actions collectives, dispositions sur les frais de justice) et du CPP (en particulier, les articles 147a et 101 al. 1^{bis}), le projet d'identité électronique et les nouvelles dispositions du CO sur l'instauration d'un trust suisse.

Dans le cadre des contacts internationaux de la FSA, il est à noter que ceux avec les barreaux francophones et germanophones ont pu reprendre, en particulier lors de réunions à Bordeaux et à Vaduz en automne 2021, de même que les activités au sein du CCBE, de l'UIA, de l'IBA et du FBE, pour la présidence prochaine duquel notre ancien membre du Conseil, Me Marc Labbé, a posé sa candidature.

Les rencontres avec le Département de justice et police et le Tribunal fédéral ont également repris à l'automne 2021 et ont donné lieu à des partages intéressants et constructifs.

La guerre en Ukraine ayant secoué le monde et en particulier l'Europe, le Bureau de la FSA entretient des contacts avec l'Ordre des Avocat-es d'Ukraine. Une page dédiée à la question des réfugiés, aux offres de services et de prises en charge par les Ordres Cantonaux a été mise en place sur le site de la FSA, de même que l'utilisation de notre bourse d'emploi <https://www.sav-fsa.ch/fr/news>.

De plus, la FSA est intervenue auprès du SECO ensuite de son interprétation de l'Ordonnance instituant des mesures en lien avec la situation en Ukraine (RS 946.231.176.72), dans la mesure où celui-ci affirmerait que le secret de l'avocat ne s'appliquerait pas dans le cadre de la mise en œuvre des sanctions et tout particulièrement dans le contexte de l'obligation de déclaration de la connaissance de valeurs patrimoniales appartenant aux personnes désignées à l'annexe 8 de l'ordonnance précitée. Sur mandat de la FSA, le Prof. Marcel Niggli a rendu un avis de droit, le 20. 4. 2022, indiquant clairement la primauté du secret de l'avocat et du secret professionnel. Cet avis a été transmis au SECO et au Département fédéral de Justice et Police. Il a également fait l'objet de communications médiatiques.

Favoriser les liens avec les Ordres cantonaux et assurer une communication effective avec nos membres sont deux des axes de notre vision stratégique fixée en début d'année 2022. C'est ainsi que la soussignée, accompagnée de notre Secrétaire général, René Rall, ainsi que du «parrain» ou de la «marraine» du canton concerné (chaque membre du Conseil étant désigné parrain/marraine d'un ou plusieurs Ordres cantonaux à proximité) a initié un «tour de Suisse» qui lui aura permis de rencontrer les représentants de douze Ordres cantonaux d'ici à l'été 2022 (SO, BL, TG, GR, TI, NW/OW, SG, GL, AI/AR, BE, BS, LU)! Cette magnifique expérience est riche de renseignements sur notre rôle et notre identité d'avocat-e, la vision de notre métier ainsi que la diversité de nos préoccupations et de nos attentes. Ces échanges ouverts et cordiaux sont très appréciés de part et d'autre. Ils permettent de resserrer nos liens et favorisent un travail en commun au bénéfice de nos membres et de notre profession.

Enfin, les préparatifs en vue de la Journée des avocats 2022 à Genève, le 17.6.2022, battent leur plein pour mettre sur pied un magnifique programme tant scientifique que culturel et social.

Comme on peut le voir, au sein de notre Fédération, l'engagement est conséquent et le travail associatif important. Un grand merci à toutes et tous qui s'engagent

activement, et en particulier à notre Secrétariat général. Sans lui, rien de ce que vous lirez dans le présent rapport n'aurait été possible!

Bonne lecture,

Birgit Sambeth Glasner
Présidente

Vorwort

(BIRGIT SAMBETH GLASNER)

Nach zwei Jahren einer durch Corona und seine Auswirkungen bedingten «Dürre» war das Jahr 2021–2022 reich an Begegnungen und strategischen Reflexionen, in deren Rahmen neue Ziele definiert wurden, von denen einige schon konkrete Gestalt angenommen haben.

So nahm im Januar 2022 der Vorstand an einer dreitägigen Klausurtagung in Wengen teil, um über die strategische Vision unseres Verbandes für die kommenden drei bis fünf Jahre nachzudenken. Unsere Diskussionen zeichneten sich durch Vielfalt und Kreativität aus, dank der Kompromissbereitschaft gelang es, unsere Ideen in einem vierseitigen Dokument zusammenzufassen, das von nun an für den Vorstand als Quelle der Inspiration und als Vademecum dient.

In diesem Jahr wurde vor allem ein in den letzten Jahren in Angriff genommenes und ausgearbeitetes wichtiges Projekt finalisiert: die Modernisierung der Schweizerischen Standesregeln (SSR).

Unter der Leitung unseres Vizepräsidenten Georg Rauber (auf Deutsch) und unter dem Impuls des Vorstandsmitglieds Rechtsanwalt François Bohnet (auf französisch) analysierte das «Ressort Berufsrecht» die den Anwaltsstand bestimmenden Regeln sowie die Evolution der Technologien und der Arbeitsweisen der Anwaltschaft und arbeitete sodann eine Neufassung unserer SSR aus, mit dem Ziel, diese zu modernisieren und die ihnen innewohnenden Prinzipien und Regeln konkreter zu fassen. Der Neufassungsentwurf der SSR wurde dem SAV-Vorstand im Januar unterbreitet und danach am 14. 3. 2022 im Hinblick auf die Präsidentenkonferenz vom 5. 4. 2022 den kantonalen Anwaltsverbänden vorgelegt. Am 14. April begann das bis zum 15. September laufende Konsultationsverfahren, dessen Ergebnis dann Gegenstand gemeinsamer Beratungen bei der Präsidentenkonferenz im Herbst 2022 sein wird. Sobald ein Konsens erzielt wird – auch was die Wahl der geschlechtergerechten Formulierungen betrifft – wird der Text im Juni 2023 der Delegiertenversammlung zur endgültigen Annahme vorgelegt.

Bei dieser Gelegenheit (Kongress in Luzern, Juni 2023) wird dann auch die 125. Jahresfeier des SAV begangen. Auf das Thema dieser so wichtigen Etappe für unseren Verband werden wir noch zurückkommen.

125 Jahre des Bestehens und nur zwei Präsidentinnen! Diese Tatsache veranlasste den SAV-Vorstand, der Anregung des vorausgehenden Präsidenten und Vorstands zu folgen und vom Elan der unterzeichnenden Präsidentin zu

profitieren, um über stärkere Inklusion und eine grössere Vielfalt innerhalb des SAV nachzudenken, vor allem, was die Geschlechtervertretung und Teilhabe unserer jüngsten Mitglieder betrifft. So wurde am 4. 4. 2022 das Forum Junge Anwaltschaft (FJB FSA – FJA SAV) gegründet, das über ein Drittel der unter 40- bis 45-jährigen Mitglieder unseres Verbandes vereint und von einem aus 13 jungen Anwältinnen und Anwälten bestehenden Vorstand geleitet wird. Seine zukünftigen Aktivitäten werden sich insbesondere auf die Verstärkung der Beziehungen, die Vernetzung durch nationale und internationale Netzwerke, die Teilnahme des SAV an den sozialen Netzwerken und die Einrichtung einer dem Informationsaustausch unter den Forumsmitgliedern dienenden Micro-Site konzentrieren. Zusätzlich sollen verschiedene Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen, vor allem im Bereich der Digitalisierung, organisiert werden. Zwei Mitglieder werden ausserdem den SAV in der AIJA (International Association of young Lawyers) vertreten.

Ein weiteres Thema, dem der Vorstand und die Unterzeichnerin verstärkte Aufmerksamkeit schenken, ist das der Diversität sowie der Rolle und des Platzes der Frauen in unserem Beruf. Die Vergabe des Emilie Kempin-Spyri Preises anlässlich des Anwaltstages 2021 in Luzern zeigte das Engagement des SAV zugunsten der Gleichstellung und Diversität. Seitdem ist die Unterzeichnende im Rahmen verschiedener Anlässe und Artikeln, die in verschiedenen Medien publiziert wurden (siehe www.sav-fsa.ch/fr/news), auf dieses Thema zurückgekommen. Insbesondere bot der Tag der freien Berufe am 16. 11. 2021 die Gelegenheit, die Resultate einer im Auftrag des SAV durchgeführten Studie vorzustellen: «Ein Beruf in Roben und Zahlen» (SAV Anwaltsrevue 9/2021) und konkrete Massnahmen vorzuschlagen, die seitens des Berufsstandes und der Berufsverbände ergriffen werden sollten, damit die Frauen nicht nur den Zugang zum Anwaltsberuf erhalten, sondern auch in diesem Beruf bleiben können. Die Unterzeichnende beteiligte sich an einem durch den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag organisierten Rundtischgespräch zum Weltfrauentag vom 8. 3. 2022 und veröffentlichte in der Sonderausgabe des «Österreichisches Anwältinnen Blatt» einen Artikel über die Folgen der Pandemie für die Gleichstellung.

Auf ihre Initiative und unter dem Impuls einer Gruppe von Anwältinnen im Vorstand verschiedener kantonalen Anwaltsverbände befasst sich der Vorstand derzeit mit der Schaffung eines «Women Chapter» innerhalb des SAV und der Organisation eines «Anwältinentages», der Anfang 2023 stattfinden soll.

Ein weiteres, auch in den Standesregeln (Art. 9) explizit erwähntes Thema, mit dem sich der Vorstand und das Generalsekretariat intensiv beschäftigen, ist das der Mediation und der ADR (alternative Streitbeilegungsmethoden). Es wurde deshalb eine neue, auf die Mediation spezialisierte Fachgruppe aufgestellt, die intensiv gearbeitet hat. Die Frucht dieser Arbeit ist eine neue, vollumfänglich durch den SAV sichergestellte Ausbildung, an der sich zahlreiche externe Spezialisten beteiligen und die zum Er-

werb des begehrten Titels des Mediators/der Mediatorin SAV berechtigt. In der Westschweiz begann die Ausbildung im Januar 2022, in der Deutschschweiz wird sie im Frühling 2023 starten.

Der SAV verfolgte zudem seine zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Fachausbildungen auf den Gebieten des Arbeitsrechts, des Familienrechts, des Erbrechts, des Bau- und Immobilienrechts, des Mietrechts sowie des Haftpflicht- und Versicherungsrechts. Er stellt ausserdem einen Teil der Weiterbildungen unserer Fachanwälte und Fachanwältinnen sicher.

Die seit einiger Zeit weniger aktive Fachgruppe Menschenrechte, in deren Vorsitz Rechtsanwalt Jean-Louis Collart im Frühjahr 2022 gewählt wurde, wird im Augenblick neu gestaltet.

Der SAV setzte sich aktiv für den Titelerwerb des «Paralegal» ein, und das Prüfungsreglement wurde zu Beginn des Jahres 2022 durch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) genehmigt. Unser Verband ist von nun an das für die Durchführung dieser Prüfungen verantwortliche Organ, eine erste Session wird im Herbst 2022 stattfinden.

Selbstverständlich bleibt auch in den kommenden Jahren die Förderung des Zugangs zum Recht durch die Digitalisierung eines der Hauptanliegen des SAV. Deshalb leistet er weiterhin eine aktive Teilnahme am Projekt Justitia 4.0 und organisiert mehrere Seminare in Form von praxisorientierten Workshops mit dem Titel «Auf dem Weg zur Digitalisierung», die zunächst im Frühling/Sommer in der Deutschschweiz stattfinden und im Herbst 2022 in der Romandie und im Tessin vorgesehen sind.

Der SAV verfolgt aufs Engste die im Parlament diskutierten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe. Unsere Experten nahmen insbesondere Stellung zu Fragen des Covid-19-Gesetzes und seinen Verordnungen, zur Änderung des Geldwäschereigesetzes (in Zusammenhang mit dem Berufsgeheimnis), zur Änderung der ZPO (insbesondere: 160a Unternehmensjurist, Schaffung internationaler Handelsgerichte, englische Verfahrenssprache, Verbandsklagen, Gerichtskostenregelung) und der StPO (insbesondere Artikel 147a und 101 Abs.1 bis), zum Projekt der elektronischen Identität und zu den neuen Bestimmungen des OR zur Einrichtung eines Schweizer Trusts.

Was die internationalen Beziehungen des SAV betrifft, so wurden die Kontakte mit den französischsprachigen und deutschsprachigen Anwaltsverbänden wieder aufgenommen, und zwar bei den Tagungen in Bordeaux und Vaduz im Herbst 2021. Auch die Aktivitäten im Rahmen des CCBE, der UIA, der I'IBA und der FBE, für deren Vorsitz unser ehemaliges Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Marc Labbé kandidiert, sind wieder aufgenommen worden.

Die Treffen mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie dem Bundesgericht haben im Herbst 2021 ebenfalls erneut wieder stattgefunden und boten die Gelegenheit zu einem interessanten und konstruktiven Austausch.

Der Krieg in der Ukraine hat die Welt und insbesondere Europa erschüttert. Die Geschäftsstelle des SAV un-

terhält Kontakte zur Rechtsanwaltskammer der Ukraine. Auf der Website des SAV finden sich Informationen zur Flüchtlingsfrage sowie zu den seitens der kantonalen Anwaltsverbände bereitgestellten Diensten und Angeboten und zu unserer Stellenbörse <https://www.sav-fsa.ch/fr/news>.

Der SAV wurde ausserdem beim SECO vorstellig, um zur Frage der Interpretation der Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine (SR 946.231.176.72) Stellung zu nehmen. Es ging um eine Auslegung, die besagt, dass die Verordnung so zu interpretieren sei, dass das Anwaltsgeheimnis im Rahmen der Umsetzung der Sanktionen nicht gelten würde, und zwar insbesondere in Zusammenhang mit der Meldepflicht der Kenntnis von Vermögenswerten, die Personen, die unter Anhang der Verordnung fallen, gehören. Im Auftrag des SAV legte Professor Marcel Niggli am 20.4.2022 ein Rechtsgutachten vor, das klar den Vorrang des Berufs- und Anwaltsgeheimnisses darlegt. Dieses Gutachten wurde dem SECO und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement weitergeleitet. Es war auch Gegenstand verschiedener Medienmitteilungen.

Die zwei Achsen unserer Anfang 2022 definierten strategischen Vision bestehen in verstärkten Beziehungen zu den kantonalen Anwaltsverbänden sowie einer effizienten Kommunikation mit unserer Mitgliedschaft. Deshalb hat die Unterzeichnende in Begleitung unseres Generalsekretärs René Rall sowie jeweils dem Paten/der Patin des betroffenen Kantons (jedes Vorstandsmitglied wurde zum Paten/zur Patin eines oder mehrerer kantonalen Anwaltsverbände in der Nähe ernannt) eine «Tour de Suisse» in Angriff genommen, die ab jetzt bis zum Sommer 2022 zu einer Begegnung mit zwölf kantonalen Anwaltsverbänden führen wird (SO, BL, TG, GR, TI, NW/OW, SG, GL, AI/AR, BE, BS, LU)! Diese wunderbare Erfahrung eröffnet eine reiche Vielfalt von Erkenntnissen über unsere Rolle und Identität als Rechtsanwalt oder Rechtsanwältin, über die Vision von unserer Tätigkeit sowie die unterschiedlichen Anliegen und Erwartungen. Der offene und herzliche Austausch wird von beiden Seiten sehr geschätzt. Er erlaubt es, unsere Verbindungen zu stärken und fördert die gemeinsame Arbeit zum Nutzen unserer Mitglieder und unseres Berufes.

Am 17. Juni findet in Genf der Anwaltstag 2022 statt. Die Vorbereitungen des in wissenschaftlicher, kultureller und geselliger Hinsicht wunderbaren Programms laufen auf Hochtouren.

Wie man sieht, zeichnet sich unser Verband durch ein hohes Engagement und eine bedeutende Verbandsarbeit aus. Ein grosses Dankeschön an alle, die sich aktiv engagieren, vor allem auch an das Generalsekretariat. Ohne dieses wäre nichts von dem, was Sie im vorliegenden Bericht lesen werden, möglich gewesen!

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre!

Birgit Sambeth Glasner
Präsidentin

Aus den Ressorts / Informations des ressorts

(VORSTAND SAV/CONSEIL FSA)

Weiterbildung / Formation continue

(MARC LABBÉ, HANSJÜRG RHYNER)

SAV-Weiterbildungstage

(HANSJÜRG RHYNER)

Die jeweils zwischen dem Anwaltskongress in den geraden Jahren stattfindenden SAV-Weiterbildungstage stehen unter dem Motto «neueste Entwicklungen aus den Fachanwaltsgebieten». Die von SAV-Fachanwältinnen und SAV-Fachanwälten betreuten Workshops bieten allen Mitgliedern die Chance, ihr Wissen in den zentralen Tätigkeitsgebieten Strafrecht, Familienrecht, Haftpflicht- und Versicherungsrecht, Bau und Immobilienrecht, Arbeitsrecht, Erbrecht und Mietrecht à jour zu halten. Das Angebot wird abgerundet durch die jährliche Neuauflage des aus dem Kongress bekannten Triathlon über die Rechtsgebiete, in dem die Teilnehmer im Kurzzeitraffer von 10 Minuten pro Fachgebiet flächendeckend über sämtliche Rechtsgebiete die neuesten Entwicklungen der Rechtsprechung abrufen können. Damit nicht genug: Die Tage sind zudem jeweils einem Hauptthema gewidmet: in diesem Jahr den hochaktuellen Themen Datenschutz und Cybersecurity. Für den traditionellen Talk konnte das OK unter der Leitung von Michael Hüppi zudem den unvergesslichen Didier Cuche verpflichten. Die Anmeldeunterlagen für die erstmals an neuer Stätte in Neuenburg durchgeführten Weiterbildungstage vom 14./15. 9. 2022 werden demnächst publik gemacht. Es wird empfohlen, sich diese Daten bereits heute in die Agenda einzutragen.

Journées de formation continue FSA

(HANSJÜRG RHYNER)

Si le Congrès des avocats se tient lors de chaque année impaire, les Journées de formation continue FSA s'intercalent quant à elles dans les années paires. Ces Journées ont pour ambition de présenter le développement le plus récent des questions juridiques qui se posent dans les spécialisations de la FSA. Les séminaires, conduits par des avocats spécialistes FSA chevronnés, permettent à l'ensemble des membres de la FSA d'être à jour dans les activités habituelles d'un avocat, à savoir le droit pénal, le droit de la famille, le droit de la RC et des assurances, le droit de la construction et de l'immobilier, le droit du travail, le droit successoral et le droit du bail. Cette formation continue est complétée par notre désormais traditionnel *Triathlon du droit*, bien connu des participants au Congrès des avocats. L'idée de ce condensé juridique consiste à se focaliser, sous la forme d'un enchaînement d'exposés d'une dizaine de minutes, sur les points cruciaux à retenir de la jurisprudence récente. Mais ce n'est pas tout. Le comité d'organisation, présidé par Michael Hüppi, a décidé de consacrer les prochaines Journées au thème hautement actuel de la protection des données et de la cybersécurité. Enfin, nous aurons le plaisir d'accueillir l'inoubliable

Didier Cuche à notre débat public. Les Journées de formation continue FSA se tiendront pour la première fois à Neuchâtel les 14 et 15. 9. 2022. Nous vous ferons parvenir les documents y relatifs sous peu. Dans l'intervalle, bloquez d'ores et déjà ces dates dans vos agendas.

Fachanwalt SAV/Fachanwältin SAV

(MARC LABBÉ/HANSJÜRG RHYNER/NATALIE MATIASKA/RENÉ RALL)

Zum 31.12.2021 beträgt die Anzahl der Fachanwältinnen und Fachanwälte 1055 (124 neue, erfolgreich absolvierte Fachausbildungen in den folgenden Fachgebieten: Strafrecht [D], Arbeitsrecht [D], Erbrecht [D], Familienrecht [D], Haftpflicht- und Versicherungsrecht [F] sowie Bau- und Immobilienrecht [D, F]).

Die folgenden neuen Kurse haben begonnen: Haftpflicht- und Versicherungsrecht (D), Strafrecht (F, D), Bau- und Immobilienrecht (D), Arbeitsrecht (F). Folgende Kurse sind angekündigt: Arbeitsrecht (D), Erbrecht (D), Familienrecht (D), Bau- und Immobilienrecht (D, F).

Damit ist die Zahl von Tausend Fachanwälten überschritten! Fachanwälte und Fachanwältinnen machen rund 10% der Schweizer Anwälte aus.

Die Sitzung der Präsidenten der Fachkommissionen musste 2020 auf den 13. 4. 2021 verschoben werden und fand per Videokonferenz statt. Die nächste Sitzung ist für den Herbst 2022 anberaumt.

Auch noch 2021 verkomplizierte die Pandemie die Situation weiterhin, deshalb wurde 2021 im Rahmen der obligatorischen Weiterbildung ein COVID-Kredit von 6 Credits gewährt. Ausserdem wurde das Weiterbildungsreglement dahingehend angepasst, dass für maximal 6 Credits pro Deklarationsjahr Webseminare (mit Ausnahme von Podcasts) anrechenbar sind.

Der Autonomieprozess (Mandatsverhältnis zwischen SAV und Ausbildungsverantwortlichen) wird mit dem Erbrecht F fortgesetzt (in dieser Form schon durchgeführte Ausbildungen: Arbeitsrecht [D], Strafrecht [F, D], Mietrecht [F], Erbrecht [D], Haftpflicht- und Versicherungsrecht [D], Familienrecht [D], Bau- und Immobilienrecht [D, F]).

Avocats spécialistes FSA

(MARC LABBÉ/HANSJÜRG RHYNER/NATALIE MATIASKA/ANDREA LANZ)

Au 31.12.2021, le nombre des avocats spécialistes se chiffre à 1055 (124 nouveaux diplômés dans les domaines suivants: droit pénal [D], droit du travail [D], droit des successions [D], droit de la famille [D], droit de la responsabilité et des assurances [F] et droit de la construction et de l'immobilier [D, F]).

Les nouveaux cours suivants ont débuté en 2021: droit de la responsabilité civile et des assurances (D), droit pénal (F + D), droit de la construction et de l'immobilier (D), droit du travail (F). Annonces de nouveaux cours: droit du travail (D), droit des successions (D), droit de la famille (D), droit de la construction et de l'immobilier (D, F).

Le cap des 1000 avocats spécialistes a donc été passé! On peut ainsi retenir que les avocats spécialistes FSA représentent environ 10% des avocats suisses.

La séance des Présidents des Commissions spécialisées 2020 a dû être reportée au 13.4.2021 et a eu lieu par visioconférence. La prochaine séance aura lieu en automne 2022.

La pandémie a continué à rendre les choses relativement compliquées en 2021, de sorte que dans le cadre de la formation continue obligatoire, un crédit-COVID de six crédits a été accordé pour l'année 2021. En outre, le règlement de formation continue a été adapté pour admettre des séminaires en ligne (Webinare) à l'exclusion des Podcasts, ce à concurrence d'au maximum six crédits par année de déclaration.

Le processus d'autonomie (relation de mandat entre la FSA et les responsables des formations) se poursuit avec le droit des successions F (formations d'ores et déjà sous cette forme: droit du travail [D], droit pénal [F + D], droit du bail [F], droit des successions [D], droit des assurances et de la responsabilité civile [D], droit de la famille [D], droit de la construction et de l'immobilier [D + F]).

Dienstleistungen / Services

(RENÉ RALL)

Anwaltsrevue

Bekanntlich hat der SAV im Frühling 2021 in Zusammenarbeit mit dem Stämpfli Verlag den Onlineauftritt der Anwaltsrevue grundlegend überarbeitet und kann seinen Mitgliedern seither das zentrale Verbandsorgan nicht mehr nur in einem hochwertigen Druckerzeugnis, sondern unter www.anwaltsrevue.recht.ch auch als komfortable Internetpräsenz zur Verfügung stellen. Die neue Zeitschriftenseite ist responsive – das heisst via Computer, Smartphones und Tablets lesbar –, über verschiedenste Abfragemöglichkeiten durchsuchbar und beinhaltet das komplette Archiv zurück bis 2013. Ein Plus ist auch die Verlinkung zu zitierten Bundesgerichtsentscheiden und Normen: So ist kein Nachschlagen in Büchern oder anderen Datenbanken nötig. Ein weiterer geschätzter Komfort: Die Anwaltsrevue online kann per Mausklick übersetzt werden in die Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch. Dass der Verlag und der SAV damit ins Schwarze getroffen haben, zeigen die jüngsten Statistiken: Obwohl das Produkt erst am 23.3.2021 live geschaltet wurde, die Zahlen also nur aus einem Zeitraum von acht Monaten von der neuen Site stammen, ist eine Vervielfachung in fast allen Bereichen, bei den Nutzern, den Sitzungen und bei den Seitenaufrufen, festzustellen. Das ist eine schöne Bestätigung, den richtigen Schritt unternommen zu haben, um der Anwaltsrevue und damit auch dem Verband zu deutlich grösserer digitaler Sichtbarkeit zu verhelfen.

Trotz aller Euphorie über dieses erfreuliche Ergebnis muss selbstverständlich der Inhalt im Zentrum stehen. Der Vorstand ist denn auch davon überzeugt, dass nicht nur die neue Aufmachung, sondern ebenso die konstant hohe

Qualität, der sich das Redaktorenteam um die beiden Chefredaktoren Peter von Ins und Patrick Suter mit grossem Aufwand verpflichtet sehen, einen grossen Anteil an diesem Erfolg haben.

Der Vorstand dankt dem Stämpfli Verlag für diesen weiteren Beitrag in eine vernetzte Zukunft und dem Redaktorenteam ganz speziell für die im Geschäftsjahr sicher gestellte hohe inhaltliche Qualität unserer Verbandszeitschrift.

Revue de l'avocat

Comme vous le savez, la FSA et les éditions Stämpfli se sont investies, depuis le printemps 2021, dans un vaste projet qui a permis de remanier en profondeur la présentation en ligne de la Revue de l'avocat. La publication officielle de notre fédération est désormais disponible au téléchargement sur www.anwaltsrevue.recht.ch, tout en restant proposée en une version imprimée du meilleur aloi. Ce nouveau site de la Revue de l'avocat a été conçu dans un format adaptatif, selon que la lecture se fait sur votre écran d'ordinateur, votre tablette ou tout simplement votre téléphone. Plusieurs critères de recherche sont suggérés, avec des archives jusqu'en 2013. Autre atout majeur: les normes et les ATF cités sont associés à des hyperliens, de sorte qu'il n'est plus nécessaire de se rendre sur d'autres bases de données ou d'aller chercher l'ouvrage concerné. Et la Revue de l'avocat en ligne intègre une traduction automatique en allemand, français, italien et anglais. Les statistiques les plus récentes montrent que les éditions Stämpfli et la FSA ont fait le bon choix: même si nous ne sommes en ligne que depuis le 23.3.2021 et que les données ne portent que sur huit mois, les chiffres ont été quadruplés dans presque tous les domaines, qu'il s'agisse du nombre d'utilisateurs, des sessions ou des pages consultées. Ce franc succès permettra de donner à la Revue de l'avocat et à la FSA une meilleure visibilité numérique.

Au-delà de l'enthousiasme suscité par ce résultat réjouissant, le fond de la Revue de l'avocat doit bien entendu rester au centre de nos préoccupations. Pour le Conseil de la FSA, cette réussite n'est pas seulement due à la nouvelle présentation, mais aussi à la qualité constante des contributions qui y sont publiées. Sur ce dernier point, nos confrères Peter von Ins et Patrick Suter, les deux rédacteurs en chef, ont joué un rôle de première importance.

Le Conseil de la FSA remercie donc les éditions Stämpfli de leurs efforts soutenus dans cette évolution de plus en plus numérique des publications, mais aussi l'équipe rédactionnelle qui a maintenu, tout au long de l'exercice, le label d'excellence de notre revue.

SAV-FSA Service AG Versicherungen

Auch im Jahr 2021 haben wir festgestellt, dass die Beratungen durch die SAV-FSA Service AG Versicherungen einem grossen Bedürfnis unserer Mitglieder entsprechen.

Die bisherige Leiterin, Margrith Graf, ist nach über 13 Jahren in die wohlverdiente Pension gegangen. Bruno Zbinden, eidg. dipl. Versicherungsfachmann und Sozial-

versicherungsfachmann mit eidg. Fachausweis, hat per 1.11.2021 die Nachfolge angetreten.

Die Beratungen werden somit nunmehr von Bruno Zbinden und Jocelyne Kalt, Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis, in der Regel telefonisch oder auch online durchgeführt.

Die Dienstleistungen und Angebote von der SAV-FSA Service AG Versicherungen werden von unseren Mitgliedern sehr geschätzt. Die auf der neuen Website aufgeschalteten, einfach zu bedienenden Prämienrechner für die Kranken-, Privathaftpflicht-, Hausrat- und Motorfahrzeug-Versicherung werden regelmässig genutzt.

Im Weiteren umfasst das Mitgliederangebot:

- auf die Bedürfnisse der SAV-Mitglieder zugeschnittene Versicherungsprodukte mit einem interessanten Preis-/Leistungsverhältnis,
- aktive Marktbeobachtung und somit neue Versicherungsangebote (seit 2021 wird neu für historische Fahrzeuge auch eine Oldtimerversicherung angeboten),
- unabhängige Beratung bei allen Versicherungsfragen (auch im Bereich der 2. Säule),
- den Policen-Check, um die bestehenden externen Versicherungsprodukte überprüfen zu lassen.

Die Mitglieder nehmen die Dienstleistungen der Service-Stelle in Anspruch:

- bei Fragen zu Versicherungen oder zur aktuellen Versicherungssituation,
- bei einer Neugründung (Unkostengemeinschaft, AG oder GmbH),
- bei der Aufnahme der selbständigen Tätigkeit,
- bei der Neuanstellung von Mitarbeitenden.

(Neu-)Mitglieder werden regelmässig über Änderungen und Neuerungen mittels Newsletter der SAV-FSA Service AG Versicherungen informiert.

Während der Corona-Zeit arbeiteten beide Versicherungsfachleute entweder im Büro in Bern oder dank der bestehenden digitalen Infrastruktur im Homeoffice. Die Dienstleistungen konnten somit erfreulicherweise ohne Einschränkungen erbracht werden.

SAV-FSA Service SA – notre service d'assurances

En 2021, les membres de la FSA ont de nouveau largement fait appel au service d'assurances proposé par SAV-FSA Service SA.

Après plus de treize ans passés à la tête de ce service, M^{me} Margrith Graf a pris sa retraite bien méritée. Le 1.11.2021, son poste a été repris par M. Bruno Zbinden, spécialiste en assurances avec diplôme fédéral et en assurances sociales avec brevet fédéral.

Les conseils de M. Bruno Zbinden et M^{me} Jocelyne Kalt, elle aussi spécialiste en assurances sociales avec brevet fédéral, se font essentiellement par téléphone.

Les prestations et les offres de notre service d'assurances sont très appréciées par nos membres. Ceux-ci peuvent notamment utiliser les calculateurs de primes de

notre nouveau site et obtenir des informations précises et immédiates pour l'assurance maladie, ménage, véhicules à moteur et la RC privée.

Nous offrons à nos membres:

- des produits d'assurance adaptés à leurs besoins, avec un rapport qualité/prix intéressant;
- une surveillance évolutive du marché, avec périodiquement de nouveaux produits (nous proposons p. ex., depuis 2021, une assurance pour voitures de collection);
- un conseil indépendant pour toutes les questions d'assurance, y compris pour le 2^e pilier;
- sur simple requête, un contrôle de toutes les assurances que le membre a souscrites auprès d'autres assureurs.

Voici quelques-unes des situations dans lesquelles faire appel à notre service d'assurances s'avère particulièrement judicieux:

- pour toutes questions liées aux assurances ou pour s'informer du contexte global de celles-ci;
- lors de la création d'une étude d'avocats (étude avec partage des frais, SA ou Sàrl);
- en commençant ses activités d'avocat indépendant;
- lors de l'embauche de nouveaux collaborateurs.

Le bulletin d'information de notre service d'assurances fournit régulièrement des renseignements sur les modifications ou les nouveautés de produits, y compris des conseils généraux pour les nouveaux membres de la FSA.

Durant la période de COVID, nos deux spécialistes ont travaillé soit dans les bureaux de Berne, soit à domicile grâce à notre infrastructure numérique. Les services ont ainsi pu être maintenus sans restriction.

PK SAV

Gastbericht des Präsidenten der PK SAV zum Geschäftsjahr 2021

(DR. FRANZ XAVER MUHEIM)

Abschied

Seit dem 1.1.2005 durfte ich den Stiftungsrat der PK SAV präsidieren. Per 1.1.2022 hat mit Remo Dolf nun ein Vertreter der nächsten Generation das Zepter übernommen.

Bis zum 1.1.2005 hatte die PK SAV sämtliche Aufgaben einer Pensionskasse der Schweizerischen Rentenanstalt Genossenschaft, seit 1997 Swiss Life AG, übertragen. Der Stiftungsrat der PK SAV entschied 2004, die Stiftung künftig als autonome Pensionskasse zu führen. Er hatte den Schritt weg von Swiss Life AG in die Autonomie wohl überlegt. Die Umsetzung erwies sich jedoch als deutlich anspruchsvoller als geplant.

Die PK SAV wollte mit der Autonomie folgende Ziele erreichen:

- a. Der Stiftungsrat sollte tatsächlich als oberstes Organ der Stiftung handeln können.
- b. Der Stiftungsrat wollte die Revisionsstelle, den PK Experten sowie die notwendigen Berater frei bestimmen und führen können.

- c. Der Stiftungsrat sollte die Anlagestrategie selbst definieren können; mit dieser Zielsetzung erwartete der Stiftungsrat eine deutliche Verbesserung der Anlagerendite zum Vorteil der Versicherten.
- d. Die biometrischen Risiken der Pensionskasse (Invalidität und Tod) sollten im Sinne der Risikobegrenzung bei einer Versicherungsgesellschaft rückversichert sein; damit erwartete der Stiftungsrat eine deutliche Reduktion der Risikoprämien der Versicherten.
- e. Die Versicherten sollten weitmögliche Transparenz erhalten, insbesondere auch über die finanziellen Belange der Pensionskasse.
- f. Die Dienstleistungen für die Versicherten sollten sich verbessern, ohne die Kosten stark steigen zu lassen.

Der Stiftungsrat setzte seine Ziele aus heutiger Sicht weitgehend um. Aufwendiger als erwartet war es allerdings, die Anlagestrategie zu formulieren und umzusetzen sowie die Geschäftsstelle als Dienstleisterin für die Versicherten aufzubauen. Nach dem Übergang in die Autonomie hatte der Stiftungsrat in den Folgejahren insbesondere

- a. die Finanzkrise 2008, die zu einer zeitweisen Unterdeckung führte, zu bewältigen;
- b. die Ausschüttungspolitik, das heisst die Verzinsung der Altersguthaben der Versicherten, zu definieren;
- c. einen eigenen Liegenschaftsbestand in der Schweiz (Schwerpunkt Espace Mittelland – Zürich) aufzubauen;
- d. die sogenannten technischen Grundlagen der Pensionskasse an die steigende Lebenserwartung der Versicherten anzupassen, ohne Kunden zu verlieren;
- e. die Vorsorgepläne zu individualisieren;
- f. die steigenden regulatorischen Anforderungen zu bewältigen.

Der Stiftungsrat orientierte sich in seiner Arbeit am Ziel, einerseits die Anzahl der Versicherten, insbesondere der Anwältinnen und Anwälte, zu erhöhen und andererseits die finanzielle Stabilität der Pensionskasse zu wahren. Dem ersten Ziel dienten erstklassige Dienstleistungen in zwei Sprachen und günstige Tarife, dem zweiten eine immer wieder angepasste Anlagestrategie, die sich dem Null-Zins-Umfeld stellen musste. Vergleicht man die heutigen wesentlichen Kennzahlen mit denjenigen vor 16 Jahren, zeigt sich, dass der Stiftungsrat seine Ziele im Wesentlichen erreichen konnte. Der den Versicherten zur Kenntnis gebrachte Jahresbericht belegt die erfreuliche Zahl der Versicherten, die finanzielle Grösse und Stabilität der Pensionskasse SAV und die attraktive Rendite für die Versicherten.

Wenn ich zurückblicke, sehe ich allerdings nicht nur Erfolge, sondern auch falsche Entscheide und Mängel, die ich zu verantworten habe. Die Erfolge hingegen gehören den Stiftungsrätinnen und Stiftungsräten und der Geschäftsführung, haben sie sich doch im Verlauf der Jahre zu einem fachkundigen und leistungsfähigen Team zusammengefunden, dessen Grundlage die freundschaftliche Beziehung unter den Mitgliedern bildet. Dafür danke

ich meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich. Ich wünsche ihnen und der ganzen PK viel Gutes in der Zukunft.

CP FSA

Rapport du président de la CP FSA, en tant qu'invité, concernant l'exercice 2021

(DR. FRANZ XAVER MUHEIM)

J'ai eu l'honneur et le plaisir de présider le conseil de fondation de la CP FSA depuis le 1.1.2005. Me Remo Dolf, représentant de la nouvelle génération, a repris le flambeau à partir du 1.1.2022.

Jusqu'au 1.1.2005, la CP FSA avait confié l'intégralité de ses tâches de caisse de pensions à la Rentenanstalt, devenue Swiss Life en 1997. En 2004, le conseil de fondation de la CP FSA avait alors décidé de gérer celle-ci comme une caisse de pensions dite autonome. Même si ce détachement de Swiss Life ne s'est fait qu'après mûre réflexion, la mise en œuvre s'est avérée nettement plus exigeante que prévu.

En devenant autonome, la CP FSA s'était fixé les objectifs suivants:

- a. Il appartient au conseil de fondation d'agir en tant qu'organe suprême de la fondation.
- b. Le conseil de fondation désigne et dirige librement l'organe de révision, l'actuaire et les conseillers nécessaires.
- c. La stratégie de placement doit elle aussi être définie par le conseil de fondation, l'idée étant d'améliorer le rendement des investissements au profit des assurés.
- d. Les risques biométriques de la caisse de pensions (invalidité et décès) sont réassurés auprès d'une compagnie d'assurances afin de limiter ces risques, avec la volonté de réduire autant que possible les primes des assurés.
- e. Ces derniers doivent bénéficier de la plus grande transparence, notamment en ce qui concerne les aspects financiers de la caisse.
- f. Les services fournis aux assurés doivent s'améliorer, sans que les charges d'exploitation n'augmentent trop fortement.

En faisant un bilan rétrospectif, le conseil de fondation a largement réalisé ses objectifs. La formulation et le déploiement de la stratégie de placement, de même que la mise en place du bureau en tant que fournisseur de services pour les assurés, ont toutefois nécessité plus de ressources que prévu initialement. Dans les années qui ont suivi le passage à l'autonomie, le conseil de fondation a notamment dû

- a. faire face à la crise financière de 2008, avec un taux de couverture temporairement déficitaire;
- b. définir la politique de redistribution du bénéfice, c.-à-d. la rémunération des avoirs de vieillesse des assurés;
- c. constituer son propre parc immobilier en Suisse (en mettant l'accent sur l'Espace Mittelland – Zurich);
- d. adapter les bases techniques de la caisse face à une espérance de vie plus élevée des assurés, sans que ceci n'entraîne une perte des clients;

- e. proposer des plans de prévoyance individualisés;
- f. faire face aux modifications réglementaires toujours plus exigeantes.

Dans les démarches qu'il a accomplies, le conseil de fondation a nourri l'ambition d'augmenter le nombre des assurés, en particulier dans le cercle des avocats, et de préserver la stabilité financière de la caisse de pensions. Le premier objectif a été réalisé grâce à des prestations de premier ordre en deux langues et à des tarifs avantageux, le second à l'aide d'une stratégie de placement sans cesse adaptée, notamment dans le contexte lié au taux d'intérêt nul. Si l'on compare les chiffres clés actuels avec ceux d'il y a 16 ans, il appert que les défis que s'était lancé le conseil de fondation ont été relevés pour l'essentiel. Le rapport d'activité annuel porté à la connaissance des assurés atteste du nombre important des assurés, de la taille financière et de la stabilité de la CP FSA, ainsi que du rendement réjouissant en faveur des assurés.

À posteriori, je ne vois toutefois pas que des succès, mais aussi des situations où j'aurais sans doute pu faire autrement. Quant aux réussites, elles sont à attribuer à la direction et aux membres du conseil de fondation. Au cours de l'année, ils ont à nouveau travaillé sans relâche au sein d'une équipe compétente et performante, où de véritables liens d'amitié se sont tissés. Je remercie ici très chaleureusement mes consœurs et confrères. Je leur souhaite, ainsi qu'à l'ensemble de la CP FSA, plein succès pour l'avenir.

ICT und Unternehmensberatung (MATTHIAS MIESCHER/RENÉ RALL)

Covid-19 und Justiz

Anlässlich einer Veranstaltung des Vereins eJustice.ch über den Einfluss der Coronakrise auf die Zukunft der Justiz in der Schweiz konnten Vertreter aus verschiedensten Bereichen der Justiz ihre Erfahrungen teilen. Alle berichteten von grossen Schwierigkeiten, die Vorbereitung auf einen solchen Ernstfall war unzureichend, und man musste improvisieren. Aus Sicht des SAV war es wichtig, darzulegen, dass der Zugang zur Justiz ein zentrales Element einer demokratischen Staatsordnung ist und dabei drei Ebenen zu beachten sind:

- Das Berufsgeheimnis muss auch in Ausnahmesituationen eingehalten werden. Die Prozesse und insbesondere die Prozessrechte sind zu schützen. So ist eine Tendenz, audiovisuelle Mittel einzusetzen und damit das Unmittelbarkeitsprinzip zu gefährden, kritisch zu hinterfragen. Es bedarf klarer Regeln. Auch dem Datenschutz wird bei der Ausübung unseres Berufs ein vermehrtes Augenmerk zu widmen sein, und der SAV hat entsprechende Weiterbildungsveranstaltungen im laufenden Jahr geplant.
- Organisatorisch müssen die Teilnehmenden der Justiz befähigt werden, digitale Mittel zu nutzen, wobei hier viel Luft nach oben ist.
- Im Bereich der Infrastruktur werden die Kanzleien vermehrt in Legal Tech und dafür sorgen müssen, dass die Integrität der Kanzleidata gewährleistet ist.

Fazit: Die Pandemie wird ein eigentlicher Katalysator sein, diese Herausforderungen umzusetzen. Diese Feststellung führt uns gleich zum nächsten Kapitel:

Digitalisierung

Justitia 4.0

Für den Projektstand verweise ich auf die Website, die auch einen Masterplan abbildet und über den neusten Stand der Arbeiten informiert. Zur Erinnerung: Trägerschaft dieses Projektes sind das Bundesgericht und die Kantone.

Grundlage der Anforderungen, die der SAV an dieses Projekt stellt, bildet ein Dokument, das Vertreterinnen und Vertreter unseres Verbandes in einer speziellen Fachgruppe mit viel Einsatz und Kompetenz erarbeitet haben, das unsere berufsrechtlichen, wirtschaftlichen und anwenderseitigen Interessen detailliert auflistet und Vorgaben definiert (Dokument E 60). Der SAV wird über seine Vertreter im Projekt akribisch darauf achten, dass diese Vorgaben eingehalten und nicht verwässert werden.

Das Projekt Justitia 4.0 wird keine Kanzlei digitalisieren, sondern sie herausfordern, die Digitalisierung rechtzeitig zu planen und umzusetzen.

BEKJ

Das Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation in der Justiz liegt als Vorentwurf vor. Die Frist zur Vernehmlassung lief Ende Februar 2021 ab. Auch der SAV reichte eine umfassende Vernehmlassung ein, die auf der Website publiziert ist. Sie wurde bewusst einen Monat vor Ablauf der Frist eingereicht und den kantonalen Verbänden bereits früh zur Verfügung gestellt, damit sie sich allenfalls bei Bedarf separat vernehmen lassen konnten. Davon haben viele Verbände Gebrauch gemacht und eigene Positionen eingebracht.

Die Vernehmlassungen werden vom Bundesamt für Justiz noch ausgewertet. Der SAV ist gespannt, wie weit unsere Anliegen in der Botschaft an das Parlament berücksichtigt werden.

Digitalisierung der Kanzleien

Wie digitalisiert man eine Kanzlei? Der SAV präsentierte bereits im Mai 2021 eine Mini Page auf seiner Website, die anhand von Dokumentationen, aber auch einprägsamen Einführungsvideos erste Schritte ermöglicht (<https://digital.sav-fsa.ch/de/home>). Im August 2021 genehmigte er ein Strategiepapier über die Unterstützung der Digitalisierung in den Kanzleien, aber auch im Verband. Diese Strategie wird nun schrittweise auf verschiedensten Ebenen mit diversen Massnahmen umgesetzt. Dazu gehören verschiedenste Weiterbildungsmöglichkeiten, die der SAV selbst oder in Zusammenarbeit mit der Swiss Legal Tech Association anbietet. Zum Thema «Auf dem Weg zur Digitalisierung – wie bereite ich mich auf den elektronischen Rechtsverkehr vor?» hat die Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit Berufskollegen regionale Workshops organisiert, die noch vor den Sommerferien an drei verschiedenen regionalen Standorten in der Deutschschweiz durchgeführt und im Herbst zweimal in der Romandie

sowie einmal im Tessin angeboten werden können. Verschiedene kantonale Verbände haben zudem solche Veranstaltungen für ihre Mitglieder im laufenden Jahr vorgesehen. Bitte konsultieren Sie unsere Website für diese Veranstaltungen. Wir werden Sie selbstverständlich auch direkt kontaktieren.

Wichtig: Stellen Sie in Ihrer Kanzlei eine Crew zusammen, die das Projekt Digitalisierung anpackt!

Legal Tech

Unsere Aktivitäten mit der Swiss Legal Tech Association wurden im Berichtsjahr von der Pandemie ausgebremst. Wir nutzten die Zeit aber, um gemeinsame Anlässe vorzubereiten. Dazu gehört die für Ende August terminierte Swiss Legal Innovation (siehe <https://legalinnovation.ch/>), die in Zürich stattfindet.

Regavo

Die bisherige Verbandsapplikation ist end of life. Nach mehrjähriger intensiver Vorbereitung konnte die neue Applikation Ende Februar 2022 in Betrieb genommen werden. Unser Dank gilt nicht nur dem Generalsekretariat für die ausserordentliche und grosse zusätzliche Arbeit, die dieses komplexe Projekt erforderlich machte, sondern auch der grossartigen Unterstützung aus den kantonalen Verbänden, die nicht zuletzt nötig war, um individuelle Lösungen weiterführen zu können.

ICT-Geschäftsstelle

Die internen EDV-Arbeiten der Geschäftsstelle standen im Zeichen Ablösung der SAV-Fachanwendungen (Mitgliederdatenbank inkl. Anwaltssuche und Pikett-Tool, Website, Newsletter, interne Verwaltungsprogramme für Fachanwalt und Mediation).

ICT et conseil en gestion d'entreprise (MATTHIAS MIESCHER/RENÉ RALL)

La justice devant la COVID...

Lors d'un séminaire organisé par eJustice.ch concernant l'impact de la pandémie sur l'avenir de la justice en Suisse, des représentants de différents milieux ont pu partager leurs expériences. Tous ont fait état de grandes difficultés: la préparation à une telle situation d'urgence était de toute évidence insuffisante, avec pour conséquence de devoir composer avec des circonstances totalement inédites. Pour la FSA, il était important de rappeler que l'accès à la justice est un droit fondamental inhérent à tout État de droit. Trois principes doivent être retenus:

- Le secret professionnel doit être respecté même dans des situations exceptionnelles. Les procédures, en particulier les droits que celles-ci confèrent aux justiciables, doivent être pleinement appliquées. La tendance qui consiste à utiliser des moyens audiovisuels et à relativiser concomitamment le principe d'immédiateté des débats doit être examinée de manière critique. Des règles plus claires sont nécessaires. La protection des données

devra également faire l'objet d'une attention accrue pour l'exercice de notre profession. La FSA a prévu des formations continues dans ce sens en 2022.

- Sur le plan organisationnel, les acteurs de la justice doivent être habilités à recourir aux moyens numériques. Le potentiel d'amélioration est ici colossal.
- S'agissant de l'infrastructure des études d'avocats, celles-ci devront de plus en plus investir dans les legal tech et veiller à ce que l'intégrité des données personnelles qu'elles gèrent soit garantie.

Conclusion: la COVID aura été un véritable catalyseur pour s'attaquer de front à ces défis d'envergure. Ce constat nous amène directement au chapitre suivant.

Justitia 4.0 et transformation numérique

Vous trouverez sur le site de Justitia 4.0 l'état d'avancement du projet, ainsi qu'un plan directeur et les étapes déjà accomplies. Pour mémoire, les promoteurs de ce projet sont le Tribunal fédéral et les cantons.

La FSA a elle aussi posé des exigences précises envers cet ambitieux projet. Un groupe d'experts, composé de représentants de la FSA, a dès lors élaboré un document de travail avec beaucoup d'enthousiasme et de compétence. Il s'agissait d'énumérer et de définir en détail nos intérêts professionnels, économiques et d'utilisateurs (document E60). Notre fédération, par le biais de ses représentants, veillera scrupuleusement à ce que ces directives soient respectées et mises en valeur.

Le projet Justitia 4.0 ne nourrit pas l'ambition de «numériser» les études d'avocats, mais de les inciter à planifier et mettre en œuvre cette transformation numérique en temps utile.

LPCJ

La loi fédérale sur la plateforme de communication électronique dans le domaine judiciaire est disponible sous forme d'avant-projet. Le délai de consultation a expiré fin février 2021. La FSA a bien sûr déposé ses déterminations (qui ont été publiées sur son site). Elles ont été remises à dessein un mois avant l'expiration du délai et mises immédiatement à la disposition des Ordres cantonaux. L'idée était de leur donner la possibilité de se faire entendre séparément. De nombreux Ordres ont tiré profit de cette possibilité et ont donc présenté leur propre appréciation sur l'avant-projet.

Les consultations sont encore en cours d'évaluation par l'Office fédéral de la justice. La FSA est impatiente de voir dans quelle mesure nos préoccupations seront prises en compte. Le message que le Conseil fédéral adressera au Parlement permettra de le dire.

Transformation numérique des études d'avocats

Comment saisir à bras-le-corps cette transformation numérique? À partir de mai 2021, la FSA a présenté, sous la forme d'un microsite (rattaché au site général de la FSA), une vaste documentation et des vidéos d'introduction qui permettent à l'avocat de faire ses premiers pas. En août 2021,

elle a approuvé un document stratégique sur le soutien de la transformation numérique des études d'avocats, mais aussi au sein de la FSA. Cette stratégie est mise en œuvre progressivement, à différents niveaux et à l'aide d'une série de mesures adaptées. Parmi celles-ci figurent diverses formations continues, proposées directement par la FSA ou en collaboration avec Swiss Legal Tech Association. Sur le thème «Sur le chemin de la numérisation – comment les études d'avocats peuvent-elles se préparer efficacement à la future justice numérique?», le secrétariat général de la FSA, en collaboration étroite avec plusieurs de nos consœurs et confrères, a organisé des ateliers régionaux qui auront lieu, avant les vacances d'été, dans trois villes en Suisse allemande. Il est également prévu d'orchestrer deux ateliers en Suisse romande et un atelier au Tessin.

Plusieurs Ordres cantonaux ont par ailleurs prévu de tels événements pour leurs membres durant l'année en cours. Vous trouverez toutes les informations y relatives sur notre site. Nous vous contacterons bien entendu aussi directement à ce sujet.

Notre recommandation: constituez, au sein de votre étude, une équipe dont la tâche est de s'attaquer dès maintenant au projet de transformation numérique.

Legal tech

Nos activités avec Swiss Legal Tech Association ont bien sûr été bridées par la pandémie en 2021. Le contexte sanitaire ne nous a cependant pas empêchés de préparer des événements communs, par exemple la Swiss Legal Innovation (voir <https://legalinnovation.ch/>) qui se tiendra fin août à Zurich.

Regavo

L'ancienne application a rendu l'âme. Après plusieurs années de préparation minutieuse, le nouveau logiciel a pu être mis en service fin février 2022. Nos remerciements ne s'adressent pas seulement au secrétariat général de la FSA pour le travail titanesque accompli dans ce projet complexe, mais aussi au formidable soutien des Ordres cantonaux, dont le concours a été nécessaire à la réalisation de solutions individualisées.

Travaux informatiques du Secrétariat général de la FSA

Ils se sont concentrés sur le remplacement des applications de la FSA (base de données des membres, y compris le moteur de recherche des avocats et le service de «l'avocat de la première heure», le site de la FSA, les lettres d'information, ainsi que les programmes de gestion interne pour les avocats spécialistes et les médiateurs FSA).

Gesetzgebung / Législation

(AMÉDÉE KASSER und ANDREA LENZIN)

Vernehmlassungen der Bundesbehörden / Consultations législatives des autorités fédérales

Während der Berichtsperiode hat der SAV zu folgenden Gesetzgebungsprojekten eine Stellungnahme eingereicht:

- April 2021 / avril 2021: Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern / Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services;
- Mai 2021 / mai 2021: Strafrahenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht. Vorlage 3: Bundesgesetz über eine Revision des Sexualstrafrechts / Harmonisation des peines et adaptation du droit pénal accessoire au nouveau droit des sanctions. Projet 3: loi fédérale portant révision du droit pénal en matière sexuelle;
- Mai 2021 / mai 2021: Änderung der Handelsregisterverordnung / Modification de l'ordonnance sur le registre du commerce;
- Oktober 2021 / octobre 2021: Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2) / Modification de l'ordonnance 2 relative à la loi sur le travail (OLT 2);
- Oktober 2021 / octobre 2021: Öffentliche Konsultation zum «Zielbild E-ID» / Consultation publique sur le «Document de travail concernant le projet d'identité électronique (e-ID)»;
- Oktober 2021 / octobre 2021: Vorentwurf der revidierten Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VE-VDSG) / Projet de révision totale de l'ordonnance relative à la loi fédérale sur la protection des données (OLPD);
- März 2022 / mars 2022: Teilrevision des Kartellgesetzes (KG) Révision partielle de la loi sur les cartels (LCart);
- März 2022 / mars 2022: Entwurf der Verordnung über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA / Ordonnance sur le casier judiciaire informatique VOSTRA (Ordonnance sur le casier judiciaire, OCJ).

Hängig und in Arbeit sind zurzeit weitere Stellungnahmen zu folgenden Projekten:

- Einführung des Trusts (Änderung des Obligationenrechts) / Introduction du trust (modification du code des obligations);
- Teilrevisionen vier Ausführungserlasse des Bundesgesetzes über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) / Révisions partielles de quatre ordonnances d'exécution de la loi fédérale sur la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication (LSCPT).

Alle vom SAV eingereichten Stellungnahmen sind auf der Website des SAV (www.sav-fsa.ch) publiziert und können dort eingesehen werden (<https://www.sav-fsa.ch/de/aktuell/interessenvertretung/stellungnahmen.html>).

Der Vorstand bedankt sich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich jeweils für die Ausarbeitung der Stellungnahmen zur Verfügung gestellt haben, für ihre kompetente und engagierte Mitarbeit. Der Vorstand ist ausserordentlich dankbar, das Fachwissen

seiner Mitglieder für das Verfassen der Stellungnahmen in Anspruch nehmen zu dürfen.

Le Conseil tient à remercier toutes les consœurs et tous les confrères qui ont participé à l'élaboration des prises de position, pour leur compétence et leur engagement. Il est extrêmement reconnaissant de pouvoir faire appel aux connaissances spécialisées de ses membres pour la rédaction des prises de position.

Hauptinterventionen im Parlament / Principales interventions devant le Parlement

Der SAV verfolgt das Geschehen in «Bundesbern» sehr aufmerksam. Im Geschäftsjahr drängten sich erneut zahlreiche Interventionen des SAV bei den Bundesparlamentariern, im Zusammenhang mit der Verteidigung der Interessen der Anwaltschaft und des Rechtsstaates, auf.

Verteidigung der Interessen der Anwaltschaft und des Rechtsstaates im Rahmen der Revision des Zivilprozessrechts / Défense des intérêts du barreau ainsi que de l'état de droit dans le cadre de la révision du Code de procédure civile

Ce projet de révision, qui avait été soumis aux Chambres en février 2020, a été traité en première lecture par le Conseil des États en juin 2021 et sera vraisemblablement débattu en première lecture par le Conseil national à l'occasion de la session spéciale en mai 2022. Dans l'intervalle, la FSA s'est beaucoup investie dans la défense des intérêts du barreau et dans l'intérêt du fonctionnement de la justice, raison pour laquelle notre fédération est intervenue à maintes reprises auprès de ses membres au Parlement, en particulier auprès des membres de la Commission des affaires juridiques du Conseil national, au cours de l'année sous revue.

Dans le projet soumis aux Chambres, la réglementation concernant les frais de justice a été approuvée par la FSA. En effet, le Conseil fédéral propose en particulier une réduction de moitié de l'avance des frais présumés à fournir par le demandeur (art. 98 P-CPC), ce qui, dans l'optique de favoriser l'accès à la justice, est soutenu par la FSA. En revanche, si l'avant-projet contenait une amélioration décisive relative à la compensation, le projet ne répondrait plus à ces préoccupations. Le point de savoir si un tarif fédéral serait possible est politiquement discutable. La FSA le comprend également. La possibilité de compenser l'avance du demandeur avec les frais de justice (dans les cas de l'art. 111 al. 2) doit être supprimée. Il est choquant que la partie qui obtient gain de cause supporte le risque du recouvrement des émoluments imposés par l'État à la partie qui succombe.

En outre, la FSA se félicite de la possibilité proposée par le Conseil fédéral de définir plus largement la compétence du tribunal de commerce. Outre cette attribution de compétence, il est particulièrement significatif que le droit cantonal puisse également prévoir l'utilisation d'une autre langue nationale ou de la langue anglaise, mais qu'il n'y soit pas obligé (art. 129 al. 2). Les cantons qui le souhaitent ont ainsi la possibilité de créer des tribunaux spécialisés

pour les litiges commerciaux internationaux. L'objectif étant de préserver et de renforcer la forte position actuelle de la Suisse comme place de résolution des litiges. L'extension du pôle de prestations judiciaires augmente considérablement l'attrait de la place économique suisse.

Le projet de modification du Code de procédure civile prévoit également l'introduction d'un nouvel art. 160a CPC permettant aux juristes d'entreprise de ne pas témoigner ni de produire des pièces à des conditions légales restrictives. La FSA a toujours soutenu que le secret professionnel de l'avocat – à la fois global et absolu – ne pouvait être revendiqué que par l'avocat(e) indépendant(e), et non par le juriste d'entreprise. Toutefois, la FSA ne s'oppose pas non plus à ce qu'un droit de refuser de témoigner et de produire des pièces soit attribué aux juristes d'entreprise, en ancrant une disposition spécifique dans le CPC sous la forme d'une réglementation circonscrite aux juristes d'entreprise. La version de l'art. 167a adoptée par le Conseil des États tient compte de ces aspects. Elle traduit de manière concrète la préoccupation fondamentale des sociétés commerciales concernées. Fondée sur la réciprocité, la limitation aux cas visés à la lettre d est appropriée. C'est précisément ce manque de réciprocité dans les litiges internationaux (inégalité des armes) qui avait été vivement et à juste titre critiqué au départ par les entreprises actives au niveau international. Il serait erroné de qualifier la solution proposée d'assimilation au secret professionnel de l'avocat.

Enfin, la FSA s'est prononcée sur l'introduction, par le Conseil des États, de dispositions (art. 141a et 141b P-CPC) permettant le recours à des moyens électroniques de transmission du son et de l'image. Elle estime que cette disposition paraît répondre à un besoin réel. La pandémie a en effet montré la nécessité d'avoir des outils logistiques permettant à la justice de procéder malgré les restrictions sanitaires. Cet outil permettrait aussi de faciliter certaines auditions au sein même de la Suisse. Au vu de l'expérience acquise au cours des 18 derniers mois, la FSA estime toutefois que l'utilisation de visioconférences dans la conduite des débats devrait rester exceptionnelle et soumise à des conditions précises. La mise en œuvre de ces dispositions doit ainsi résoudre les problèmes qui se posent régulièrement dans la pratique. La possibilité de recourir à la vidéoconférence si des «circonstances particulières» le justifient est susceptible d'une application arbitraire de cette règle de procédure, qui a été introduite à l'origine comme une exception pour l'audition de témoins.

La FSA ne manquera pas d'intervenir à nouveau, en particulier en vue des débats au Conseil national en mai 2022.

Schutz grundlegender Verfahrensrechte in der Vorlage zur Änderung der Strafprozessordnung / Sauvegarde de droits procéduraux fondamentaux dans le projet de modification du Code de procédure pénale

La FSA a veillé en particulier à ce que les préoccupations du barreau soient entendues dans le cadre de la révision du Code de procédure pénale (CPP), étant donné qu'il

s'agit d'un projet qui ne reflète en grande partie que les intérêts des autorités de poursuite pénale.

En effet, le projet de révision du CPP prévoit, entre autres modifications, une restriction du droit de participation du prévenu aux auditions d'instruction. D'une manière générale, la FSA déplore une grave régression du droit du prévenu d'être entendu, dans un système où les pouvoirs restent concentrés dans les mains du Ministère public. Le Conseil fédéral propose, avec l'introduction du nouvel art. 147a P-CPP, que «Le ministère public peut exclure le prévenu d'une audition tant que celui-ci ne s'est pas exprimé de manière substantielle sur l'objet de l'audition». Cette extension viole plusieurs principes cardinaux de la procédure pénale, en particulier le droit du prévenu à garder le silence, tout en créant implicitement une nouvelle obligation de coopérer.

Par ailleurs, le projet de loi souhaite consacrer dans la loi le droit prétorien du Ministère public de faire recours contre les décisions du tribunal des mesures de contrainte mettant fin à la détention, bien que ce principe ne soit pas conforme à la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme relative à l'art. 5 ch. 3 CEDH. En effet, le tribunal des mesures de contrainte n'est plus une autorité judiciaire au sens de la disposition précitée, puisqu'il ne peut plus libérer la personne en détention.

À la suite des multiples interventions de la FSA auprès de ses membres parlementaires, le Conseil national a maintenu deux divergences fondamentales avec le Conseil des États, en deuxième lecture en mars 2022, suivant ainsi les arguments de la FSA au sujet du refus de restreindre les droits des prévenus et de consacrer un droit de recours du ministère public. À cet effet, la FSA a étroitement collaboré avec ses membres qui siègent à la Chambre basse. La FSA ne manquera pas d'intervenir auprès du Conseil des États en vue des débats lors de la session d'été, afin de continuer à faire entendre la voix du barreau dans ce domaine fondamental.

Si des divergences entre les deux conseils devaient subsister après que chacun d'eux aura procédé trois fois à une discussion par article, une conférence de conciliation sera réunie. Cette conférence aura pour tâche de présenter aux deux conseils une proposition de conciliation éliminant toutes les divergences restantes. Il est probable, si les deux Conseils campent sur leurs positions, qu'une solution de compromis voie le jour. En effet, si l'un des conseils devait rejeter cette proposition, le projet dans son ensemble serait réputé refusé et retiré de la liste des objets. Il s'agira par conséquent de suivre l'évolution du projet.

Weitere Interventionen im Parlament und bei den Bundesbehörden / Autres interventions devant le Parlement et les autorités fédérales

Öffentliche Konsultation zum «Zielbild E-ID» / Consultation publique sur le «Document de travail concernant le projet d'identité électronique (e-ID)»

La FSA a veillé à ce que les préoccupations du barreau soient également entendues dans le cadre du projet visant à proposer une nouvelle forme d'identité électronique

(e-ID). Malgré le rejet par le peuple du projet de loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE) en mars 2021, la nécessité d'une identité électronique ne semble guère contestée. Pour cette raison, le Conseil fédéral a ouvert en septembre 2021 une consultation publique sur le «Document de travail concernant le projet d'identité électronique (e-ID)». Celui-ci présente trois possibilités techniques de réalisation d'une e-ID étatique, en vue d'une large discussion publique. Il s'agit de faire émerger les avantages et la plus-value d'une e-ID étatique et d'identifier les exigences d'ordre législatif et quant au fond qui doivent être remplies. La FSA a participé à cette consultation publique en soumettant ses observations en octobre 2021. Cette consultation s'est achevée par un débat public sous forme de conférence, le même mois. Lors de sa séance du 17.12.2021, le Conseil fédéral a pris une décision de principe concernant l'e-ID et a adopté les bases pour la conception d'une future preuve d'identité étatique.

Une e-ID permettra à chaque individu de s'identifier en sécurité sur internet. La question de l'identité électronique est fortement liée au projet Justitia 4.0, dont l'accès à la plateforme dépendra de l'existence d'une telle identité qui, pour l'heure, n'existe pas pour les avocats (contrairement notamment aux autorités judiciaires).

Par ailleurs, en juillet 2021, la direction du projet Justitia 4.0 a publié l'appel d'offres pour la plateforme «Justitia.Swiss». Dans son communiqué, la direction du projet dit examiner actuellement avec l'Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication (OFIT) dans quelle mesure les utilisateurs professionnels (notamment les avocates et avocats) pourraient bénéficier d'une solution fondée sur le service d'identité établi de l'OFIT.

La mise en consultation de l'avant-projet est prévue pour l'été 2022 et la FSA ne manquera pas de soumettre son point de vue.

DNA-Profil-Gesetz. Änderung / Loi sur les profils d'ADN. Modification

À l'occasion de la session d'hiver de décembre 2021, les Chambres ont adopté, en deuxième lecture, ce projet de révision. La loi révisée prend en compte les mises en garde répétées de la FSA au sujet du phénotypage et de la recherche en parentèle, en consacrant dans la loi un usage restreint de ces outils de la génétique dans le cadre d'instructions pénales.

D'une part, le phénotypage devrait permettre d'examiner et d'évaluer des séquences codantes de l'ADN, ce qui n'était auparavant autorisé qu'en ce qui concerne le sexe (cf. art. 2 de la loi sur l'ADN). Toutes les autres caractéristiques individuelles d'une personne ne pouvaient pas être examinées sur la base de l'ADN, mais «l'empreinte génétique» était créée uniquement sur la base des séquences non codantes de l'ADN. Il convient cependant de noter que le message du Conseil fédéral sur l'adoption de la loi sur l'ADN en 2000 a explicitement rejeté l'examen de séquences codantes de l'ADN (avec l'exception du sexe), étant donné que ces informations n'ont

pas été jugées nécessaires pour l'identification d'une personne et que des abus découlant d'une telle pratique ne pouvaient être exclus. Ni le message ni le projet de loi ne démontrent dans quelle mesure ces préoccupations ne sont plus d'actualité.

D'autre part, la recherche en parentèle permet de déceler, dans les cas où le profil ADN de la personne recherchée ne figure pas dans la banque de données, des personnes pouvant être apparentées à l'auteur de la trace sur la base de la ressemblance des profils (parents, frères et sœurs, enfants). Le fait que la recherche en parentèle implique des personnes qui n'ont pas encore été prévenues ne change rien au fait que leur droit à l'autodétermination informationnelle est violé en raison du traitement de leurs données.

Postulat «Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz»

Im Januar 2022 gelangte das Bundesamt für Justiz an den SAV mit dem Ziel, eine Arbeitsgruppe mit Experten aus den betroffenen Kreisen (Anwaltschaft, Bundesgericht, SVR [ASM], Wissenschaft) zu bilden. Als Leiter der Fachgruppe ZPO – Schiedsgericht – SCHKG wird Jean-Marc Reymond als Vertreter aus der Anwaltschaft in diese Arbeitsgruppe delegiert.

Der Bundesrat beauftragte das Bundesamt für Justiz (BJ), einen Bericht zu entwerfen im Sinne des Postulats der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates 20.4399 «Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz». Der Vorstoss verlangt vom Bundesrat, darzulegen, wie sich das Bundesgerichtsgesetz modernisieren liesse, sodass die Belastung des Bundesgerichts und der Rechtsschutz optimiert werden. Der Bericht soll die Elemente zusammentragen, die nach der gescheiterten Revision weiterhin «valabel und tragfähig» sind. Dazu gehören laut Begründung des Postulats «die Verwesentlichung des Rechtsschutzes in Strafsachen und umgekehrt der Ausbau des Rechtsschutzes in wichtigen Fällen, wo dies bislang ausgeschlossen war» sowie weitere «technische Verbesserungen».

Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern / Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services

Dans le cadre de cette consultation, la FSA a élaboré une prise de position qui a été soumise aux autorités compétentes dans le respect du délai en avril 2021. Suite à cette prise de position, l'Office fédéral de la justice a publié en juillet 2021 un memento sur les conséquences du Brexit sur la pratique en Suisse des avocats britanniques et de l'Irlande du Nord. D'après cette publication, les avocats britanniques peuvent fournir des services en Suisse pendant une période n'excédant pas 90 jours de travail effectif par année civile (art. 12 en relation avec l'annexe 1, art. 2 de l'accord temporaire). En revanche, l'accord temporaire

ne leur permet pas de pratiquer la représentation en justice en Suisse. Seule la fourniture de services juridiques en dehors de ce monopole est autorisée.

Dringende Konsultation Verlängerung und Anpassung der Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht / Consultation urgente sur l'adaptation et la prolongation de l'ordonnance COVID-19 justice et droit procédural

En novembre 2021, l'OFJ a procédé à une consultation urgente de quelques jours concernant l'ordonnance COVID-19 justice et droit procédural, laquelle est entrée en vigueur du 16.4.2020 au 31.12.2021. La FSA a soumis sa prise de position dans les délais. L'ordonnance en question prévoit avant tout le recours à la téléconférence ou à la vidéoconférence dans les procédures civiles ainsi que des règles spéciales en matière de procédure de poursuite et de faillite. La consultation portait sur la position des milieux intéressés sur une éventuelle nouvelle prorogation de ladite ordonnance jusqu'à fin 2022 ainsi que sur quelques dispositions modifiées au sein de celle-ci. Si, au vu de la situation pandémique, la FSA a salué cette prolongation dans sa prise de position du 1.12.2021, elle n'a malheureusement pas été entendue quant aux modifications qu'elle avait proposées, qui devaient tenir compte des préoccupations quant à l'utilisation de ces moyens techniques.

Code de procédure civile. Modification (actions des organisations et transaction collective) / Zivilprozessänderung. Änderung (Verbandsklage und kollektiver Vergleich)

En décembre 2021, le Conseil fédéral a adopté le projet et le message sur les actions collectives. Le nouveau projet soumis au Parlement par le Conseil fédéral est une version simplifiée et épurée de l'avant-projet, qui, à l'origine, était intégré à l'avant-projet de révision du CPC (20.026), mais qui, face aux critiques émises lors de la procédure de consultation, a été scindé en un projet distinct. La FSA a confié l'évaluation de cet objet à sa commission spécialisée en procédure civile/arbitrage/LP, sous la direction de Jean-Marc Reymond. La Commission des affaires juridiques du Conseil national – conseil prioritaire – traitera cet objet lors de sa séance du 19.5.2022.

Le projet vise à développer l'action des organisations déjà prévue par le droit actuel et à créer la possibilité de faire valoir des droits à réparation dans ce cadre. L'action des organisations prévue aujourd'hui par le CPC est limitée aux atteintes à la personnalité. Selon le projet du Conseil fédéral, elle pourra à l'avenir porter sur toutes les atteintes illicites. Les organisations devront remplir des conditions supplémentaires pour pouvoir intenter une telle action, en particulier avoir un but non lucratif et être constituées depuis douze mois au moins. En outre, la nouvelle procédure d'action des organisations permettra aux parties de trouver un accord amiable. Une fois la transaction collective approuvée et déclarée de force obligatoire par le tribunal, elle liera toutes les personnes qui participent à l'action de l'organisation.

Projekte / Projets

Neues Projekt zur Revision Berufs- und Standesrecht (GEORG RAUBER)

Modernisierung Berufs- und Standesrecht

Auf das Vorhaben haben wir bereits in den vergangenen Jahresberichten hingewiesen. Der Vorstand betrachtet das Bedürfnis, durch geeignete Verbandsaktivitäten den Regulierungsrahmen für die Anwaltschaft in der Schweiz zu modernisieren, als eines seiner strategischen Ziele. Dabei steht die Auslegung der Vorschriften des BGFA durch das Bundesgericht und die kantonalen Aufsichtsbehörden und Gerichte im Vordergrund. Immer wieder stellen sich aber heikle Auslegungsfragen. Für andere Berufsgattungen, etwa bei Ingenieuren und Architekten oder bei der Ärzteschaft, greifen Gerichte und Behörden auch auf die Verbandsregeln zurück, wenn es um Auslegungsfragen zum Regulierungsrahmen geht. Vertreter des Bundesgerichts haben uns in den traditionellen Kontakten bestätigt, dass ein solcher Beizug von Standesregeln auch für die weitere Entwicklung des anwaltlichen Berufsrechts wichtig sein kann. Allerdings bietet unsere aktuelle SSR in diesem Zusammenhang wenig Konkretes. Daher das Anliegen: Mit einer modernisierten und in wichtigen Bereichen konkretisierten Standesordnung der schweizerischen Anwaltschaft wollen wir die Weiterentwicklung unseres Regulierungsrahmens unterstützen und nach Möglichkeit mitgestalten.

Ein Expertenausschuss unter der Leitung des Vizepräsidenten Georg Rauber befasst sich seit Anfang 2020 mit einer entsprechenden Revision der SSR. Ihm gehören ausgewiesene Spezialisten des Berufsrechts an, darunter Vincenzo Amberg, François Bohnet, Christian Reiser, Ernst Staehelin und Patrick Sutter. Auch Georg Rauber befasst sich als Mitglied der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte des Kantons Zürich regelmässig mit Fragen des Berufsrechts. René Rall ist eine wichtige Stimme im Expertenausschuss, der immer wieder Hinweise auf das Machbare und Sinnvolle aus seiner jahrzehntelangen Erfahrung als Generalsekretär des SAV beigetragen hat.

Im Berichtsjahr tagte der Ausschuss wiederum an mehreren halbtägigen Sitzungen, teilweise coronabedingt per Videokonferenz. Am 30.6. und 1.7.2021 führte er eine Klausurtagung in Wengen durch, an welcher der Text einer neuen SSR ausgestaltet und verfeinert wurde. Der Ausschuss legte dem Vorstand einen umfassenden Entwurf vor. Dieser wiederum widmete seine Strategieklausur vom 22. bis 24.7.2021 dem Vorhaben und steuerte wichtige Impulse bei.

Entstanden ist ein Entwurf, der unsere Standesordnung systematisch gliedert und die bisherigen Regelungen in mancher Hinsicht ergänzt und konkretisiert. Vorgeesehen sind u. a. neue Regelungen über die Mandatsführung, die gemeinschaftliche Berufsausübung und den Umgang mit den Möglichkeiten der Digitalisierung des Anwaltsberufs. Tragende Eckpfeiler sind weiterhin die Unabhängigkeit, das Berufsgeheimnis und die Vermeidung von Inter-

essenskonflikten. Diese Kardinalprinzipien finden sich im Kapitel über die Grundsätze der Berufsausübung. Dort werden überdies die Anforderungen an die sorgfältige und gewissenhafte Berufsausübung und die freie Anwaltswahl konkreter vorgegeben.

Die SSR ist die Standesordnung des Schweizerischen Anwaltsverbands (SAV). Daneben bestehen die Standesregeln der kantonalen Verbände. All diese Regelungen bilden das Standesrecht und sind nur für die Mitglieder der Anwaltsverbände zwingend. Die Durchsetzung erfolgt durch die Bâtonniers und Standesgerichte in den kantonalen Verbänden. Die SSR will aber mehr. Art. 2 des Entwurfs regelt den Geltungsbereich wie folgt: «Die vorliegenden Standesregeln setzen das Berufsbild um und konkretisieren die Berufsregeln gemäss dem BGFA. Sie richten sich an alle in der Schweiz praktizierenden Anwältinnen und Anwälte.» Art. 1 umschreibt das Berufsbild wie folgt: «Anwältinnen und Anwälte sind Garanten des Rechtsstaates. Sie wahren in uneingeschränkter Unabhängigkeit die Interessen derjenigen, die sie beraten und vertreten.» Das ist Programm und soll den Gerichten und Behörden Anlass sein, die neuen Standesregeln bei der Auslegung und Weiterentwicklung des Berufsrechts (BGFA) für alle Anwältinnen und Anwälte in der Schweiz beizuziehen und zu beachten.

Bei uns gibt es bekanntlich unterschiedliche Verständnisse über den Anwaltsberuf. Dem hat der SAV bei der Besetzung des Expertenausschusses Rechnung getragen. Vertreten sind dort Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Regionen und mit unterschiedlicher Berufserfahrung in kleinen und in grössten Anwaltskanzleien. Das führte dazu, dass in sensiblen Belangen, z. B. bei der Regelung der gemeinschaftlichen Berufsausübung oder im Bereich der Vermeidung von Interessenskonflikten, zwischen Maximalpositionen Kompromisslösungen gesucht und auch gefunden wurden.

Der Entwurf der neuen SSR liegt in französischer und deutscher Sprache vor. Er wurde anlässlich der Präsidentenkonferenz am 5.4.2022 vorgestellt. Dort gingen bereits erste wertvolle Anregungen ein. Mitte April 2022 wurde der Entwurf zusammen mit einem Begleitbericht allen Kantonalverbänden zugestellt. Sie sind aufgerufen, bis zum 15.9.2022 ihre Vernehmlassungen zu unterbreiten. Der Expertenausschuss wird sich auch um Stellungnahmen von Vertretern der Gerichte und Aufsichtsbehörden und der Fachgruppe Digitalisierung bemühen. Auf diese Weise soll der Präsidentenkonferenz vom 11.11.2022 ein finalisierter Entwurf vorgelegt werden. Die Delegiertenversammlung wird im Sommer 2023 aufgerufen sein, die neue SSR zu verabschieden.

Paralegals

(GEORG RAUBER / RENÉ RALL)

Es wurde bereits berichtet, dass der Vorstand die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Paralegals für die Tätigkeit in Anwaltskanzleien, aber auch in Rechtsabteilungen von Unternehmen und in der Verwaltung für ein wichtiges Anliegen hält. Unser Beruf verändert sich. Es entsteht, jedenfalls im wichtigen Bereich der anwaltlichen Beratung, zu-

nehmend Konkurrenzdruck. Die Klientschaft ist immer erfahrener in der Verhandlung von Honorarvereinbarungen. Das stellt die Anwaltschaft vor Herausforderungen. Stichworte sind Effizienz, Spezialisierung und Standardisierung. Dies vor Augen, werden Berufsträger an Bedeutung gewinnen, die über eine solide Ausbildung und über Erfahrung bei der Unterstützung anwaltlicher und rechtsberatender Tätigkeit verfügen. Solche Berufsträger nennen wir, beeinflusst von den USA, Paralegals.

Paralegals mit der entsprechenden Ausbildung und Erfahrung soll es inskünftig möglich sein, ihren Beruf mit einem eidgenössisch anerkannten Titel auszuüben. Dafür müssen sie eine anspruchsvolle Prüfung bestehen. Der Lohn dafür ist ein eidgenössisch anerkannter Fachausweis Paralegal.

Der SAV hat sich bereit erklärt, als verantwortlicher Trägerverband zu wirken. Vertreter des SAV (René Rall und Georg Rauber) haben Einsitz in den relevanten Gremien. Eine Prüfungsordnung wurde inzwischen verabschiedet und von den zuständigen eidgenössischen Behörden genehmigt. Ebenso genehmigt wurde die Wahl des Berufstitels «Paralegal». Geschützt ist zwar nicht dieser Titel als solcher. Sehr wohl gibt es aber nur einen eidgenössisch anerkannten Fachausweis für Paralegals (eidg. dipl. Paralegal).

Die eidgenössischen Fachprüfungen werden ab 2023 durchgeführt. Ab dann ist das Vorhaben operativ. Anlaufstelle wird ein Team sein, das als Abteilung des Sekretariats des SAV geführt wird.

Für den SAV entstehen in seiner Funktion als Trägerverband in der Startphase jährliche Kosten von schätzungsweise 40 000 bis 60 000 CHF. Der Vorstand ist überzeugt, diese Mittel für einen wichtigen Zweck im Interesse der Anwaltschaft einzusetzen.

Nouveau projet: modernisation des règles déontologiques et professionnelles (GEORG RAUBER)

Modernisation des règles déontologiques et professionnelles

Nous avons déjà évoqué ce projet dans les rapports annuels précédents. L'un des objectifs stratégiques du Conseil de la FSA est de moderniser, par des mesures appropriées et évolutives, le cadre réglementaire de la profession d'avocat en Suisse. Dans ce contexte, l'interprétation des dispositions de la LLCA par le TF, les tribunaux cantonaux et les autorités de surveillance revêt une importance de premier plan. Force est de constater que des questions d'interprétation pointues se posent régulièrement. Pour d'autres professions, comme les ingénieurs, les architectes ou les médecins, les tribunaux et les autorités se réfèrent également aux règles fédératives lorsqu'il s'agit d'interpréter le cadre réglementaire. Lors des traditionnels échanges entre le Conseil de la FSA et le Tribunal fédéral, les représentants de ce dernier nous ont confirmé que des règles déontologiques suffisamment concrètes donnaient souvent de bonnes impulsions dans

la future jurisprudence liée au droit des avocats. Or, le CSD en vigueur ne répond pas toujours aux enjeux du quotidien, d'où notre démarche. Avec un CSD actualisé et concrétisé dans les domaines les plus importants de notre profession, nous voulons aussi soutenir le développement de notre cadre législatif et, si possible, y participer.

Les travaux qui portent ce projet ont été menés depuis début 2020 par un groupe d'experts présidé par Georg Rauber (vice-président de la FSA). Ce groupe est composé de spécialistes reconnus du droit professionnel, dont Vincenzo Amberg, François Bohnet, Christian Reiser, Ernst Staehelin et Patrick Sutter. En tant que membre de la commission de surveillance des avocats zurichois, Georg Rauber est régulièrement saisi de ces questions. Au sein de ce groupe d'experts, René Rall figure lui aussi parmi les voix qui comptent, grâce à ses suggestions pragmatiques et pertinentes fondées sur une expérience de plusieurs décennies comme secrétaire général de la FSA.

Durant l'exercice écoulé, le groupe d'experts a de nouveau enchaîné plusieurs séances d'une demi-journée, en partie par visioconférence pour des raisons sanitaires. Les 30 juin et 1. 7. 2021, il s'est réuni lors d'une séance extra muros à Wengen, au cours de laquelle le texte du nouveau CSD a été élaboré et affiné. Le groupe d'experts a présenté un projet complet au Conseil de la FSA. Pour définir sa stratégie, celui-ci a derechef siégé du 22 au 24. 7. 2021, en apportant au projet de CSD de nouvelles impulsions décisives.

Il en résulte un projet qui structure méthodiquement notre CSD, en parachevant et concrétisant à maints égards les règles actuelles. Il prévoit notamment des dispositions innovantes sur l'exécution des mandats, l'exercice collectif de la profession et la transformation numérique des études. Les piliers fondamentaux restent l'indépendance, le secret professionnel et l'interdiction des conflits d'intérêts. Ces principes cardinaux se cristallisent dans le chapitre du CSD consacré à l'exercice de notre profession. L'exigence de pratiquer celle-ci avec soin et diligence, de même que le libre choix de l'avocat y sont par ailleurs définis de manière plus concrète.

Le CSD est le code de déontologie de la Fédération suisse des avocats. Parallèlement, il y a les us et coutumes des Ordres cantonaux, qui ne sont obligatoires que pour leurs membres. Leur application est assurée par les bâtonniers et les commissions de déontologie au sein des Ordres. Le CSD entend aller plus loin. L'art. 2 al. 1^{er} in initio du projet définit le champ d'application comme suit: «Le présent Code de déontologie consacre le rôle de l'avocat-e et concrétise les règles professionnelles résultant de la LLCA. Il s'adresse à tous les avocats exerçant en Suisse.» Quant à l'art. 1, il décrit notre rôle: «L'avocat-e est garant de l'État de droit. Il ou elle veille en toute indépendance aux intérêts des personnes qu'il conseille ou représente.» L'enjeu de ce nouveau CSD est donc considérable. Il doit inciter les tribunaux et les autorités à s'y référer et à respecter ces nouvelles règles déontolo-

giques dans l'interprétation et le développement du droit professionnel (LLCA), à l'égard de tous les avocat·es en Suisse.

Il existe bien entendu plusieurs façons d'appréhender le métier d'avocat. La FSA en a tenu compte lorsqu'elle a constitué son groupe d'experts. Celui-ci est composé de personnalités issues de toutes les régions et au bénéfice de différentes expériences professionnelles dans de petites ou grandes études d'avocats. Le groupe d'experts a ainsi réussi à trouver des solutions qui président à un large consensus sur des questions sensibles ou divergentes, par exemple la réglementation de l'exercice collectif de la profession ou l'interdiction des conflits d'intérêts.

Le projet du nouveau CSD est disponible en français et en allemand. Il a été présenté à la Conférence des Bâtonniers du 5. 4. 2022. Plusieurs suggestions précieuses y ont été formulées. Mi-avril 2022, le projet a été envoyé à tous les Ordres cantonaux, accompagné d'un rapport explicatif. Ces Ordres ont été invités à soumettre leurs déterminations d'ici le 15. 9. 2022. Le groupe d'experts s'efforcera également de solliciter l'avis des représentants des tribunaux et des autorités de surveillance ainsi que du groupe d'experts FSA sur la transformation numérique. Un projet finalisé sera alors présenté à la Conférence des Bâtonniers du 11. 11. 2022. Enfin, l'assemblée des délégués de l'été 2023 sera appelée à adopter le nouveau CSD.

Assistants juridiques (paralegals)

(GEORG RAUBER / RENÉ RALL)

Pour mémoire, le Conseil de la FSA estime qu'il est important de disposer d'assistants juridiques bien formés pour travailler dans les études d'avocats, mais également dans l'administration ou les services juridiques des entreprises. Notre profession est en pleine mutation. Une pression concurrentielle croissante se fait sentir, en particulier dans un domaine aussi cardinal que le conseil juridique. Les clients sont de plus en plus habiles dans la négociation d'accords sur les honoraires. Ceci pose des défis majeurs à la profession d'avocat. Les mots-clés sont désormais efficacité, spécialisation et standardisation. Dans ce contexte, les professionnels bénéficiant d'une solide formation et d'une expérience dans le soutien des activités d'avocat et de conseil juridique gagneront en importance. Ces assistants juridiques correspondent aux paralegals des États-Unis d'Amérique.

Les assistants juridiques qui disposent de la formation et de l'expérience suffisantes doivent à l'avenir pouvoir exercer leur profession avec un titre reconnu au niveau fédéral. À cet égard, ils doivent réussir des examens exigeants, à l'issue desquels ils obtiennent leur diplôme d'assistant juridique.

La FSA s'est déclarée prête à assumer le rôle de fédération responsable de ce vaste projet. Des représentants de la FSA (René Rall et Georg Rauber) siègent dans les organes concernés. Un règlement d'examen a dans l'intervalle été adopté et approuvé par les autorités fédérales compétentes. Le choix du titre professionnel a également

été entériné, même s'il n'est pas protégé en tant que tel. Il n'existe qu'un seul diplôme au niveau fédéral.

Les examens professionnels fédéraux seront organisés dès 2023. À partir de cette date, le projet sera opérationnel et une équipe de coordination sera créée au sein du secrétariat général de la FSA.

Pour ses nouvelles attributions, la FSA supportera des coûts annuels de l'ordre de 40 000.00–60 000.00 CHF. Le Conseil de la FSA considère que ces moyens répondent à des objectifs de première importance qui valorisent à bon escient les intérêts de la profession d'avocat.

Forum junge Anwaltschaft

(RENÉ RALL)

Auf aktuell 11506 SAV-Mitglieder sind 3587 (31,2%) unter 40 Jahre alt. Die Hälfte davon Frauen. Die KV von GE, BE, NE, VD und ZH kennen innerhalb der Mitgliedschaft Sektionen u40. In Zusammenarbeit mit diesen Sektionen findet alle zwei Jahre anlässlich des Anwaltskongresses in Luzern (ungerade Jahre) ein ganztägiges Forum junge Anwaltschaft statt. Die verstärkte Integration der jungen Kolleginnen und Kollegen ist ein erklärtes Ziel der Legislaturperiode 2021–2023. Der Vorstand hat dazu ein Konzept verabschiedet und die Gründung eines permanenten *Forums junge Anwaltschaft* (bis 40 Jahre) beschlossen. Dem Konzept liegen folgende Eckpfeiler zugrunde:

Idee: Interessen (inkl. Zukunftsperspektiven) junger Kolleginnen und Kollegen vertreten und Fortbildung fördern (z. B. Berufsrecht); Vernetzung überkantonal fördern (Mailinglisten erstellen); aktive Integration von Vertretern Forum junge Anwaltschaft in diverse Fachgruppen sicherstellen: lokale Stammtische fördern (insbesondere in Verbänden, die noch keine eigene Sektion haben), Sondervergünstigungen bei SAV Angeboten etc.

Struktur: *Vorstand SAV – Board* Forum junge Anwaltschaft (Einsitz Generalsekretär SAV), neben den beiden Vertretern des SAV in der AIJA je hälftig zusammengesetzt aus Vertretern bestehender Sektionen aus KV und weiteren KV; – *Mitglieder* Forum junge Anwaltschaft (freier Beitritt).

Im April 2022 hat sich das Board (13 Mitglieder) konstituiert und sich folgende Massnahmen zum Ziel gesetzt:

- *Microsite* Forum junge Anwaltschaft – die Stimme der jungen Anwaltschaft – Hinweise auf Veranstaltungen für Berufseinsteiger und junge Mitglieder: gesammeltes Wissen zum Berufseinstieg – online Beitrittsformular
- Mailingliste
- Vernetzung bzw. Austausch national und international
- Plattform für einen Informations- und Erfahrungsaustausch insbesondere zu Fragen des Berufsbegins und der Kanzleigründung
- Fachvorträge zu Berufsrecht, anwaltlichem Marketing, IT, Haftungsfragen, Versicherungsprodukte, Innovation etc.; fixer und ausbaufähiger Auftritt am Anwaltskongress

Zwecks Umsetzung dieser Massnahmen wurden innerhalb des Boards die Sektionen Microsite, Vernetzung und Weiterbildung geschaffen.

Der Vorstand freut sich auf erste konkrete Massnahmen und Ergebnisse im kommenden Geschäftsjahr.

Forum du jeune barreau (RENÉ RALL)

Sur les 11506 membres que compte actuellement la FSA, 3587 (31,2%) ont moins de 40 ans. La moitié d'entre eux sont des femmes. Les Ordres cantonaux de GE, BE, NE, VD et ZH ont d'ailleurs prévu des sections internes pour leurs membres de moins de 40 ans. Avec le soutien de ces sections cantonales, un forum des jeunes avocats a été organisé *temporairement* tous les deux ans (années impaires), pendant une journée complète lors du Congrès des avocats à Lucerne. L'un des objectifs clairement affichés pour la mandature de 2021 à 2023 est de mieux intégrer nos jeunes consœurs et confrères. À l'explication de ce qui précède, le Conseil de la FSA a développé un concept et décidé la création *permanente* d'un *Forum du jeune barreau* (jusqu'à 40 ans). La clé de voûte de cet ambitieux projet est la suivante:

Représenter les intérêts des jeunes avocat-es (enjeux et perspectives), promouvoir la formation continue (p.ex. sur le droit professionnel), tisser des liens intercantonaux (élaboration de listes de diffusion), soutenir l'intégration de jeunes avocat-es dans des commissions spécialisées, organiser des rencontres locales (en particulier pour les Ordres qui ne disposent pas encore de leur propre section), accorder des réductions spéciales sur les offres de la FSA, etc.

Structure: *Conseil de la FSA – Direction* du Forum des jeunes avocats (siège du secrétaire général de la FSA), composé, outre les deux délégués de la FSA à l'AIIA, pour moitié de représentants de sections existantes au sein des OdA et pour moitié d'autres OdA; – *Membres* du Forum des jeunes avocats (adhésion libre).

La direction (13 membres) s'est constituée en avril 2022 et s'est fixé les objectifs suivants:

- réalisation d'un microsite *FORUM des jeunes avocats – La voix des jeunes avocat-es*: informations sur les événements pour les jeunes membres ou ceux qui débute dans la profession, pôle de connaissances sur les questions liées à l'entrée dans la profession, formulaire d'adhésion en ligne, etc.;
- liste de diffusion;
- réseautage et interactions au niveau national et international;
- plateforme d'échange d'informations et d'expériences, en particulier sur les questions liées qui se posent en début de carrière ou lors de la création d'une étude d'avocats;
- conférences sur le droit professionnel, marketing des avocat-es, informatique, questions de responsabilité, produits d'assurance, innovation, etc.; présence permanente et évolutive au Congrès des avocats.

Pour la mise en œuvre de ses objectifs, la direction du Forum du jeune barreau s'est dotée de trois commissions: microsite, échanges et formation continue.

Le Conseil de la FSA accueille très favorablement l'introduction de ces mesures concrètes et examinera les premiers résultats lors du prochain exercice.

Aussenbeziehungen / Relations internationales

(ALBERT NUSSBAUMER, BIRGIT SAMBETH GLASNER, MARC LABBÉ, AMÉDÉE KASSER, URS HAEGI)

Union Internationale des Avocats – UIA (AMÉDÉE KASSER)

L'Union Internationale des Avocats (UIA) est une organisation mondiale et multiculturelle. Elle est composée de membres présents dans 110 pays et promeut l'État de droit tout en facilitant le développement professionnel, la formation et le réseautage. Elle rassemble plus de deux millions d'avocates et d'avocats au travers de ses membres individuels ou à titre collectif (barreaux, fédérations, associations). Au sein de ses commissions scientifiques et groupes de travail, l'UIA suscite des débats juridiques de haut niveau et adopte des résolutions touchant les problématiques actuelles de la profession d'avocat dans le monde.

La participation suisse au sein de l'UIA est proportionnellement importante, et le comité national suisse compte une centaine de membres individuels et collectifs, dont une grande partie est très active, en particulier dans les nombreuses commissions thématiques scientifiques ainsi qu'au sein de l'UIA-IROL (Institut pour l'État de droit / Institute for the Rule of Law), qui a pour vocation de promouvoir l'État de droit.

En 2020, l'épidémie avait marqué un coup d'arrêt des activités présentielle de l'UIA, qui avait dû renoncer à ses réunions et à son congrès annuel. Ses activités ont toutefois pu reprendre dans le courant de l'année 2021; en particulier, elle a pu tenir son congrès général à Madrid, du 28 au 30.10.2021. Il s'agissait de sa première réunion d'envergure en présentielle. Ce congrès a réuni près de 500 participants, dont une quinzaine de consœurs et confrères suisses.

Le congrès de Madrid a marqué la passation de pouvoirs entre le président sortant Jorge Marti Moreno et le nouveau président Hervé Chemouli, du Barreau de Paris.

Il a aussi donné l'occasion aux membres du comité national suisse de se réunir et de tenir une assemblée générale. À cette occasion, Nathalie Subilia, de Genève, et Olivier Nicod, de Lausanne, ont été réélus membres du bureau aux côtés du soussigné, pour un mandat supplémentaire de deux ans.

Le prochain congrès général de l'UIA aura lieu à Dakar au Sénégal, du 26 au 30.10.2022.

International Bar Association – IBA (URS HAEGI, BIRGIT SAMBETH GLASNER)

Der SAV ist seit Jahren aktives Mitglied der International Bar Association (IBA), der weltweit grössten Organisation für Anwältinnen und Anwälte. Das Jahr 2021 war wiederum von der COVID-19-Pandemie geprägt. Der Jahreskon-

gress im Herbst 2021 und das Bar Leader Meeting/Mid Year Meeting im Mai 2021 fanden nicht statt. Dieser Bericht über die Tätigkeit des SAV bei der IBA fällt daher sehr kurz aus.

Lediglich die Council Meetings der IBA, das eigentliche IBA-Parlament, wurden am 27.5.2021 und am 21.10.2021 virtuell als Zoom-Meetings durchgeführt. An diesen virtuellen Council Meetings war auch der SAV vertreten. Leider ermöglichten die Zoom-Meetings weder eine wirkliche Diskussion noch persönliche Begegnungen. Aus diesem Grund wurden lediglich die Standardtraktanden – Jahresrechnung, Tätigkeitsberichte des Generalsekretariats sowie der Divisions und Committees – abgehalten; besondere Berichtspunkte entfallen.

Conseil des barreaux européens – CCBE (ALBERT NUSSBAUMER)

Le Conseil des barreaux européens (CCBE) représente les barreaux de 45 pays, soit plus d'un million d'avocat-es européens. Le CCBE est reconnu comme le porte-parole de la profession d'avocat en Europe. Le CCBE réunit ses membres autour des valeurs fondamentales et missions essentielles, qui sont l'État de Droit, les Valeurs Démocratiques, les Droits Fondamentaux et Droit de l'Homme. Les missions essentielles du CCBE sont la défense de l'indépendance des avocat-es, le développement et l'avenir de la profession d'avocat, et la défense de la défense.

L'année 2021 a encore été marquée, comme la précédente, par la pandémie, qui a empêché presque toutes les réunions physiques. Le CCBE n'en a pas moins poursuivi ses activités ordinaires de représentations en Europe de la profession d'avocat. Les points essentiels à retenir sont la poursuite des travaux en vue de l'adoption, par le Conseil de l'Europe, d'une Convention sur la profession d'avocat, et l'adoption d'un Code modèle de déontologie des avocat-es européens.

S'agissant de la Convention sur la profession d'avocat, la question ouverte actuellement est celle de savoir s'il y a lieu d'édicter un instrument juridique contraignant ou non-contraignant. Le CCBE a adopté le 8.10.2021 une position claire à ce sujet, en réitérant qu'il existe des raisons impérieuses d'adopter un instrument juridique contraignant sur la profession d'avocat. Tout d'abord, cette Convention fournirait à la fois aux juridictions nationales et à la Cour européenne des droits de l'homme de nouvelles dispositions juridiques spécifiques supplémentaires auxquelles elles pourraient se référer dans les affaires concernant la profession d'avocat. Et ensuite, ce nouvel instrument juridique contraignant serait accompagné d'un mécanisme de mise en œuvre qui pourrait consister en un mécanisme de plainte auprès d'un organe chargé de statuer sur les plaintes individuelles ou collectives relatives au non-respect des normes énoncées dans l'instrument, ou bien en un système de rapports périodiques des États membres du Conseil de l'Europe, soumis à la contribution des avocat-es, des barreaux et de leurs associations internationales, telles que le CCBE, avec la possibilité d'une recommandation du Comité des Ministres.

Quant au Code Modèle de déontologie, il a été formellement adopté par le CCBE lors de la session plénière du 10.12.2021. Cette session plénière a ainsi achevé des travaux débutés en 2007 permettant au CCBE de se doter de son troisième instrument en matière de déontologie. Il a pour objectif de présenter un ensemble cohérent et évolutif de règles déontologiques devant servir d'inspiration aux barreaux. Ce Code modèle complète le Code de déontologie des avocat-es européens, formellement adopté le 28.10.1981, dont le principal objectif était de définir des règles applicables à tous les avocats de l'Union européenne et de l'Espace économique européen, singulièrement en cas de différends transfrontaliers. Il complète également la Charte des principes essentiels de l'avocat-e européen, adoptée le 24.12.2006, qui a vocation à s'appliquer directement à tous les avocats en Europe; cette charte a également pour objectif de venir en aide aux barreaux qui luttent, dans les démocraties émergentes, pour faire reconnaître leur indépendance. Parmi les options envisagées, le CCBE a décidé d'opter pour la méthode du modèle avec, par conséquent, un instrument qui dessine une même ligne d'horizon à tous les barreaux qui s'en inspireront.

Fédération des Barreaux d'Europe FBE / Verband Europäischer Anwaltskammern «FBE» (MARC LABBÉ/AMÉDÉE KASSER)

Comme indiqué dans le précédent rapport annuel, les deux Congrès annuels prévus en 2020 n'ont malheureusement pas pu avoir lieu.

Ce n'est qu'à Paris, à fin septembre 2021, que l'activité présente a pu réellement reprendre, à l'occasion du Congrès d'automne.

Un bel enthousiasme a été rencontré auprès des nombreuses personnes participant audit Congrès.

Le thème dudit congrès était l'accès au droit et à la justice dans ses aspects les plus divers.

Dans la mesure où la FBE a pour membres non seulement des barreaux nationaux mais aussi et surtout des barreaux régionaux ou locaux, de telles questions sont en lien direct avec la pratique du métier d'avocat dans toute l'Europe et rendent la transmission des thèmes et l'échange entre participants extrêmement riches et contribuent à renforcer la motivation et la qualité des prestations de tous.

En 2022, il est espéré que les Congrès prévus puissent se dérouler normalement, ce qui a déjà été le cas des Assises de la Méditerranée, qui viennent de se tenir à Gironne (Catalogne, Espagne). Le Congrès général aura lieu à Sofia, puis le Congrès d'automne se tiendra selon les prévisions à Palerme.

Aus den Fachgruppen / Informations des Commissions spécialisées

Kartellrecht

(FRANZ HOFFET)

Im November 2021 wurde die Vernehmlassung zur einer Teilrevision des Kartellgesetzes eröffnet. Die Vorlage sieht namentlich Änderungen in folgenden Bereichen vor:

- Modernisierung der Zusammenschlusskontrolle
- Stärkung des Kartellzivilrechts
- Verbesserung des Widerspruchsverfahrens

Einführung von Ordnungsfristen bei Verwaltungsverfahren:

- Parteientschädigungen für die Kosten des Verwaltungsverfahrens
- Revision von Art. 5 KG

Der Fachausschuss Kartellrecht hat sich intensiv mit der Teilrevisionsvorlage auseinandergesetzt und zu den einzelnen Punkten zuhauenden des Vorstands SAV aus Anwaltsicht eine Vernehmlassung verfasst. Neben der kritischen Auseinandersetzung mit den erwähnten Hauptpunkten der Revision hat der Fachausschuss insbesondere angeregt, das Thema einer Institutionenreform wieder aufzunehmen und die Wettbewerbskommission gegenüber dem Sekretariat zu stärken.

Der Fachausschuss wird die weiteren Revisionsarbeiten im Bereich des Kartellgesetzes verfolgen und zuhauenden des Vorstands Bericht erstatten.

Mediation

(BIRGIT SAMBETH GLASNER)

Der neue Ausbildungslehrgang in Mediation SAV (1. Durchführung auf Französisch) erfreute sich an dem grossen Interesse und konnte im Januar 2022 mit einem vollen Kurs starten. Damit geht einher, dass die neue Fachkommission Mediation SAV (D und F), deren Mitglieder allesamt die notwendige fachliche Kompetenz und Erfahrung ausweisen, ihre Tätigkeit in diesem Jahr aufgenommen hat. Der Kursbeginn der umfassenden Fachausbildung in Mediation und ADR-Methoden (Alternative/Amicable/Adequate Dispute Resolution) ist im Jahr 2023 vorgesehen (1. Durchführung auf Deutsch).

Unter der Leitung der Fachgruppe Mediation SAV konnten die letzten Zertifizierungskurse Mediation SAV (nach bisherigem System) erfolgreich durchgeführt werden. Aufgrund der Pandemie mussten die Kurse teils online abgehalten werden.

Erfreulicherweise konnten alle SAV-Weiterbildungsveranstaltungen in Präsenz durchgeführt werden. Für diese SAV-Weiterbildungen konnte die Fachgruppe Mediation SAV wiederum qualifizierte Fachpersonen engagieren (u. a. Heiner Krabbe, Dr. Katja Windisch). Das SAV-Angebot wurde rege genutzt, sodass wiederum Wiederholungskurse angeboten werden konnten. Das aus dem vergangenen Jahr verschobene bi-annual Meeting konnte durchgeführt

werden. Die 7. Ausgabe des traditionellen bi-annual Meetings, eine beliebte Mischung aus Weiterbildung und Netzwerkveranstaltung, führte die Teilnehmenden dieses Mal nach Neuenburg. Am Nachmittag stand die Durchführung von Supervisionen in Gruppen, unter der Leitung von hochqualifizierten Supervisorinnen und Supervisoren, im Fokus. Insgesamt zählt der SAV, Stand heute, an die 600 Mediatorinnen und Mediatoren.

Mit dem neuen Angebot des SAV-Fachausbildungslehrgangs gehen die Anpassungen sämtlicher die Mediation betreffenden Reglemente einher. Neu ist zudem die Deklarationspflicht, die ab 2022 erstmals jährlich nachzuweisen ist. Das neue Weiterbildungsreglement beinhaltet zudem ab 1.1.2022 die Möglichkeit der Deklaration von absolvierten webbasierten Weiterbildungen (max. 50% des zu erbringenden jährlichen Weiterbildungsnachweises).

Strafrecht / Strafprozessrecht

(NIKLAUS RUCKSTUHL)

Nachstehend berichte ich über die Tätigkeit des Fachausschusses Strafrecht seit April 2021 bis heute wie folgt:

1. Vernehmlassungen / Gesetzgebung
- 1.1 Revision StPO

Im Vordergrund stand nach wie vor die Revision der Strafprozessordnung. Am 20.5.2021 nahmen RA Kinzer und RA Ruckstuhl für den SAV an einer Anhörung dazu in der Rechtskommission des Ständerates (RK SR) teil.

Im Anschluss daran hat der SAV auf Anfrage des BJ einen Vorschlag für eine Neuformulierung von Art. 231 Abs. 2 StPO (Weiterführung der Haft nach einem freisprechenden erstinstanzlichen Urteil) aufgrund der Rechtsprechung des EGMR, der die geltende Bestimmung von Art. 231 Abs. 2 StPO mit Urteil vom 6.10.2020 für EMRK-widrig erklärt hat, unterbreitet, der weitgehend von der Rechtskommission übernommen wurde.

Die RK SR erteilte dem BJ den Auftrag, zusammen mit den interessierten Kreisen einen Vorschlag für einen neuen Art. 147a StPO (Beschränkung der teilnahme-rechte) zu erarbeiten. RA Kinzer und RA Ruckstuhl nahmen im Auftrag des SAV in dieser Arbeitsgruppe (zusammen mit Vertretern der SSK und Prof. Dr. F. Bommer von der Uni Zürich als Vertreter der Lehre) Einsitz, die einen solchen Vorschlag zu erarbeiten versuchte. Es konnte keine definitive Einigung gefunden werden, sodass sowohl die SSK als auch der SAV der RK SR angepasste Vorschläge unterbreiteten. Die RK SR entschied sich dann für eine Minimalvariante, die im SR angenommen wurde (mittlerweile vom NR aber wieder verworfen wurde [der NR lehnt einen Art. 147a StPO grundsätzlich ab] und damit Gegenstand der Einigungskonferenz werden wird).

Vor der Behandlung der StPO-Revision im Ständerat im Dezember 2020 hat der SAV ein Argumentarium für die Mitglieder des SAV, die Einsitz im Ständerat haben, erarbeitet und versandt. Kernpunkte waren ein

Formulierungsvorschlag von Art. 147a StPO und der Antrag, das Beschwerderecht der Staatsanwaltschaft gegen haftbeendende Entscheide zu streichen. Beides kam im SR nicht durch.

Im Januar 2022 fand die Zweitberatung der StPO-Revision in der RK NR statt, wofür der SAV wiederum ein Argumentarium erstellt und den Mitgliedern der RK NR zugestellt hat. Erfreulicherweise hat die RK NR Art. 147a StPO wieder gestrichen (und damit die Möglichkeit einer neuen Formulierung dieser Bestimmung eröffnet) und an der Streichung des Beschwerderechts der Staatsanwaltschaft in Haftsachen festgehalten. Der NR ist in der Frühlingssession seiner RK gefolgt. Diese beiden Punkte werden zu den Kernfragen für die Differenzbereinigung in den Räten gehören.

1.2 Sexualstrafrecht

Die Fachgruppe Strafrecht hat zudem im Mai 2021 eine Vernehmlassung zur Revision des Sexualstrafrechts (im Rahmen der Strafraahmenharmonisierung) zuhanden des Vorstandes erarbeitet.

1.3 Landesverweisung

Die Fachgruppe Strafrecht hat im Sommer 2021 eine Vernehmlassung zur Anpassung der Gesetzesbestimmungen betreffend die Landesverweisung zuhanden des Vorstandes erarbeitet und sich insbesondere gegen die Einräumung der Kompetenz an die Staatsanwaltschaft, im Strafbefehl eine Landesverweisung aussprechen zu können, gewandt.

2. Interessenwahrung

Gestützt auf ein Postulat von SR Jositsch stellte das BJ eine Arbeitsgruppe zusammen, welche die Organisation und Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft (BA) überprüfen und Änderungsvorschläge erarbeiten sollte. RA Giacomini und RA Ruckstuhl nahmen für den SAV in dieser Einsitz, neben Vertretern der SSK,

des Fedpol, der BA und des Bundesstrafgerichts. Der SAV stellte sich auf den Standpunkt, dass die Zuständigkeit der BA grundsätzlich überprüft und gegebenenfalls neu geregelt werden soll, ebenso die Existenz eines Bundesstrafgerichts. Alt Bundesrichter Raselli stellte sich auf denselben Standpunkt. Die Mehrheit der Arbeitsgruppe hingegen wollte eine solche grundsätzliche Überprüfung nicht vornehmen, sondern an der bisherigen Ordnung festhalten und diese nur im Detail einer Überprüfung unterziehen. Da diese Detailprüfung sehr technische Fragen beschlägt und kaum Einfluss auf die Tätigkeit von SAV-Mitgliedern, namentlich im Bereich der Strafverteidigung, hat und weil aus Sicht der Vertreter des SAV eine Aufgabenüberprüfung der BA nur dann Sinn ergibt, wenn es eine ganzheitliche ist, zogen sich die Vertreter des SAV aus der Detailberatung zurück und beteiligten sich inhaltlich nicht weiter.

Digitalisierung

(ROLAND KÖCHLI)

Im Jahr 2021 haben wieder regelmässige physische Treffen des Fachausschuss Digitalisierung stattfinden können.

In Zusammenarbeit mit der Swiss LegalTech Association wurde im Berichtsjahr erneut eine Umfrage bezüglich Nutzung von IT in Kanzleien durchgeführt. Die Ergebnisse werden in Kürze in der Anwaltsrevue publiziert.

Weiter beteiligte sich der Fachausschuss an den Arbeiten zu Justitia 4.0; diesbezüglich kann auf die gesonderte Berichterstattung verwiesen werden.

Das Thema IT-Sicherheit ist weiterhin in Bearbeitung. Schliesslich hat der Fachausschuss bei der Stellungnahme des SAV zur E-ID mitgewirkt.

Bern, im April 2022

DER SAV TEILT MIT / LA FSA VOUS INFORME

121. Schweizerischer Anwaltstag vom 17. und 18. Juni 2022 im Bâtiment des Forces Motrices BFM in Genf

Gerne machen wir auf den 121. Schweizerischen Anwaltstag vom 17. und 18. 6. 2022 zum Thema «Revidierte Zivil- und Strafprozessordnungen – eine Auslegeordnung» aufmerksam.

Anmeldungen können ganz einfach online auf unserer Website www.sav-fsa.ch, Rubrik «Events», getätigt werden. Anmeldeschluss ist der 31. 5. 2022.

Der Vorstand SAV freut sich, Sie am 17. und 18. 6. 2022 in Genf begrüßen zu dürfen!

Traktanden 121. Delegiertenversammlung von Freitag, 17. 6. 2022

1. Protokoll der 120. Delegiertenversammlung vom 11. 6. 2021
2. Jahresbericht
3. Jahresrechnung 2021
 - 3.1 Jahresrechnung 2021 inkl. Erläuterungen
 - 3.2 Bericht der Revisionsstelle
 - 3.3 Genehmigung der Jahresrechnung 2021
 - 3.4 Déchargeerteilung an den Vorstand
4. Festlegung der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2023
5. Antrag i. S. Unterstützung Lehrstellenverein
6. Diverses

SAV-Weiterbildungstage 2022 vom 14. bis 15. September 2022 in Neuenburg

Save the Date: Die in den Räumlichkeiten der *Universität Neuenburg* stattfindenden Weiterbildungstage werden unter dem Motto *Cybersecurity und Datenschutz* stehen. An die Gesamtheit der SAV-Mitglieder richten sich auch die von Fachanwältinnen und Fachanwälten SAV in allen sechs Fachanwaltsgebieten betreuten Veranstaltungen sowie der *Triathlon über die Rechtsgebiete*.

Der Vorstand SAV freut sich sehr darauf, diese beiden Veranstaltungen wieder im gewohnten Rahmen durchführen zu können. Weitere Informationen sowie Anmeldeunterlagen folgen.

Seminare «Auf dem Weg zur Digitalisierung» (Digitalisierung der Kanzlei heute und Justitia 4.0)

Geplant sind drei Workshops in der Deutschschweiz (13. 5. in Luzern, 20. 6. in Olten und 30. 6. in St. Gallen), zwei in der

Romandie (5. 10. in Neuenburg, 12. 10. in Lausanne) sowie einer im Tessin (Lugano, Datum noch nicht bekannt).

Anwaltschaft: laufende Vernehmlassungen der Bundesbehörden beim SAV

Bundesgesetz über die Bearbeitung von Flugpassagierdaten zur Bekämpfung von terroristischen und anderen schweren Straftaten (Flugpassagierdatengesetz, FPG)
Frist: 31. 7. 2022

Teilrevisionen vier Ausführungserlasse des Bundesgesetzes über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF)

Frist: 23. 5. 2022

Genehmigung des Haager Gerichtsstandsübereinkommens

Frist: 7. 7. 2022

Die Dokumente zu den laufenden Vernehmlassungen der Bundesbehörden beim SAV sind auf der SAV-Website herunterzuladen: > Aktuell > Interessenvertretung > Laufende Vernehmlassungen der Bundesbehörden beim SAV: <https://www.sav-fsa.ch/de/aktuell/interessenvertretung/stellungnahmen.html>

News «Fachanwältin SAV/Fachanwalt SAV»

Spezialisierungskurse Fachanwalt SAV/ Fachanwältin SAV:

Unsere Spezialisierungskurse richten sich an Anwältinnen und Anwälte, die bereits vor der Weiterbildung über eine *überdurchschnittliche praktische Erfahrung im Spezialgebiet* und *bei Kursbeginn mindestens vier Jahre Praxiserfahrung (bei Vollzeitpensum)* verfügen. Bitte beachten Sie dazu auch das Reglement Fachanwalt SAV auf unserer Website (www.sav-fsa.ch, unter Fachanwalt, Reglemente). Bei Fragen zu künftigen Kursen können Sie uns gerne kontaktieren: 031 313 06 06.

Spezialisierungskurs Fachanwalt SAV/Fachanwältin SAV in Bau- und Immobilienrecht (2022/2023)

Kursbeginn: 3. 3. 2023 (Einführungsveranstaltung November 2022)

Anmeldefrist: 15. 6. 2022

Aktuelle Informationen sowie Anmeldeunterlagen finden Sie jeweils auf unserer Website www.sav-fsa.ch.

News «Mediatorin SAV/Mediator SAV»**Fachausbildung Mediation SAV (Deutsch)**

Vorankündigung nächster Kursbeginn: März 2023

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website www.sav-fsa.ch unter der Rubrik Ausbildung.

**Save the date: SAV-Weiterbildung in Bern,
22. September 2022 (Ausschreibung demnächst)**

**Mitteilungen der Selbstregulierungsorganisation
des Schweizerischen Anwaltsverbandes und
des Schweizerischen Notarenverbandes /
Communication de l'Organisme d'autoréglementation
de la Fédération Suisse des Avocats et
de la Fédération Suisse des Notaires**

Weiterbildung / Formation continue / Formazione continua

Preise / Prix 2022/2023 (+7,7% MWST/TVA)

Grundkurs / Formation de base 650.-*/750.-

Weiterbildung / Formation continue 480.-*/580.-

(* Mitglieder / Membres)

Ausbildungsdaten 2022 / Dates des formations en 2022

Grundkurs / Formation de base / Formazione di base

– Genève (F) 13.09.2022

– Lugano (I) 06.10.2022

– Zürich (D) 18.10.2022

Weiterbildung / Formation continue / Formazione continua

– Genève (F) 14.09.2022 02.11.2022

– Lugano (I) 05.10.2022

– Zürich (D) 19.10.2022

– Olten (D) 16.11.2022

Ausbildungsdaten 2023 / Dates des formations en 2023

Grundkurs / Formation de base / Formazione di base

– Genève (F) 14.09.2023

– Lugano (I) 05.10.2023

– Zürich (D) 19.10.2023

Weiterbildung / Formation continue / Formazione continua

– Genève (F) 13.09.2023 01.11.2023

– Lugano (I) 04.10.2023

– Zürich (D) 18.10.2023

– Olten (D) 15.11.2023

Melden Sie sich unter www.sro-sav-snv.ch für ein Seminar an. / Inscrivez-vous sur www.oar-fsa-fsn.ch.
Auskünfte / Renseignements: info@swisslawyers.com
oder / ou 031 533 70 00.

**121^e Journée suisse des avocats, du 17 au
18 juin 2022 au Bâtiment des Forces Motrices BFM
à Genève**

Nous avons le plaisir d'attirer votre attention sur la 121^e Journée Suisse des Avocats, les 17 et 18.6.2022, consacrée à la thématique de la révision des codes de procédure civile et pénale – un état des lieux.

Vous pouvez aisément vous inscrire en ligne sur notre site www.sav-fsa.ch, section «Événements». Délai d'inscription le 31.5.2022.

Le Conseil FSA se réjouit de vous accueillir à Genève les 17 et 18.6.2022!

**Ordre du jour de la 121^e Assemblée des délégué-es du
vendredi 17.6.2022**

1. Procès-verbal de la 120^e Assemblée des délégué-es du 11.6.2021
2. Rapport annuel
3. Comptes annuels 2021
4. Comptes annuels 2021, y compris explications
5. Rapport des réviseurs
6. Approbation des comptes annuels 2021
7. Décharge au Conseil
8. Détermination des cotisations des membres pour l'année 2023
9. Requête de soutien de l'association pour l'apprentissage en étude d'avocat
10. Divers

**Journées de formation continue de la FSA 2022,
du 14 au 15 septembre 2022 à Neuchâtel**

Save the date: les journées de formation continue qui se dérouleront dans les locaux de l'Université de Neuchâtel seront centrées sur les thématiques de la cybersécurité et de la protection des données. Les manifestations encadrées par des avocat-es spécialistes FSA dans les six domaines de spécialisation ainsi que le triathlon du droit s'adressent également à l'ensemble des membres de la FSA.

Le Conseil de la FSA se réjouit de pouvoir organiser ces deux manifestations à nouveau dans un cadre habituel. Davantage d'informations ainsi que les documents d'inscription suivront en temps utile.

**Séminaires «Sur le chemin de la numérisation»
(numérisation de l'étude aujourd'hui et Justitia 4.0)**

Trois séminaires sont prévus en Suisse alémanique (13.5.2022 à Lucerne, 20.6.2022 à Olten et 30.6.2022 à Saint-Gall), deux en Suisse romande (5.10.2022 à Neuchâtel et 12.10.2022 à Lausanne) et un au Tessin (Lugano, date encore inconnue).

Représentation des intérêts de la profession: consultations législatives des autorités fédérales actuellement auprès de la FSA

Loi fédérale sur le traitement des données relatives aux passagers aériens pour la lutte contre les infractions terroristes et autres infractions graves (loi sur les données relatives aux passagers aériens, LDPA)

Délai: 31. 7. 2022

Révisions partielles de quatre ordonnances d'exécution de la loi fédérale sur la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication (LSCPT)

Délai: 23. 5. 2022

Approbation de la Convention sur les accords d'élection de for

Délai: 7. 7. 2022

Tous les documents relatifs aux consultations des autorités fédérales en cours auprès de la FSA peuvent être consultés et téléchargés sur la page correspondante du site de la Fédération: > Thèmes > Représentation des intérêts de la profession > Prises de position > Consultations des autorités fédérales actuelles auprès de la FSA: <https://www.sav-fsa.ch/fr/aktuell/interessenvertretung/stellungnahmen.html>

News «Avocat/e spécialiste FSA»

Annonce de cours «Avocat/e spécialiste FSA»

Nos cours de spécialisation s'adressent aux avocats membres de la FSA qui bénéficient déjà d'une expérience importante dans l'une des spécialisations proposées par notre Fédération. Pour une activité d'avocat à 100%, cette expérience doit s'étendre sur quatre ans au moins au moment du début de la spécialisation. Nous vous prions également de prendre note du règlement Avocat/e spécialiste FSA (www.sav-fsa.ch, sous réglementation).

Cours de spécialisation en droit de la construction et de l'immobilier 7F (2022/2023)

Début du cours: 3. 3. 2023

Délai d'inscription: 15. 6. 2022

Préavis du cours de spécialisation en droit de la famille 3F (2022/2023)

Le prochain cours de spécialisation est prévu en automne 2023.

Préavis du cours de spécialisation en droit des successions 3F (2023)

Le prochain cours de spécialisation est prévu en 2023.

Vous trouverez des informations actuelles sur notre site web www.sav-fsa.ch.

News «Médiatrice FSA/Médiateur FSA»

Vous trouverez des informations actuelles sur notre site web www.sav-fsa.ch.

Stämpfli juristische Lehrbücher SjL

Unentbehrliche Hilfsmittel
für Studierende und für
Praktiker in Kanzleien, Gerichten
und Unternehmen.

Stämpfli
Verlag

HuberPartners 
THE FAMILY PLATFORM

Suchen Sie für Ihre Kunden einen praktisch
denkenden, unabhängigen und in der Zukunft
von der FINMA bewilligten Trustee?

Wir sind heute bereits Finanzdienstleister unter der SRO Polyreg
und sind daran uns von der FINMA als Trustee bewilligen zu lassen.
Wir suchen Mandate, die wir gemeinsam mit Ihnen oder für Sie als
Trustee betreuen können.

Seit 35 Jahren betreuen wir, heute in einem kleinen Team, gut
60 Familien. Sehr gerne werden wir auch für Sie und Ihre Kunden
tätig. Als Familienunternehmung mit geregelter Nachfolge sind wir
unabhängig und flexibel.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit, das streben wir an!

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, melden Sie sich doch bei uns:

Walter Huber, Regula Dequesne und Renata Pellegrino
Huber Partners AG, Rämistrasse 7, 8001 Zürich
044 396 88 33, w.huber@huberpartners.ch

www.huberpartners.ch

Hilfe für unsere Bergbevölkerung schafft neue Perspektiven



Die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden fördert
die Solidarität mit der Schweizer Bergbevölkerung und
mindert das Gefälle zwischen wohlhabenden und wirt-
schaftlich benachteiligten Regionen.

Mit projektbezogener Hilfe an unterstützungswürdige
Gemeinden, Korporationen usw. hilft sie, dass unsere
Bergregionen bewohnbar bleiben und aktiv bewirtschaftet
und gepflegt werden. Die objektbezogenen Spenden wer-
den ohne Spesenabzug den Begünstigten weitergereicht.
Bei grösseren Vermächtnissen bietet sich die Möglichkeit,
einen Fonds mit klar umschriebener Zweckbestimmung
zu eröffnen.

PATENSCHAFT
BERGGEMEINDEN

Asylstrasse 74
8032 Zürich
Telefon

berggemeinden.ch
info@patenschaft.ch
044 382 30 80

Postkonto 80-16445-0
IBAN CH51 0900 0000 8001 6445 0





Die Lücke im Lebenslauf. Genau darum geht's.

Sich den grossen Traum erfüllen. Mit einer umfassenden Finanzplanung schaffen Sie die besten Voraussetzungen, um Ihre Ziele zu erreichen.

credit-suisse.com/privatebanking

Auszeit
finanzieren

CREDIT SUISSE 